



universität
wien

MASTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Masterarbeit / Title of the Master's Thesis

„Pluralismus in parlamentarischen Debatten zum Thema

Flucht.

Eine Untersuchung vier österreichischer Nationalratsdebatten

von September bis Dezember 2015“

verfasst von / submitted by

Beatrice Längle, BA, MA

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of

Master of Arts (MA)

Wien, 2021/ Vienna 2021

Studienkennzahl lt. Studienblatt / UA 066 824

degree programme code as it appears

on

the student record sheet:

Studienrichtung lt. Studienblatt / Masterstudium Politikwissenschaft

degree programme as it appears on

the student record sheet:

Betreut von / Supervisor:

Mag.^a Dr.ⁱⁿ Karin Liebhart, Privatdoz.ⁱⁿ

Ein besonderer Dank

im Besonderen meiner Mama für all die tatkräftige Unterstützung und die vielen wertvollen Gespräche, die all das erst möglich gemacht haben

meinem Papa für die jahrelange Unterstützung und Begleitung

meinen beiden Schwestern, die während meiner Studien immer ein offenes Ohr hatten

meinem Freund für sein großes Verständnis und seine Wertschätzung

meinen Großeltern für ihr wahres Interesse an meinen Studien

meiner Betreuerin, Privatdoz.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ Karin Liebhart, für ihre freundliche und fachlich kompetente Unterstützung

Inhaltsverzeichnis

1.	Einleitung.....	1
1.1	Forschungsstand	3
1.2	Forschungsfrage	5
1.3	Thesen.....	6
1.4	Quellen und Zugang zum Feld	7
1.5	Methodisches Design	10
2.	Theoretische Perspektive.....	13
2.1	Begriff Pluralismus	13
2.2	Begriff Politische Kultur.....	15
2.3	Begriff ‚Flüchtlingskrise‘ und ‚Willkommenskultur‘	16
2.4	Exkurs Populismus und das Konzept des Othering	20
3.	Analyse der Stenographischen Protokolle	22
3.1	91. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, 23. September 2015.....	23
3.1.1	Institutioneller Rahmen.....	23
3.1.2	Text-Oberflächen Analyse.....	23
3.1.3	Sprachlich-rhetorische Mittel.....	32
3.1.4	Inhaltlich ideologische Aussagen	34
3.1.5	Analyse	36
3.2	96. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, 14. Oktober 2015.	37
3.2.1	Institutioneller Rahmen.....	37
3.2.2	Text-Oberflächen Analyse.....	38
3.2.3	Sprachlich-rhetorische Mittel.....	44
3.2.4	Inhaltlich ideologische Aussagen	45
3.2.5	Analyse	48
3.3	100. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, 11. und 12. November	50
3.3.1	Institutioneller Rahmen.....	50
3.3.2	Text-Oberflächen Analyse.....	50
3.3.3	Sprachlich-rhetorische Mittel.....	55
3.3.4	Inhaltlich ideologische Aussagen	57
3.3.5	Analyse	59
3.4	107. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, 9. Dezember 2015	61
3.4.1	Institutioneller Rahmen.....	61
3.4.2	Text-Oberflächen Analyse.....	61
3.4.3	Sprachlich-rhetorische Mittel.....	70
3.4.4	Inhaltlich ideologische Aussagen	71
3.4.5	Analyse	73
4.	Zusammenfassung.....	75
5.	Ausblick.....	81
6.	Literatur und Quellenverzeichnis	82
6.1	Quellen:	82
6.2	Literatur.....	82

6.3	Abbildungsverzeichnis	90
6.4	Abstract in Deutsch.....	91
6.5	Abstract in English.....	91

1. Einleitung

Ausgehend von dem Seminar ‚Politische Kultur und Pluralismus nach 1945‘, das sich dem Begriff des Pluralismus in verschiedenen Jahrzehnten anhand zahlreicher AutorInnen widmete, ergab sich das Interesse, Pluralismus während der Fluchtmigration 2015 zu analysieren.¹

Die Frage, wie Pluralismus in der österreichischen Gesellschaft im September und Dezember 2015 von Seiten der Regierungs- und Oppositionsparteien wahrgenommen und dargestellt wurde, erweist sich dahingehend als wichtig, da Migration Chancen in kultureller, wirtschaftlicher und humanitärer Sicht für Österreich bietet.² Nichtsdestotrotz wird Flucht und Migration zunehmend mit den Schlagworten Sicherheitsrisiko, Versorgungsproblem und Überfremdung besetzt, was das Verständnis von MigrantInnen als ‚Andere‘ bestärkt und die Ansicht, Integration als Assimilation und Angleichung an die ‚einheimische‘ Zivilgesellschaft anzusehen, fördert.³

Aufgrund der Tatsache, dass sich das Thema der Migration in den letzten Jahren zu einem äußerst konflikthaften und zum Teil spaltenden Diskussionspunkt in Europa herauskristallisiert hat und auch Einfluss auf die Wahldebatten, wie beispielsweise die Bundespräsidentenwahl 2016 oder Wahlausgänge, wie dem Wahlausgang der Nationalratswahl 2017 sowie auf die Parteienwettbewerbe in Österreich hatte, stellt sich die Frage, wie das Thema der Migration in den Debatten des österreichischen Nationalrats zu Beginn der Fluchtbewegungen im September 2015 geführt wurde.⁴ Denn zum Verlauf der ‚Fluchtbewegung‘ im Jahr 2015 ist zu vermerken, dass sich die Lage in Österreich von einer anfänglichen ‚Willkommenskultur‘ hin zu einer mehrheitlich als krisenhaft wahrgenommenen Situation herauskristallisierte, die im Wort ‚Flüchtlingskrise‘ ihren Höhepunkt fand, wobei das Wort Krise hier nicht den Umgang der österreichischen Regierung mit den Flüchtlingen meint, sondern die Flüchtlinge selbst als Krise stigmatisiert werden.⁵

¹ Anm. Seminar ‚Politische Kultur und Pluralismus nach 1945‘, wurde von Frau Dr.in Karin Bischof geleitet.

² Vgl. Pöschl Magdalena, Migration und Mobilität, Gutachten. In: Österreichischer Juristentag (Verhandlungen des 19. ÖJT, Bd. 1, Wien 2015) 148.

³ Vgl. Pöschl, Migration und Mobilität, 149f.

⁴ Vgl. Gruber Oliver, Swimming upstream? Attitudes towards immigration in Austria and the electoral implications for progressive politics. In: Funk Marco, Giusto Hedwig, Rinke Timo, Bruns Olaf (Hg.in), European Public Opinion and Migration. Achieving common progressive narratives (Foundation of European Progressive Studies 2019). Online unter. URL:

https://homepage.univie.ac.at/oliver.gruber/Gruber_2019_Swimming%20upstream.pdf (14.01.2020) 35.

⁵Vgl. Plasser Fritz, Sommer Franz, Wahlen im Schatten der Flüchtlingskrise. Parteien, Wähler und Koalitionen im Umbruch (Schriftenreihe des Zentrums für Angewandte Politikforschung, Bd. 33, Wien 2018) 50.

Karim El-Gawhary und Mathilde Schwabeneder schreiben im Schlusswort ihres Buches „Auf der Flucht“,⁶ dass die Flüchtlingsfrage auf lange Sicht eine der brennendsten Fragen europäischer Gesellschaften bleiben werde.⁷ Diese Frage sei jedoch nicht abstrakt zu verstehen, sondern beinhalte konkrete Realitäten, denn sie vertreten die Ansicht, dass „jeder von uns“⁸ mit Flüchtlingen in Kontakt treten und mit ihnen zu tun haben werde.⁹ Dies birgt die Frage in sich, wie dieses Zusammenleben in der österreichischen Gesellschaft der Gegenwart als auch der Zukunft gestaltet werden kann, was zum Begriff des Pluralismus führt.

Das Erkenntnisinteresse hinter dem Begriff Pluralismus liegt darin, dass der Umgang mit Pluralität innerhalb der österreichischen Gesellschaft, Aussage über das jeweilige politische System geben kann. So beinhalte die Frage nach der demokratischen Qualität einer Gesellschaft auch die Hinterfragung nach der Repräsentation sozialer Gruppen in pluralistischen Demokratien, wie Geschlechterverteilungen und ethnische Minderheiten.¹⁰ Denn nicht immer wird Pluralismus in Gesellschaften als etwas Positives wahrgenommen und folglich steht der Terminus des Pluralismus in enger Verbindung mit seinem Antonym, dem Antipluralismus.¹¹

Solche antipluralistischen Erklärungsmuster, die häufig von Seiten rechtspopulistischer Parteien genutzt werden, stellen eine als homogen konstruierte Gesellschaft ins Zentrum ihrer Argumentationsweisen, die gegen eine vermeintliche Bedrohung von außen, die sie als ‚Andere‘ charakterisieren, geschützt werden solle.¹²

Die Relevanz Pluralismus anhand der Analyse von vier Nationalratsdebatten zu untersuchen ergibt sich daraus, dass das Parlament als der zentrale Ort jeder Demokratie angesehen werden kann, da die darin gewählten Parteien die Interessen ihrer WählerInnen vertreten können und sollen.¹³ Folglich kann anhand einer Analyse von Stenographischen

⁶ El-Gawhary Karim, Schwabeneder Mathilde, Auf der Flucht. Reportagen von beiden Seiten des Mittelmeers (Wien 2015).

⁷ Vgl. El-Gawhary, Schwabeneder, Auf der Flucht, 188.

⁸ Ebd. 188.

⁹ Vgl. Ebd. 188.

¹⁰ Vgl. Bischof Karin, Ilie Cornelia Democracy and discriminatory strategies in parliamentary discourse. Journal of Language and Politics (17(5), Special Issue, 127). Online unter. URL: <http://web.b.ebscohost.com.uaccess.univie.ac.at/ehost/delivery?sid=321b0d11-3972-4355-8bc0ca645408707a%40sessionmgr103&vid=1&ReturnUrl=http%3a%2f%2fweb.b.ebscohost.com%2f%2f%2fdetail%2fdetail%3fvid%3d0%26sid%3d321b0d11-3972-4355-8bc0-ca645408707a%2540sessionmgr103%26bdata%3dJnNpdGU9ZWWhvc3QtOGl2ZQ%253d%253d> (06.01.2020) 2.

¹¹ Vgl. De Nève Dorothée, Pluralismus und Antipluralismus. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft (Bd. 44, Nr. 2, 2015) 47.

¹² Vgl. Liebhart Karin, Visuelle Repräsentationen antipluralistischer Politik am Beispiel der Islam- und MuslimInnenfeindlichkeit. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft (Bd. 44, Nr. 2, 2015) 98-99.

¹³ Vgl. Parlament. Online unter: <https://www.parlament.gv.at/PERK/PARL/index.shtml> (07.03.2020).

Protokollen herauskristallisiert werden, was für die österreichische Demokratie als sagbar und nicht sagbar definiert wird, wie weit die Parteien in ihren Aussagen über die Fluchtmigration gehen können und welche Standpunkte kaum bis gar keine Erwähnung finden.

Die Struktur der Masterarbeit ist in fünf Abschnitte gegliedert.

Den ersten Teil bildet die Einleitung, in dem der Forschungsstand, die Forschungsfrage, die Thesen, die Quellen und zuletzt das Methodische Design erläutert werden.

Der zweite Teil der Arbeit rückt den theoretischen Hintergrund ins Zentrum und nimmt die Begriffe Pluralismus, Politische Kultur sowie weitere für die Masterarbeit relevante Begrifflichkeiten unter die Lupe.

Der eigentlichen Analyse des Quellenmaterials widmet sich der dritte Abschnitt, in dem die vier ausgewählten Nationalratsdebatten nacheinander analysiert, kodiert und herausgearbeitet werden.

In einem letzten Schritt werden im vierten Teil der Masterarbeit die gesammelten Ergebnisse zusammengefasst und die Forschungsfrage sowie die Thesen beantwortet.

Der letzte Teil der Masterarbeit bilden die Literaturangaben sowie das Quellenverzeichnis, mit allen in der Arbeit verwendeten Werken und Texten.

Zur formalen und begrifflichen Präzisierung gilt anzumerken, dass doppelte Anführungszeichen dann Anwendung finden, wenn wortgetreu zitiert wird.

Einfache Anführungszeichen werden angeführt, wenn ideologisch aufgeladene Begrifflichkeiten verwendet werden und dadurch aufgezeigt werden soll, dass die Begriffe kritisch im Rahmen eines Diskurses zu verorten sind.

Die Masterarbeit basiert auf einer gendergerechten Sprache. Zur Anwendung kommt dabei das Binnen I, das im Rahmen der vorliegenden Masterarbeit sämtliche Geschlechter sowie Orientierungen inkludiert.

1.1 Forschungsstand

Zum Thema Flucht und Migration 2015 sind mittlerweile zahlreiche Werke erschienen, die sich mit dem Umgang der österreichischen Regierung und den auf der Flucht befindenden Menschen beschäftigen.

Beispiele hierfür bieten die Arbeiten von Markus Rheindorf und Ruth Wodak,¹⁴ Oliver Gruber¹⁵ sowie Fritz Plasser und Franz Sommer.¹⁶

¹⁴Vgl. Rheindorf Markus, Wodak Ruth, Grenzen, Zäune und Obergrenzen-Österreich in der ‚Flüchtlingskrise‘: Metadiskursive Begriffsaushandlungen in der mediatisierten Politik. In: Thomas

Literatur, die in diesem Zusammenhang das Thema Pluralismus und Antipluralismus behandelt, findet sich unter anderem, um hier einige zu nennen, unter den Werken von Karin Liebhart,¹⁷ Dorothée De Nève¹⁸ sowie Karin Bischof und Cornelia Ilie wieder.¹⁹

Neben Arbeiten, welche die Gründe für die Fluchtbewegung 2015 und deren Auswirkung auf die politische, rechtliche und soziale Lage in Österreich und der Europäischen Union untersuchen, wie dies Maria Arduç²⁰ oder Magdalena Pöschl in ihren Werken darstellen,²¹ findet sich immer mehr Literatur zu der Lage der flüchtigen Menschen selbst, wie dies Karim El-Gawhary und Mathilde Schwabeneder in ihrem Buch aufzeigen.²²

Einen Überblick über unterschiedliche disziplinär übergreifende Zugänge zum Thema Flucht und Migration bieten Cinur Ghaderi und Thomas Eppenstein in ihrem Sammelwerk.²³

Wissenschaftliche Forschung zum Thema Populismus und Migration umfassen unter anderem die Arbeiten von Jan-Werner Müller²⁴ und Ruth Wodak.²⁵

Philipp Ther widmet sich in seiner Monografie dem Thema der Flucht, Migration und Integration in Europa und fokussiert dabei eine historische Perspektive, die den Wandel im Umgang mit Flucht in Europa betrachtet.²⁶

Wiedemann, Christine Lohmeier (Hg.in), Diskursanalyse für die Kommunikationswissenschaft. Theorie, Vorgehen, Erweiterungen (Wiesbaden 2019).

¹⁵ Vgl. Gruber Oliver, Swimming upstream? Attitudes towards immigration in Austria and the electoral implications for progressive politics. In: Funk Marco, Giusto Hedwig, Rinke Timo, Bruns Olaf (Hg.in), European Public Opinion and Migration. Achieving common progressive narratives (Foundation of European Progressive Studies 2019).

¹⁶ Vgl. Plasser Fritz, Sommer Franz, Wahlen im Schatten der Flüchtlingskrise. Parteien, Wähler und Koalitionen im Umbruch (Schriftenreihe des Zentrums für Angewandte Politikforschung, Bd. 33, Wien 2018).

¹⁷ Vgl. Liebhart, Visuelle Repräsentationen antipluralistischer Politik am Beispiel der Islam- und MuslimInnenfeindlichkeit In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft (Bd. 44 Nr. 2, 2015) 87-103.

¹⁸ Vgl. De Nève Dorothée, Pluralismus und Antipluralismus. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft (Bd. 44 Nr. 2, 2015) 45-48.

¹⁹ Vgl. Bischof Karin, Ilie Cornelia Democracy and discriminatory strategies in parliamentary discourse. Journal of Language and Politics (17(5), Special Issue, 127) 1- 6.

²⁰ Vgl. Arduç Maria, Wir bauen eine Festung Europa ... Diskursive Aspekte der Internationalisierung der nationalen Asyl- und Einwanderungspolitiken in der Europäischen Union. In: Liebhart Karin, Menasse Elisabeth, Steinert Heinz (Hg.in), Fremdbilder, Feindbilder, Zerrbilder. Zur Wahrnehmung und diskursiven Konstruktion des Fremden (Publikationsreihe des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur zum Forschungsschwerpunkt Fremdenfeindlichkeit, Bd. 5, Klagenfurt 2002) 201-228.

²¹ Vgl. Pöschl Magdalena, Migration und Mobilität, Gutachten. In: Österreichischer Juristentag (Verhandlungen des 19. ÖJT, Bd. 1, Wien 2015).

²² Vgl. El-Gawhary Karim, Schwabeneder Mathilde, Auf der Flucht. Reportagen von beiden Seiten des Mittelmeers (Wien 2015).

²³ Vgl. Ghaderi Cinur, Eppenstein Thomas (Hg.), Flüchtlinge. Multiperspektivistische Zugänge (Wiesbaden 2017).

²⁴ Müller Jan-Werner, Was ist Populismus? In: ZPTh - Zeitschrift für Politische Theorie (Jg. 7, Nr. 2 2016) 199. Online unter: URL: <https://budrich-journals-de.uaccess.univie.ac.at/index.php/zpth/article/view/27736> (17.07.2020).

²⁵ Vgl. Wodak Ruth, The Politics of Fear. What right-wing populist discourses mean (London 2015).

Neueste Forschungen liefern Andreas Schulz und Tamara Schwertel in ihrem Sammelwerk, das den Sommer 2015 sowie dessen Auswirkungen analysiert.²⁷

1.2 Forschungsfrage

Anschließend an die dargestellten einleitenden, theoretischen Überlegungen, soll in der vorliegenden Arbeit die Frage geklärt werden, wie Pluralismus in den vier österreichischen Nationalratsdebatten vom September bis Dezember 2015 wahrgenommen wurde.

Da der Terminus des Pluralismus in allen vier stenographischen Protokollen jedoch kein einziges Mal explizit erwähnt wurde, das Konzept dieses Ansatzes sich jedoch überall in den Aussagen der Abgeordneten wiederfinden lässt, wird der politische Umgang mit Pluralität untersucht, in dem die Konstruktionen von ‚Wir‘ und ‚die Anderen‘ analysiert werden. Daraus kann geschlossen werden, ob der Begriff in Zusammenhang mit etwas Positivem, eventuell sogar Wünschenswertem oder aber mit etwas Negativem im Sinne von antipluralistischen Tendenzen und Argumentationslogiken angesehen wird.²⁸ Des Weiteren bietet dieser Ansatz die Möglichkeit aufzuzeigen, was im Umgang mit Pluralität innerhalb einer Nationalratsdebatte implizit oder explizit zum Ausdruck kommt und was folglich als sagbar oder außerhalb des Sagbaren definiert wird.

Aus diesen Denkmustern leitet sich folgende Forschungsfrage ab:

Wie und in welchen argumentativen Kontexten der Nationalratsdebatten vom Herbst und Winter 2015 findet sich die Konstruktion einer Einteilung der Gesellschaft in ein ‚Wir‘ und ‚die Anderen‘ und wie stellt sich dadurch der Umgang mit Pluralität dar?

Die Untersuchung geht folglich der Frage nach, welche Begriffe und Diskurse sich in den beiden Nationalratsdebatten finden lassen und ob darin Pluralismus positiv oder aber negativ im Sinne von antipluralistischen Tendenzen, konnotiert wird.

²⁶ Vgl. Ther Philipp, Die Außenseiter. Flucht, Flüchtlinge und Integration im modernen Europa (Berlin 2017).

²⁷ Vgl. Schulz Andreas, Schwertel Tamara (Hg.in), Der lange Sommer der Flucht – 2015 und die Jahre danach. Diskurse, Reflexionen, Perspektiven (Berlin/Toronto 2020).

²⁸ Vgl. De Nève, Pluralismus und Antipluralismus, 47.

1.3 Thesen

Ausgehend von dem Text „Pluralismus und Antipluralismus“²⁹ von Dorothée de Nève, in dem die Autorin einen Überblick über die wissenschaftliche Debatte der beiden Begriffe gibt, stellt sich die Frage, wie Pluralismus in Parlamentsdebatten des österreichischen Nationalrats wahrgenommen wird. De Nève vertritt in ihrem Text die These, dass Pluralismus in gesellschaftlichen Debatten zunehmend als „[...] problematisch oder gar bedrohlich wahrgenommen [...]“³⁰ werde. Dies liege vor allem in der Annahme begründet, dass Gesellschaften einer gemeinsamen Wertebasis bedürften, die durch die Integration verschiedener Kulturen und unterschiedlicher ethnischer sowie sozioökonomischer Hintergründe bedroht oder sogar zerstört werde.³¹ Das Muster das dieser Argumentationslinie zu Grunde liegt, ist eine konstruktive Einteilung der Gesellschaft in eine ‚Wir‘ und eine ‚Sie‘ Gruppe.³²

Diese Ordnung in ‚Wir‘ und ‚Sie – die Anderen‘, verweist dabei auf die klare Abgrenzung zwischen ‚In- und AusländerInnen‘ und bezüglich des Begriffes der AusländerInnen nochmals zwischen gebürtigen und nicht gebürtigen AusländerInnen.³³ Die Grundannahme ihres Textes besteht zudem in der Aussage, dass sich ein ‚antipluralistisches Weltbild‘ in allen gesellschaftlichen Sphären wiederfinde und folglich der Begriff des Antipluralismus nicht auf den Extremismus begrenzt werden dürfe.³⁴ Abgeleitet von der Annahme, dass antipluralistische Tendenzen sich nicht nur in extremistischen Sphären verorten lassen, ergibt sich folgende erste These:

These 1: Pluralismus wird in allen vier Nationalratsdebatten von unterschiedlichen Parteien als bedrohliches Szenarium dargestellt. Folglich überwiegen antipluralistische Argumentationsweisen in den Diskursen beider stenographischen Protokolle.

Aufbauend auf der Tatsache, dass sich die politische und gesellschaftliche Debatte um Flucht und Migration seit dem Jahr 2015 von einer ‚Willkommenskultur‘ hin zu einer ‚Restriktivitätskultur‘ änderte, die ihren ersten Höhepunkt in der Bundespräsidentenwahl

²⁹ De Nève Dorothée, Pluralismus und Antipluralismus. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft (Bd. 44 Nr. 2, 2015) 45-48.

³⁰ De Nève, Pluralismus und Antipluralismus, 47.

³¹ Vgl. Ebd. 47.

³² Vgl. Arduç, Wir bauen eine Festung Europa ..., 209f.

³³ Vgl. Arduç, Wir bauen eine Festung Europa ..., 210.

³⁴ Vgl. De Nève, Pluralismus und Antipluralismus, 48.

2016 sowie anschließend in einer ÖVP FPÖ Koalition im Jahre 2019 fand, kann daraus folgende These geschlossen werden.³⁵

These 2: Die Debatten in den stenographischen Protokollen zum Thema Integration von flüchtigen Menschen erfährt eine Wandlung von einer mehrheitlich positiven (September 2015) hin zu einer negativen Konnotation (Dezember 2015).

1.4 Quellen und Zugang zum Feld

Als Quellen zur Untersuchung der Forschungsfrage werden vier Stenographische Protokolle von österreichischen Nationalratssitzungen analysiert, die auf der offiziellen Seite des österreichischen Parlaments unter der Rubrik ‚Stenographische Protokolle‘ zu finden sind.³⁶

Zu Beginn muss hier vermerkt werden, dass die vier stenographischen Protokolle jeweils in den Monaten September, Oktober, November und Dezember 2015 in Nationalratssitzungen debattiert wurden. Dabei handelt es sich bei den drei Nationalratsdebatten vom September, November und Dezember 2015 um Stenographische Protokolle, in denen das Thema Flucht unter einer eigenen dafür vorgesehenen Überschrift abgehandelt wurde,³⁷ während dessen dies bei der Nationalratsdebatte vom Oktober 2015 nicht der Fall war.³⁸

Bei den drei Stenographischen Protokollen österreichischer Nationalratsdebatten, in denen das Thema der Flucht unter einem eigenen Tagespunkt abgehalten wurde, handelt es sich als Erste, um die 91. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, XXV.

³⁵ Vgl. Oliver Gruber. Austria. ‚Refugees (no Longer) Welcome‘. Asylum Discourse and Policy in Austria in the Wake of the 2015 Refugee Crisis. In: Melani Barlai, Birte Fähnrich, Christina Griessler, Markus Rhomberg (Hg.in) The Migrant Crisis: European Perspectives and National Discourses (Berlin 2017) 39, 47, 51f.

³⁶ Vgl. Parlament. Online unter. URL: <https://www.parlament.gv.at/PAKT/STPROT/> (16.04.2020).

³⁷ Vgl. 91. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, XXV. Gesetzgebungsperiode, Stenographisches Protokoll, Mittwoch, 23. September 2015. Online unter. URL: https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXV/NRSITZ/NRSITZ_00091/fname_523089.pdf (28.04.2020) 72-103; 100. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, XXV. Gesetzgebungsperiode, Mittwoch, 11., und Donnerstag, 12. November 2015. Online unter. URL: https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXV/NRSITZ/NRSITZ_00100/fname_543770.pdf (28.04.2020) 54-87; 107. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, XXV. Gesetzgebungsperiode, Mittwoch, 9. Dezember 2015. Online unter. URL: https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXV/NRSITZ/NRSITZ_00107/fname_538494.pdf (16.01.2020) 24-53.

³⁸ 96. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich XXV. Gesetzgebungsperiode, Mittwoch, 14. Oktober 2015. Online unter. URL: https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXV/NRSITZ/NRSITZ_00096/fname_526269.pdf (28.04.2020) 106-188.

Gesetzgebungsperiode, vom 23. September 2015.³⁹ In diesem Protokoll wird auf den Seiten 72 bis 103 das Thema „Die europäische und internationale Dimension der Flüchtlingskrise“⁴⁰ behandelt.

Gegenstand der Analyse der 100. Sitzung des österreichischen Nationalrats vom 12. November 2015 sind die Seiten 57 bis 87, in denen das Thema „Aktuelle Herausforderungen der Flüchtlingsfrage erfordern europäische Lösungen“⁴¹ debattiert wurde. Als weiteres Stenographisches Protokoll wird die 107. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, vom 9. Dezember 2015 herangezogen, indem auf den Seiten 24 bis 52 das Thema: „Sicherheit statt Asylchaos“⁴² analysiert wird.

Die Begründung, warum die Nationalratsdebatte von Oktober 2015 ebenfalls als Untersuchungsgegenstand in die Analyse dieser Masterarbeit einbezogen wird, obwohl in dieser Sitzung keine eigene Überschrift über dieses Thema zu finden war, liegt darin, dass sich in dieser Sitzung das Thema der „Flüchtlinge am Arbeitsmarkt“⁴³ wiederfindet. Diese Thematik lässt sich unter der Überschrift „Partnerschaft des Stillstands vernichtet Arbeitsplätze“⁴⁴ finden. Die gesamte Debatte beginnt auf der Seite 106 und endet auf der Seite 188, es werden jedoch nur jene Diskurse analysiert, die sich in diesem Zusammenhang mit dem Thema Flucht beschäftigen.

Die Begründung des Zeitraumes der Untersuchung von September 2015 liegt darin, dass dies der Beginn der sogenannten ‚Flüchtlingsbewegung‘ darstellte.⁴⁵ Obwohl bereits im August 2015 flüchtige Personen nach Österreich gelangten, trat der Nationalrat nach der Sommerpause erst wieder am 1. September 2015 zusammen.⁴⁶ Zugleich symbolisieren die Monate September mit einer Anzahl von 10.672 Asylanträgen und Oktober mit 12.308 Ansuchen, den höchsten Anstieg im Jahr 2015.⁴⁷

Die Heranziehung einer Nationalratsdebatte vom November und Dezember 2015 ergibt sich einerseits aus dem zeitlichen Aspekt, da zwischen der Sitzung im September und jener im Dezember drei Monate liegen und aufgrund dieses zeitlichen Aspektes sich mögliche Veränderungen im Diskurs der Nationalratsdebatten erkennen lassen können.

³⁹ Vgl. Stenographisches Protokoll, 23. September 2015, 72-103.

⁴⁰ Stenographisches Protokoll, 23. September 2015, 72.

⁴¹ Stenographisches Protokoll, 11. und 12. November 2015, 54.

⁴² Stenographisches Protokoll, 9. Dezember 2015, 24.

⁴³ Stenographisches Protokoll, 14. Oktober 2015, 115.

⁴⁴ Stenographisches Protokoll, 14. Oktober 2015, 106.

⁴⁵ Vgl. Die Presse. "Politisch unerwünscht": Warum Österreich 2015 Hunderttausende Flüchtlinge nicht registrierte. Online unter: URL: <https://www.diepresse.com/5298775/politisch-unerwünscht-warum-österreich-2015-hunderttausende-fluchtlinge-nicht-registrierte> (10.04.2020).

⁴⁶ Vgl. Parlament. Online unter: URL: <https://www.parlament.gv.at/PAKT/STPROT/> (16.04.2015).

Andererseits ergibt sich die Festlegung auf November und Dezember 2015 ebenfalls aus der Anzahl der Asylanträge, da im November 2015 noch 12.201 Anträge verzeichnet sind, die Zahl im Dezember 2015 jedoch bereits auf 7.302 Asylanträge gesunken ist.⁴⁸ Folglich werden in der Masterarbeit vier stenographische Protokolle untersucht, die sich zeitlich sowie aufgrund der unterschiedlichen Anzahl der Asylanträge unterscheiden.

Desweiteren liegt die Auswahl auf diese vier Nationalratsdebatten auch darin begründet, dass sämtliche Stenographische Protokolle von September 2015 bis Dezember 2015 im Voraus durchsucht wurden und diese soeben dargestellten Nationalratsdebatten eine intensive Auseinandersetzung mit dem Thema Flucht aufwiesen.⁴⁹

⁴⁷ Vgl. Bundesministerium für Inneres. Asylstatistik 2015. Online unter. URL:

https://www.bmi.gv.at/301/Statistiken/files/Jahresstatistiken/Asyl_Jahresstatistik_2015.pdf (01.03.2020) 3.

⁴⁸ Vgl. Ebd. 3.

⁴⁹ Vgl. Stenographische Protokolle des österreichischen Nationalrates von September bis Dezember 2015:

89. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, XXV. Gesetzgebungsperiode Dienstag, 1. September 2015. Online unter.

URL:https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXV/NRSITZ/NRSITZ_00089/fname_503055.pdf

(09.01.2020); 90. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, XXV. Gesetzgebungsperiode, Dienstag, 1. September 2015. Online unter. URL:

https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXV/NRSITZ/NRSITZ_00090/fname_503051.pdf (09.01.2020);

91. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, XXV. Gesetzgebungsperiode Mittwoch, 23.

September 2015. Online unter. URL:

https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXV/NRSITZ/NRSITZ_00091/fname_523089.pdf (09.01.2020).

92. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, XXV. Gesetzgebungsperiode Mittwoch, 23.

September 2015. Online unter. URL:

https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXV/NRSITZ/NRSITZ_00092/fname_523086.pdf (09.01.2020)

93. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, XXV. Gesetzgebungsperiode Donnerstag, 24.

September 2015. Online

https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXV/NRSITZ/NRSITZ_00093/fname_522298.pdf (09.01.2020).

94. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich XXV. Gesetzgebungsperiode, Dienstag, 6. Oktober 2015. Online unter: URL:

https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXV/NRSITZ/NRSITZ_00094/fname_525316.pdf (09.01.2020).

95. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich XXV. Gesetzgebungsperiode, Dienstag, 6. Oktober 2015. Online unter. URL:

https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXV/NRSITZ/NRSITZ_00095/fname_525309.pdf (10.02.2020).

96. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich XXV. Gesetzgebungsperiode, Mittwoch, 14. Oktober 2015. Online unter. URL:

https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXV/NRSITZ/NRSITZ_00096/fname_526269.pdf (10.02.2020).

97. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, XXV. Gesetzgebungsperiode Mittwoch, 14. Oktober 2015. Online unter. URL:

https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXV/NRSITZ/NRSITZ_00097/fname_526834.pdf (10.02.2020).

98. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, XXV. Gesetzgebungsperiode Donnerstag, 15. Oktober 2015. Online unter. URL:

https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXV/NRSITZ/NRSITZ_00098/fname_529164.pdf (10.02.2020).

99. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, XXV. Gesetzgebungsperiode, Donnerstag, 15. Oktober 2015. Online unter. URL:

https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXV/NRSITZ/NRSITZ_00099/fname_529162.pdf (10.02.2020).

100. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, XXV. Gesetzgebungsperiode, Mittwoch, 11., und Donnerstag, 12. November 2015. Online unter. URL:

https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXV/NRSITZ/NRSITZ_00100/fname_543770.pdf (18.02.2020).

101. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, XXV. Gesetzgebungsperiode, Donnerstag, 12.

November 2015. Online unter. URL:

https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXV/NRSITZ/NRSITZ_00101/fname_543768.pdf (18.02.2020).

1.5 Methodisches Design

Als Methode zur Beantwortung der Forschungsfrage wird die qualitative und kritische Diskursanalyse herangezogen, die auf den französischen Philosophen Michel Foucault zurück geht.⁵⁰

Das Ziel der qualitativen Diskursanalyse besteht darin, Diskurse zu analysieren und zu rekonstruieren.⁵¹ Dabei sind Diskurse nicht nur „[...] expressions of social practice, but also serve particular ends, namely the exercise of power.“⁵² Diese Macht kristallisiere sich nach Foucault besonders dadurch heraus, dass Diskurse generell Macht in einer Gesellschaft ausüben, da sie bestimmte Arten zu denken, reden und handeln regulieren sowie institutionalisieren würden.⁵³ Darüber hinaus sei ein wesentlicher Bestandteil politischer Macht über Diskurse geregelt und daraus folgend die Kontrolle über Begriffe und ihre Verwendung.⁵⁴

102. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, XXV. Gesetzgebungsperiode, Donnerstag, 12. November 2015. Online unter. URL:

https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXV/NRSITZ/NRSITZ_00102/fname_545588.pdf (18.02.2020).

103. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, XXV. Gesetzgebungsperiode, Donnerstag, 12. November 2015. Online unter. URL:

https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXV/NRSITZ/NRSITZ_00103/fname_545586.pdf (18.02.2020).

104. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, XXV. Gesetzgebungsperiode, Dienstag, 24., Mittwoch, 25., und Donnerstag, 26. November 2015. Online unter. URL:

https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXV/NRSITZ/NRSITZ_00104/fname_561333.pdf (14.01.2020).

105. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, XXV. Gesetzgebungsperiode, Donnerstag, 26. November 2015. Online unter. URL:

https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXV/NRSITZ/NRSITZ_00105/fname_545584.pdf (15.01.2020).

106. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, XXV. Gesetzgebungsperiode, Donnerstag, 26. November 2015. Online unter. URL:

https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXV/NRSITZ/NRSITZ_00106/fname_545582.pdf (18.02.2020).

107. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, XXV. Gesetzgebungsperiode, Mittwoch, 9. Dezember 2015. Online unter. URL:

https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXV/NRSITZ/NRSITZ_00107/fname_538494.pdf (18.02.2020). 24-53

108. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich XXV. Gesetzgebungsperiode Mittwoch, 9. Dezember 2015. Online unter. URL:

https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXV/NRSITZ/NRSITZ_00108/fname_538491.pdf (18.02.2020).

109. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, XXV. Gesetzgebungsperiode, Donnerstag, 10. Dezember 2015. Online unter. URL:

https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXV/NRSITZ/NRSITZ_00109/fname_540800.pdf (18.02.2020).

⁵⁰ Vgl. Blatter Joachim, Langer Phil C, Qualitative Methoden in der Politikwissenschaft. Eine Einführung, 124. Online unter. URL:

https://books.google.at/books?id=X4owDwAAQBAJ&printsec=frontcover&hl=de&source=gbs_ViewAPI&redir_esc=y#v=onepage&q=Diskursanalyse&f=false (07.03.2020).

⁵¹ Vgl. Bischof, Oberhuber, Stögner, Religion, Säkularisierung und Geschlecht, 180.

⁵² Jäger Siegfried, Maier Florentine. Theoretical and Methodological Aspects of Foucauldian Critical Discourse Analysis and Dispositive Analysis. In: Wodak Ruth, Meyer Michael (Hg.in), Methods of Critical Discourse Analysis (Cornwall 2009) 35.

⁵³ Vgl. Ebd. 35.

⁵⁴ Vgl. Rheindorf Markus, Wodak Ruth, Grenzen, Zäune und Obergrenzen-Österreich in der ‚Flüchtlingskrise‘: Metadiskursive Begriffsaushandlungen in der mediatisierten Politik. In: Thomas Wiedemann, Christine Lohmeier (Hg.in), Diskursanalyse für die Kommunikationswissenschaft. Theorie, Vorgehen, Erweiterungen (Wiesbaden 2019) 116.

Für die genaue Herangehensweise der kritischen Diskursanalyse wird Siegfried Jäger herangezogen, der in seinem Buch fünf Analyseschritte aufzeigt.⁵⁵ Jäger bezieht sich bei seiner Definition eines Diskurses auf Michel Foucault und Jürgen Link und nennt als seine knappste Definition den Diskurs als „[...] institutionalisierte, geregelte Redeweisen, insofern sie an Handlungen gekoppelt sind und also Machtwirkungen ausüben.“⁵⁶ „Diskurse können daher als transsubjektive Produzenten gesellschaftlicher Wirklichkeit und sozio-kultureller Deutungsmuster aufgefasst werden.“⁵⁷ Jäger ergänzt an dieser Stelle, dass Diskurse nicht an Grenzen künstlerischer oder angeblicher natürlicher oder geographischer Art gekoppelt sind, sondern sich ständig selbst überwinden würden.⁵⁸ Nach dieser Analyse wird in einem ersten Schritt damit begonnen, für jedes einzelne der vier Stenographischen Protokolle der ‚Institutionelle Rahmen‘ herauszufiltern.⁵⁹ Dieser ‚Institutionelle Rahmen‘ widmet sich dem zeitlichen Kontext sowie allgemeinen Charakteristika der Stenographischen Protokolle.⁶⁰ Die Herangehensweise besteht folglich darin, relevante Fragen nach der AdressatIn des Protokolls, dem Umfang sowie den Inhalten der stenographischen Protokolle zu stellen und zu analysieren.⁶¹ Anschließend an diesen ersten Schritt erfolgt die ‚strukturelle Analyse‘, die zum Ziel die Aufarbeitung des Textes nach thematischen Inhalten, die Einteilung in Gruppen und das Fehlen von Themen hat.⁶² Zur Untersuchung der Stenographischen Protokolle wird die Software Atlas.ti herangezogen, anhand welcher der Inhalt der Protokolle erneut präzise durchgelesen und anschließend kodiert wird. Folglich wird das gesamte Quellenmaterial Satz für Satz durchgelesen und jeweils in ‚Kodes‘ gefasst. Zudem werden die zu analysierenden Abschnitte nummeriert, die RednerInnen aufgelistet und deren Gesprächsinhalte zusammenfasst. Der dritte Schritt beginnt mit der Einteilung des Untersuchungsgegenstands in ‚Sprachlich-rhetorische Mittel.‘ Diese Ebene beinhaltet eine sprachliche Mikro Analyse des Textes, in der Argumentationsstrategien, Metaphern und Redensarten der RednerInnen analysiert

⁵⁵ Jäger Siegfried, Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung (2009²) 175-187.

⁵⁶ Michel Foucault, Link Jürgen, Interdiskurs. Kleines Begriffslexikon. In: KulturRevolution 11 (1986a) 71. Zit. Nach: Jäger Siegfried, Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung (Münster 2015⁷) 26.

⁵⁷ Jäger, Kritische Diskursanalyse (2015⁷) 27.

⁵⁸ Vgl. Ebd. 27.

⁵⁹ Vgl. Jäger, Kritische Diskursanalyse (2015⁷) 99.

⁶⁰ Vgl. Ebd. 99.

⁶¹ Vgl. Jäger, Kritische Diskursanalyse (2009²) 175f.

⁶² Vgl. Jäger, Kritische Diskursanalyse (2009²) 175.

werden.⁶³ Hierbei können einzelne Abschnitte zu größeren thematischen Blöcken zusammengefasst werden und folglich damit begonnen werden, die Aussagen diskursanalytisch zu ordnen.⁶⁴

Als vierten Schritt folgt die Einteilung des Stenographischen Protokolls nach ‘inhaltlich-ideologischen Aussagen’. In diesem Arbeitsschritt wird versucht, das Gesellschaftsverständnis sowie erwartbare Zukunftsentwicklungen der Personen, die Aussagen treffen, zu kategorisieren.

Als letzter Schritt erfolgt die ‚Interpretation‘. Diese beinhaltet die Darstellung und Analyse des bisher ausgewerteten Materials.⁶⁵

Nach Siegfried Jäger behandelt die kritische Diskursanalyse vorwiegend „brisante Themen“⁶⁶, die von gesellschaftlicher als auch politischer Relevanz sind. Da es sich bei dieser Masterarbeit um das Thema von Flucht und Migration im Herbst 2015 handelt und dieses Thema bis heute Agenda vieler österreichischer Nachrichten ist, zudem bis heute eine gemeinsame Europäische ‚Lösung‘ nicht gefunden werden konnte, wie beispielsweise die Debatte um griechische Flüchtlingslager im Frühjahr 2020 zeigt, kann die kritische Diskursanalyse als geeignete Methode angesehen werden.⁶⁷

⁶³ Vgl. Ebd. 175.

⁶⁴ Vgl. Jäger, Kritische Diskursanalyse (2015⁷) 103f.

⁶⁵ Vgl. Jäger, Kritische Diskursanalyse (2009²) 175, 184f.

⁶⁶ Vgl. Jäger, Kritische Diskursanalyse (2015⁷) 91.

⁶⁷ Vgl. Der Standard, Vermehrte Proteste in Griechenland gegen überfüllte Flüchtlingslager. Online unter. URL: <https://www.derstandard.de/story/2000113278663/vermehrte-proteste-in-griechenland-gegen-ueberfuellte-fluechtlingslager> (15.04.2020); Die Zeit, Sie waren schon als Gesunde nicht willkommen. Online unter. URL: <https://www.zeit.de/politik/ausland/2020-04/fluechtlingslager-moria-lesbos-griechenland-zustaende-coronavirus-solidaritaet> (15.04.2020).

2. Theoretische Perspektive

2.1 Begriff Pluralismus

Der Begriff des Pluralismus wird von zahlreichen AutorInnen herangezogen und mit unterschiedlichen Denkansätzen analysiert und wissenschaftlich aufgearbeitet.

Da dem Begriff eine gewisse Abstraktheit inhärent ist, soll an dieser Stelle die Bedeutung des Terminus Pluralismus anhand verschiedener AutorInnen näher erklärt werden.

Die zunehmende philosophische Beschäftigung mit dem Begriff des Pluralismus kann auf das 19. Jahrhundert datiert werden.⁶⁸ Diese frühe Untersuchung erfolgte in England auf Grundlage von oberstgerichtlichen, englischen Entscheidungen auf kirchen- und arbeitsrechtlichem Gebiet und behandelte die Frage nach autonomen Gruppenbildungen.⁶⁹

In Deutschland beschäftigte sich Otto von Gierke, der von Ernst Fraenkel als „Stammvater des Pluralismus“⁷⁰ betitelt wird, mit dem deutschen Genossenschaftsrecht. Erwähnenswert scheint, dass es bei der Übersetzung ins Englische, die der englische Rechtshistoriker Frederic Maitland vornahm, zu einer erneuten Debatte um den Pluralismus kam.⁷¹ Dies führte zu einem gemeinsamen Verständnis von Pluralismus als Vereinigung von Individuen.⁷²

Eine weitere Phase des englischen Pluralismus zeigte sich im Jahre 1916, als Harold Laski in der Harvard Law Review einen Artikel über die Persönlichkeit von Verbänden veröffentlichte sowie im Jahre 1919 über den pluralistischen Staat schrieb und darin den Staat als Souverän in Frage stellte.⁷³ Weitere wissenschaftliche Auseinandersetzungen mit dem Begriff des Pluralismus lieferten Ernest Bakers, der im Jahre 1914 die Entstehung der pluralistischen Theorie maßgeblich beeinflusste und Carl Schmitt, der den Pluralismus als politisches Prinzip ablehnte.⁷⁴ Der wohl bekannteste Anti-Pluralist ist jedoch Jean Jacques Rousseau, der sich vor allem auf den Begriff des *volonté générale* – des Gemeinwillens – bezieht und die Ansicht vertritt, dass nicht nur die kollektive, sondern auch isolierte

⁶⁸ Vgl. Kreß Hartmut, Pluralismus. Begriffsbildung und Differenzierungen. In: Zeitschrift für Evangelische Ethik. Kommentare, Studien, Berichte, Dokumentationen, Diskussionen, Rezensionen, Bibliographie (Bd. 58, Heft 3, online erschienen 2014) online unter. URL: <https://doi-org.uaccess.univie.ac.at/10.14315/ze-2014-0308> (02.03.2020) 213.

⁶⁹ Vgl. Fraenkel, Ernst (Hg.), Deutschland und die westlichen Demokratien (Stuttgart 1968³) 170.

⁷⁰ Vgl. Fraenkel, Deutschland und die westlichen Demokratien, 182.

⁷¹ Vgl. Fraenkel, Deutschland und die westlichen Demokratien, 170.

⁷² Vgl. Ebd. 170.

⁷³ Vgl. Fraenkel, Deutschland und die westlichen Demokratien, 171.

⁷⁴ Vgl. Fraenkel, Deutschland und die westlichen Demokratien, 173.

Geltendmachung von Partikularinteressen, wie etwa Interessensverbänden, zum Untergang des Staates führe.⁷⁵

Nach diesem theoretischen einleitenden Überblick wird nun der Fokus auf das moderne Verständnis von Pluralismus gelegt.

In der modernen Politikwissenschaft wird unter Pluralismus ein normativer und empirischer Begriff verstanden, der sich durch eine vielgliedrig organisierte und nichtmonistische Form der Willensbildung auszeichnet.⁷⁶ Ernst Fraenkel, der dem Neopluralismus zugeordnet werden kann und das Verständnis von Pluralismus entscheidend beeinflusst hat, grenzt den Pluralismus in seiner Analyse von totalitären Machtformen, wie der Diktatur, ab. Er schreibt, dass totalitäre Diktaturen von der Existenz eines eindeutig bestimmbar und im Vorhinein - also a priori - vorgegebenen Gemeinwohls ausgingen und dieses Gemeinwohl genüge, um anhand einer Einheitspartei für alle Menschen Gültigkeit zu erlangen.⁷⁷ Im Gegensatz dazu beruhe der Pluralismus auf der Hypothese, dass ein solches Gemeinwohl nur a posteriori – also im Nachhinein – durch Austragung von Konflikten und im Rahmen eines Prozesses von unterschiedlichen Ideen und Interessen von Gruppen und Parteien erreicht werden könne, diese Konflikte jedoch stets rechtlich normierte Verfahrensvorschriften, wie die der Einhaltung der Grundrechte unterliegen müssten.⁷⁸ Fraenkel appelliert weiters, dass der Pluralismus dann in den westlichen Demokratien Eingang finde, wenn die Vorstellung überwunden werde, dass der Staat einer modernen Industriegesellschaft nicht homogen sein kann.⁷⁹

Weitere AutorInnen, die sich mit dem Terminus des Pluralismus beschäftigen, sind Manfred G. Schmidt, der sich mit den Demokratietheorien auseinandersetzt,⁸⁰ Dorothée de Nève, die in ihrem Text ‚Pluralismus und Antipluralismus‘ einen Überblick über verschiedene Theorien der Pluralismusforschung gibt⁸¹, sowie Hans-Georg Babkes, der die Ansicht vertritt, dass Pluralismus seine Bedeutung erst innerhalb eines bestimmten Deutungsrahmen erhalte.⁸² Dieser Deutungsrahmen sei historisch gewachsen und unterscheide sich in der Folge in verschiedenen Gesellschaften voneinander.⁸³

⁷⁵ Vgl. Fraenkel, Deutschland und die westlichen Demokratien, 175.

⁷⁶ Vgl. Schmidt Manfred G., Demokratietheorien (Opladen, 1995) 150f.

⁷⁷ Vgl. Fraenkel, Deutschland und die westlichen Demokratien, 167.

⁷⁸ Vgl. Fraenkel, Deutschland und die westlichen Demokratien, 188.

⁷⁹ Vgl. Fraenkel, Deutschland und die westlichen Demokratien, 189.

⁸⁰ Vgl. Schmidt, Demokratietheorien, 150f.

⁸¹ Vgl. De Nève, Pluralismus und Antipluralismus, 45ff.

⁸² Vgl. Babke Hans Georg (Hg.), Pluralismus, Wahrheit, Toleranz (Braunschweiger Beiträge zur Sozialethik, Bd. 3, Frankfurt am Main, 2011) 15.

⁸³ Vgl. Ebd. 15.

Eine geschlechterspezifische Untersuchung von Pluralismus widmet sich Anne Phillips in ihrem Text „Which Equalities Matter?“⁸⁴ der Gleichheit und Ungleichheit von Personengruppen in einer demokratischen Gesellschaft nicht nur im politischen Sinn, sondern auch aus einer ökonomischen und marxistischen Sicht analysiert. Birgit Sauer untersucht weiters, ob der Begriff der ‚governance‘ ein Verfahren darstellen könne, welches Geschlechterarrangements gerechter mitdenken könne und sieht Pluralismus darin in direktem Zusammenhang mit Repräsentation.⁸⁵ Ebenfalls aus einer geschlechterpolitischen Perspektive aber auf Grundlage des ‚Anti-Pluralismus‘ Begriffes, untersuchen Karin Bischof, Florian Oberhuber und Karin Stögner Debatten um den EU-Beitritt der Türkei.⁸⁶

2.2 Begriff Politische Kultur

Da in engem Zusammenhang mit dem Begriff des Pluralismus der Terminus der Politischen Kultur steht, wird darauf im Folgenden näher eingegangen.

Dieser Begriff entstand im Kontext des cultural und linguistic turn. Bedeutende AutorInnen, die sich mit der politischen Kultur wissenschaftlich auseinandersetzen sind: Gabriel A. Almond und Sidney Verba, die unter ‚civic culture‘ eine pluralistische Kultur verstehen, „[...] based on communication and persuasion, all culture of consensus and diversity [...]“.⁸⁷ In dem von Samuel Salzborn herausgegebenen Sammelband zur politischen Kultur, nähert sich Ursula Birsl dem Begriff der politischen Kultur anhand einer Analyse von „Staatsbürgerschaft und Demokratie in politischen Kulturen der Europäischen Union.“⁸⁸ Nach ihr ist die politische Kultur nicht strukturell determiniert, sondern ist einer ständigen Auseinandersetzung zwischen den Kulturen und sozialen Gruppen und Klassen einer Gesellschaft, um Dominanz und Hegemonie ausgesetzt.⁸⁹ Weitere Analysen bietet William E. Connolly, der sich in seinem Text „The Ethos of Pluralization“⁹⁰ ebenfalls der pluralistischen Kultur widmet. Er sieht die

⁸⁴ Phillips Anne, Which Equalities matter? (Cambridge 1999) 1-43.

⁸⁵ Sauer Birgit, Transformation von Staatlichkeit: Chancen für Geschlechterdemokratie? In: Gundula Ludwig, Birgit Sauer, Stefanie Wöhl (Hg.in). Staat und Geschlecht. Grundlagen und aktuelle Herausforderungen feministischer Staatstheorie (Baden-Baden, 2009) 105f.

⁸⁶ Vgl. Bischof Karin, Oberhuber Florian, Stögner Karin, Religion, Säkularisierung und Geschlecht – Debatten um den EU-Beitritt der Türkei (Bremen 2014).

⁸⁷ Vgl. Almond Gabriel A, Sidney Verba, The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in five Nations (Princeton-New Jersey 1963) 3-42.

⁸⁸ Birsl, Ursula, Staatsbürgerschaft und Demokratie in politischen Kulturen der EU. Konzeptionelle Überlegungen und empirische Befunde. In: Samuel Salzborn (Hg.) Politische Kultur (Frankfurt am Main, 2009) 61-101.

⁸⁹ Vgl. Birsl, Staatsbürgerschaft und Demokratie in politischen Kulturen der EU, 76.

⁹⁰ Connolly William E., The Ethos of Pluralization (Minneapolis-London 1995) XI-XXX.

Herausforderungen einer ‚pluralist culture‘ in einer „[...] cultivate critical responsiveness to new movements of pluralization and then to negotiate modified relations of coexistence as new identities cross the magic threshold of enactment.“⁹¹ Damit sich eine neue Kultur herausbilden könne, bedürfe es folglich der kritischen Beschäftigung mit der eigenen als auch der neuen Kultur sowie der Hinterfragung von darin enthaltenen eigenen Normen.⁹²

2.3 Begriff ‚Flüchtlingskrise‘ und ‚Willkommenskultur‘

Kaum ein anderes Wort wurde im Laufe der letzten Jahre, vor allem von August 2015 bis September 2017 so oft erwähnt, wie das Wort ‚Flüchtlingskrise‘.⁹³ Dabei sind die Implikationen, die mit diesem Begriff einhergehen, vielfältig und durchaus kontrovers zu betrachten, was einer kurzen Analyse bedarf.

Unter dem Begriff der ‚Flüchtlingskrise‘ wird, wie eingangs im Kapitel (der) Einleitung bereits kurz angedeutet wurde, häufig eine Krise der Europäischen Union verstanden, die durch die Flüchtlinge, die im Sommer und Herbst 2015 nach Europa kamen, angeblich verursacht wurde.⁹⁴ Diese Ansicht impliziert die Annahme, dass die Krise die Flüchtlinge selbst seien und wird durch den Gebrauch des Wortes ‚Flüchtlingsstrom‘ noch verschärft.⁹⁵ Des Weiteren beinhaltet diese Ansicht, dass die als Krise wahrgenommenen Flüchtlinge schuld am Versagen des europäischen Asylsystems seien, da die Menge an Flüchtlingen Druck auf das europäische Asylsystem ausüben würde, dem die Europäische Union nicht gewachsen wäre.⁹⁶ Dass diese Ansicht jedoch nicht als eine rein objektive Meinung abgetan werden darf, sondern weitgehende Folgen mit sich bringt, ist dadurch zu begründen, dass diese öffentliche Debatte, die Flüchtlinge als ‚Flüchtlingskrise‘ zu bezeichnen, ein negatives Bild auf die flüchtigen Personen wirft und zudem eine Bedrohung konstruiert wird, die verhindert, dass diese Personen integriert und aufgenommen werden können.⁹⁷

Simplifiziert ausgedrückt heißt das, dass wenn die flüchtigen Personen eine Bedrohung für das Funktionieren der Europäischen Union – und folglich auch für die einzelnen darin vertretenen Ländern darstellt, die Lösung darin liegt, schutzsuchende Personen am Eintritt

⁹¹ Connolly, *The Ethos of Pluralization*, XVI.

⁹² Vgl. Connolly, *The Ethos of Pluralization*, XVI-XVII.

⁹³ Vgl. Saracino Daniele, *Solidaritätsbrüche in der europäischen Asylpolitik. Warum die »Flüchtlingskrise« in Wirklichkeit eine Solidaritätskrise ist*. In: *Zeitschrift für Politik* (Jg. 65, Heft 3 2018). Online unter: URL: https://www-nomos-elibrary-de.uaccess.univie.ac.at/10.5771/0044-3360-2018-3-283.pdf?download_full_pdf=1 (23.07.2020) 283.

⁹⁴ Vgl. Ebd. 283.

⁹⁵ Vgl. Ebd. 283.

⁹⁶ Vgl. Saracino, *Solidaritätsbrüche in der europäischen Asylpolitik*, 283f.

in die Europäische Union zu hindern.⁹⁸ Dieser Zusammenhang lässt sich auch in den hier analysierten Nationalratsdebatten finden, da immer wieder das Wort ‚Krise‘ in Zusammenhang mit den flüchtigen Personen gebracht wird und im gleichen Atemzug die Worte ‚Grenzen schützen‘ fallen.⁹⁹

An dieser Stelle ist zu betonen, dass das Wort ‚Flüchtlingskrise‘ die Krise der Europäischen Union und ihrer Mitgliedsstaaten mit dem Umgang von flüchtigen Personen meint. Folglich handelt es sich hier um eine politische und vor allem soziale Krise, die ihren erschreckenden und grauenhaften Höhepunkt darin fand und leider immer noch findet, dass hilfeschuchende Menschen, unter ihnen Männer, Frauen und Kinder jeglichen Alters, im Mittelmeer ertrinken und sterben.

Daniele Saracino plädiert in seinem Text dafür, statt dem Wort ‚Flüchtlingskrise‘ das Wort ‚Solidaritätskrise‘ zu benutzen, da die Migrationsbewegungen nach Europa den Blick auf Probleme innerhalb der europäischen Asylpolitik freilegen würden, wie beispielsweise des Dublin-Systems und diese Probleme nicht von den Schutzsuchenden verursacht worden seien.¹⁰⁰

Andere Vorschläge für eine alternative Bezeichnung dieser Krise liefert Norbert Cyrus.¹⁰¹ Er plädiert für die Verwendung des Begriffes „Flüchtlingsschutzkrise“¹⁰², da dieser das internationale System des Flüchtlingsschutzes hinterfrage und vorgebe, darin nach Ursachen für Probleme zu suchen, statt sie den flüchtenden Personen vorzuwerfen.¹⁰³

Ein weiterer Begriff, welcher sich in den Diskursen rund um den Umgang mit geflüchteten Menschen wiederfindet, ist jener der ‚Willkommenskultur‘.

An dieser Stelle gilt zu erwähnen, dass das Konzept einer ‚Willkommenskultur‘ nicht etwa neu, sondern bereits vor 2015 in politischen Debatten von unterschiedlichen Akteurinnen und Akteuren verwendet wurde.¹⁰⁴ Im Gegensatz zum Jahr 2015 wurde damit beispielsweise in Österreich nicht der Umgang der Bevölkerung mit geflüchteten Personen

⁹⁷ Vgl. Saracino, Solidaritätsbrüche in der europäischen Asylpolitik, 284.

⁹⁸ Vgl. Ebd. 284.

⁹⁹ Vgl. Stenographisches Protokoll, 23. September 2015, 85.

¹⁰⁰ Vgl. Saracino, Solidaritätsbrüche in der europäischen Asylpolitik, 285, 300.

¹⁰¹ Vgl. Cyrus Norbert, Die Flüchtlinge und ihr Status. Praktische Implikationen einer defizitären Rechtsstellung. In: Ghaderi Cinur, Eppenstein Thomas (Hg.), Flüchtlinge. Multiperspektivistische Zugänge (Wiesbaden 2017) 113-127.

¹⁰² Cyrus, Die Flüchtlinge und ihr Status, 114.

¹⁰³ Vgl. Ebd. 114.

¹⁰⁴ Vgl. Trauner Florian, Turton Jocelyn, „Welcome culture”: The emergence and transformation of a public debate on migration. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft (2017, Vol.46 (1)) 36.

verstanden, sondern die Intention des österreichischen Staates, hochqualifizierte Arbeitskräfte nach Österreich zu bringen.¹⁰⁵

Der Begriff der ‚Willkommenskultur‘ erlangte vor dem Hintergrund der steigenden Asylanträge innerhalb der Europäischen Union im Jahre 2015 – und hier insbesondere im Sommer desselben Jahres – erneut an Bedeutung.¹⁰⁶ Da staatliche Strukturen mit diesen Realitäten oftmals überfordert waren, versammelten sich freiwillige HelferInnen, die die Geflüchteten bei ihrer Ankunft unterstützten.¹⁰⁷ Folglich übernahmen diese Freiwilligen jene Aufgaben, die eigentlich staatlichen Behörden oblagen.¹⁰⁸

Wesentlichen Einfluss auf die rückblickend betrachtete Darstellung der ‚Willkommenskultur‘ hatte der Satz „Wir schaffen das“,¹⁰⁹ den die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel am 31. August 2015 im Zuge einer Sommerpressekonferenz verlauten ließ. Infolgedessen wurde Merkel als Sinnbild der Menschlichkeit im medialen Diskurs abgedruckt und als Trägerin der Willkommenskultur dargestellt.¹¹⁰

Als sich Anfang September an der ungarischen Grenze tausende geflüchtete Menschen wiederfanden und Merkel sowie der damalige österreichische Bundeskanzler Werner Faymann eine Regelung beschlossen, die es den Geflüchteten erlaubte, ohne bürokratische Hürden von Ungarn nach Deutschland zu reisen, änderte sich jedoch die medial wahrgenommene positive Einstellung zur ‚Willkommenskultur‘.¹¹¹ Die Kritik an Merkels und Faymanns Handlungsweise wurde lauter und die Stimmen, die sich darauf beriefen, dass die Öffnungen der Grenze weitere geflüchtete Personen dazu ermutigt habe, den Weg nach Österreich und Deutschland zu nehmen, vervielfältigten sich.¹¹²

¹⁰⁵ Vgl. Ebd. Trauner, Turton, 36.

¹⁰⁶ Vgl. Eurostat, Asylum in the EU Member States. Record number of over 1.2 million first time asylum seekers registered in 2015 (Luxemburg, 44, 2016). Online unter. URL: <https://liye.info/doc-viewer> (19.10.2021) 1.

¹⁰⁷ Vgl. Tietje Olaf, Dinkelaker Samia, Huke Nikolai, Einleitung: Umkämpfte Teilhabe. In: Samia Dinkelaker, Nikolai Huke und Olaf Tietje (Hg.in), Nach der »Willkommenskultur« Geflüchtete zwischen umkämpfter Teilhabe und zivilgesellschaftlicher Solidarität (Bielefeld 2021). Online unter. URL: <https://doi-org.uaccess.univie.ac.at/10.14361/9783839454145> (19.10.2021) 7.

¹⁰⁸ Vgl. Tietje, Dinkelaker, Huke, Einleitung, 7f.

¹⁰⁹ Merkel Angela, Sommerpressekonferenz von Bundeskanzlerin Merkel, Thema: Aktuelle Themen der Innen- und Außenpolitik. Mitschrift Pressekonferenz vom 31. August 2015. Online unter: URL: <https://www.bundestkanzlerin.de/bkin-de/aktuelles/sommerpressekonferenz-von-bundestkanzlerin-merkel-848300> (20.10.2021).

¹¹⁰ Vgl. Almstadt Esther, Flüchtlinge in den Printmedien. In: Ghaderi Cinur, Eppenstein Thomas (Hg.), Flüchtlinge. Multiperspektivistische Zugänge (Wiesbaden 2017) 188f, 195.

¹¹¹ Vgl. Almstadt, Flüchtlinge in den Printmedien, 187.

¹¹² Vgl. Süddeutsche Zeitung, "... dann ist das nicht mein Land" vom 15. September 2015. Online unter. URL: <https://www.sueddeutsche.de/politik/merkel-zu-fluechtlingspolitik-dann-ist-das-nicht-mein-land-1.2648819> (21.10.2021).

Auch die Landtags- und Gemeinderatswahl in Wien am 11. Oktober 2015 wurde von Debatten zu Migration, Zuwanderung und Sicherheit dominiert, wobei die SPÖ am Kurs die Grenzen offen zu lassen und folglich an der ‚Willkommenskultur‘ festhielt.¹¹³

Durch die Terroranschläge in Paris im November 2015, denen weitere Anschläge in europäischen Städten in den darauffolgenden Jahren folgten, wurden die geflüchteten Personen zur Projektionsfläche für Integrationsängste, auch wenn sie selbst es waren, die vor dem Terror des Islamischen Staates geflohen waren.¹¹⁴

Im Laufe vom Herbst und Winter 2015, wurde der Begriff der ‚Willkommenskultur‘ zunehmend von politisch rechter Seite, wie den Parteien der FPÖ, dem Team Stronach oder in Deutschland der AfD übernommen, in dem sie die liberale Migrationspolitik anderer Parteien als Fehler darstellten und sich so gegen eine weitere Aufnahme von geflüchteten Personen aussprachen.¹¹⁵ Die Kritik involvierte auch ehrenamtliche HelferInnen sowie NGO's und caritative Einrichtungen und Organisationen, die humanitäre Hilfe geleistet hatten.¹¹⁶ Von rechtspolitischer Seite wurden die HelferInnen als auch die caritativen Organisationen mit dafür verantwortlich gemacht, dass sich Geflüchtete auf den Weg nach Europa machen würden. Auch vom Vorwurf einer ‚Asylindustrie‘, an der sich diese Organisationen bereichern würden, wurde im Dezember 2018 und Jänner 2019 von der FPÖ verlautbart.¹¹⁷

Zum Zeitpunkt dieser Arbeit kann gesagt werden, dass die Themen Flucht und Asyl seither - vor allem um die Zeit der seither stattfindenden Wahlen herum - im Fokus der Politik standen und die ‚Willkommenskultur‘ nach und nach aus dem politischen Diskurs verdrängt wurde.¹¹⁸

Zum Abschluss dieser Erläuterung gilt festzuhalten, dass sich der Begriff ‚Willkommenskultur‘, wie soeben dargelegt, vorwiegend auf die Aufnahmegesellschaft

¹¹³ Vgl. Simsa Ruth, Leaving Emergency Management in the Refugee Crisis to Civil Society? The Case of Austria. In: Journal of Applied Security Research (New York, Vol. 12, 1 2017) 81.

¹¹⁴ Vgl. Ther, Die Außenseiter, 306.

¹¹⁵ Vgl. Trauner, Turton, Welcome culture, 40.

¹¹⁶ Vgl. Rosenberger Sieglinde, Müller Sandra, Before and After the Reception Crisis of 2015. Asylum and Reception Policies in Austria. In: Glorius; Doomernik (eds.), Geographies of Asylum in Europe and the Role of European Localities (IMISCOE Research Series Switzerland) DOI: 10.1007/978-3-030-25666-1_5, 105.

¹¹⁷ Vgl. Kurier, "Asylindustrie": FPÖ kritisiert Caritas erneut. Betreuung von Asylwerbern soll zukünftig in staatlicher Hand sein. Caritas wird erneut "Profitgier" vorgeworfen, vom 02.01.2019. Online unter: URL: <https://kurier.at/politik/inland/asylindustrie-fpoe-kritisiert-caritas-erneut/400367054> (18.10.2021).

¹¹⁸ Vgl. Schulz, Flucht und Arbeit, 23.

und dessen Agieren fokussiert und weniger auf die geflüchteten Personen und deren Empfindungen, ob sie sich im jeweiligen Land auch willkommen fühlen.¹¹⁹

2.4 Exkurs Populismus und das Konzept des Othering

Da sich im Diskurs populistischer Parteien antipluralistische Tendenzen finden lassen, werden an dieser Stelle populistische Argumentationslogiken näher erläutert.¹²⁰

Dies ist insofern von Bedeutung, da sich auch in den hier analysierten Nationalratsdebatten antipluralistische Argumente finden lassen und diese anhand einer Einordnung in ‚populistische Redensarten‘ kontextualisieren lassen.¹²¹

Laut Jan-Werner Müller bezeichnet Populismus eine Vorstellung von Politik, nach der es einen homogenen ‚Volkswillen‘ gibt, den zu erkennen nur die jeweilige populistisch agierende Partei in der Lage sei.¹²² Dieser einzig wahre homogene Wille des Volkes zeichne sich dadurch aus, dass dieser moralisch rein sei, es somit faktisch keine Korruption innerhalb dieser Bevölkerung geben könne, da diese Eigenschaften den unmoralischen und korrupten ‚Anderen‘ – beispielsweise den Eliten – vorbehalten sei.¹²³

Antipluralistisch ist diese Ansicht auch dahingehend, da populistische Parteien für sich postulieren, dass nicht nur sie allein diesen Willen ausfindig machen könnten, sondern auch, dass sie selbst das ‚Volk‘ seien.¹²⁴ Dieser ‚eine‘ Volkswille setze sich dabei jedoch nicht aus verschiedenen Bevölkerungsteilen, also unterschiedlichen Menschen zusammen, sondern sei einheitlich und deswegen nicht pluralistisch.¹²⁵

Dass es keinen einzigen, wahren und vor allem keinen wahren Willen des *einen* Volkes geben kann, da die Bevölkerung, die in einem Land lebt, nicht homogen ist, sondern immer unterschiedliche Meinungen vertritt, wird bei dieser antipluralistischen Argumentationslinie außer Acht gelassen.

Wird an dieser Stelle die österreichische Parteienlandschaft näher betrachtet, so kann die FPÖ als Inbegriff jener Partei verstanden werden, die sich offen gegen Migration ausspricht und sich in ihrer Argumentationsweise zur Erfüllung ihrer Interessen

¹¹⁹ Vgl. Ther, Die Außenseiter, 366.

¹²⁰ Vgl. Müller Jan-Werner, Was ist Populismus? In: ZPTh - Zeitschrift für Politische Theorie (Jg. 7, Nr. 2 2016). Online unter: URL: <https://budrich-journals-de.uaccess.univie.ac.at/index.php/zpth/article/view/27736> (17.07.2020) 199.

¹²¹ Vgl. Stenographisches Protokoll, 23. September 2015, 80.

¹²² Vgl. Müller, Was ist Populismus? 187, 191.

¹²³ Vgl. Ebd. 187, 191.

¹²⁴ Vgl. Müller, Was ist Populismus? 188.

¹²⁵ Müller, Was ist Populismus? 188f.

populistischer Rhetorik bedient.¹²⁶ Dennoch wurden populistische Argumentationen seit 2015 auch von anderen politischen Parteien, wie der ÖVP übernommen, die vor allem durch ihren Wandel unter Sebastian Kurz ein neues Image - wie zum Beispiel einer neuen türkisen Farbe und deren Ausrichtung ganz auf den jungen Spitzenkandidaten – bekam.¹²⁷ In engem Zusammenhang mit Konzepten des Populismus steht der Begriff des ‚Othering‘. Dieser beinhaltet die Differenzierung zwischen einem ‚Wir‘, was so viel bedeutet wie „dem Eigenen“¹²⁸ und „dem Anderen“¹²⁹, was als anders angenommen wird und sich folglich von dem ‚Wir‘ abgrenzt.¹³⁰ Diese konstruktive Einteilung der Gesellschaft in ein ‚Wir‘ und ein ‚die Anderen‘ wird im politischen Diskurs immer wieder herangezogen, indem das ‚Wir‘, als homogene Gruppe konstruiert und ‚die Anderen‘, als ‚das Fremde‘ charakterisiert wird.¹³¹ Katharina Hametner und Natalie Rodax verdeutlichen in ihrem Text, dass der Diskurs über Einwanderung und Integration vor allem über die Konstruktion eines überlegenen ‚Wir‘ gegenüber einem migrantischen ‚Anderen‘ dargestellt wird und dieses ‚migrantische Andere‘ dabei häufig als unterlegen beschrieben wird.¹³² Wenn sich PolitikerInnen in politischen Diskursen dieser Konstruktion bedienen, dann ist die Mitgliedschaft zu der nationalen ‚Wir‘ Gruppe, also beispielsweise ‚Wir – die ÖsterreicherInnen‘, oft durch ethnische Herkunft begründet und an die Staatsbürgerschaft gekoppelt.¹³³

¹²⁶ Vgl. Liebhart Karin, The Normalization of Right-Wing Populist Discourses...In: Stefanie Wöhl, Elisabeth Springler, Martin Pachel, Bernhard Zeilinger (eds.), The State of the European Union: Fault Lines in European Integration (Wiesbaden 2019) 93.

¹²⁷ Vgl. Ebd. 93.

¹²⁸ Bischof, Oberhuber, Stögner, Religion, Säkularisierung und Geschlecht, 7.

¹²⁹ Ebd. 7.

¹³⁰ Vgl. Ebd. 7.

¹³¹ Vgl. Arduç Maria, Wir bauen eine Festung Europa ... , 205f.

¹³² Hametner Katharina, Rodax Natalie, Von »Einwanderungswilligen« und »Integrationsverweigerern.« Zur medialen Konstruktion des leistenden »Anderen« im österreichischen Integrationsdiskurs. In: Psychologie und Gesellschaftskritik (Heft 161 2017). Online unter. URL: https://www-wiso-net-de.uaccess.univie.ac.at/dosearch?dbShortcut=PUGK&q=01700537.IS.+AND+2017.YR.+AND+161.HN.+AND+79.SE.&explicitSearch=true#PUGK__B2F5C01F7AD76AEF2FE0EB95939414DB (24.07.2020) 83.

¹³³ Vgl. Hametner, Rodax, Von »Einwanderungswilligen« und »Integrationsverweigerern«, 83f.

3. Analyse der Stenographischen Protokolle

Wie bereits erwähnt, handelt es sich bei allen vier zu analysierenden Quellen um Nationalratsdebatten. Das heißt, der Gegenstand dieser Analyse sind Plenumsdebatten, in denen reale und symbolische Politik von verschiedenen AkteurInnen gemacht wird.¹³⁴ Bevor mit den fünf Analyseschritten nach Siegfried Jäger für jedes einzelne stenographische Protokoll begonnen wird, wird an dieser Stelle auf allgemeine Informationen eingegangen, die sich für jede der vier Quellen ergeben. So dienen die Protokolle der Dokumentation einer gesamten Nationalratssitzung und zeigen Verhaltensweisen der AkteurInnen – wie Beifall oder Zwischenrufe – ebenso auf, wie Abstimmungen und Anträge der Abgeordneten.¹³⁵ Die Leserschaft kann folglich nicht genau eingegrenzt werden, da die Stenographischen Protokolle für alle Personen online einzusehen sind.¹³⁶

Was den/die AutorIn des Protokolls betrifft, so lassen sich keine genauen Angaben darüber finden, wer die Quelle verfasst hat. Als Autorin wird die Parlamentsdirektion 1017 Wien genannt.¹³⁷ Da jeder schriftlicher Text von einer Verfasserin, einem Verfasser produziert wurde, wird an dieser Stelle der Frage der Entstehung eines stenographischen Protokolls nachgegangen.¹³⁸ Auf der Homepage des österreichischen Parlaments wird darauf verwiesen, dass jede einzelne Nationalratsdebatte mittels eines integrierten Aufzeichnungssystem aufgenommen wird, womit jedoch nur die Reden beziehungsweise alles, was sich in unmittelbarer Nähe des Mikrophons abspielt, gespeichert werden kann. Zwischenrufe oder Beifall, wird im Folgenden von den ParlamentsstenografInnen notiert und niedergeschrieben und anschließend in das Rohtranskript eingearbeitet.¹³⁹ Aufgrund dieser Darstellung kann davon ausgegangen werden, dass die stenographischen Protokolle eine geeignete Quelle darstellen, um das Geschehen im Nationalrat rückverfolgen zu können.

¹³⁴ Vgl. Bischof Karin, ‚Emigranten‘ und die Konstruktion des österreichischen Demos in Parlamentsdebatten nach 1945. In: Prager Katharina, Straub Wolfgang (Hg.in) Bilderbuch-Heimkehr? Remigration im Kontext (Acro Wissenschaft, Bd. 30, Wuppertal 2017) 191.

¹³⁵ Vgl. Parlament. Online unter. URL: <https://www.parlament.gv.at/PAKT/STPROT/> (16.04.2020).

¹³⁶ Vgl. Parlament. Online unter. URL: <https://www.parlament.gv.at/PERK/FAQ/STENO/index.shtml> (16.04.2020).

¹³⁷ Vgl. Stenographisches Protokoll, 23. September 2015, 319.

¹³⁸ Vgl. Jäger, Kritische Diskursanalyse (2015⁷) 100.

¹³⁹ Vgl. Österreichisches Parlament. Online unter. URL: <https://www.parlament.gv.at/PERK/FAQ/STENO/index.shtml> (16.04.2020).

3.1 91. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, 23. September 2015

3.1.1 Institutioneller Rahmen

Das Stenographische Protokoll zur Nationalratssitzung vom 23. September 2015 weist insgesamt eine Seitenanzahl von 321 Seiten auf, wobei der relevante Teil für diese Arbeit 33 Seiten erfasst.¹⁴⁰ Dieser Abschnitt wurde von der damaligen Nationalratspräsidentin Doris Bures unter der Rubrik ‚Aktuelle Europastunde‘ eingeleitet und behandelte das Thema „Die europäische und internationale Dimension der Flüchtlingskrise.“¹⁴¹

3.1.2 Text-Oberflächen Analyse

Ziel dieses Abschnittes ist eine kurze Inhaltsangabe der besprochenen Themen darzulegen sowie Auskunft darüber zu geben, wie viele Personen unterschiedlicher Parteien sich in den Nationalratsdebatten zu Wort gemeldet haben.¹⁴²

Im Stenographischen Protokoll vom 23. Oktober 2015 sind 20 Wortmeldungen unterschiedlicher Abgeordneter verzeichnet und niedergeschrieben worden.¹⁴³ Bei ihnen handelt es sich um fünf Personen der ÖVP, drei SprecherInnen der SPÖ sowie ebenfalls drei SprecherInnen der Grünen, der FPÖ und der NEOS.¹⁴⁴ Zwei Abgeordnete fungierten für das Team Stronach und eine Abgeordnete sprach ohne Klubzugehörigkeit.¹⁴⁵

Wie der Titel „Die europäische und internationale Dimension der Flüchtlingskrise“¹⁴⁶ des ausgewählten Abschnitts der Nationalratsdebatte vermuten lässt, wurden in dieser Sitzung nicht nur spezifisch österreichische Fragen aufgeworfen und debattiert, sondern politische sowie soziale Fragestellungen in einen europäischen Kontext gesetzt.¹⁴⁷ Hierzu nahmen EU-Abgeordnete des Europäischen Parlaments folgender im österreichischen Parlament vertretenen Parteien teil: Othmar Karas¹⁴⁸ von der ÖVP, Harald Vilimsky¹⁴⁹ von der FPÖ, Ulrike Lunacek¹⁵⁰ von den Grünen, Evelyn Regner¹⁵¹ von der SPÖ sowie Angelika

¹⁴⁰ Vgl. Stenographisches Protokoll, 23. September 2015, 72-103.

¹⁴¹ Stenographisches Protokoll, 23. September 2015, 72.

¹⁴² Vgl. Jäger, Kritische Diskursanalyse (2015⁷) 98.

¹⁴³ Stenographisches Protokoll, 23. September 2015, 72-103.

¹⁴⁴ Ebd. 72-103.

¹⁴⁵ Vgl. Stenographisches Protokoll, 23. September 2015, 103.

¹⁴⁶ Stenographisches Protokoll, 23. September 2015, 72.

¹⁴⁷ Vgl. Stenographisches Protokoll, 23. September 2015, 72-103.

¹⁴⁸ Vgl. Stenographisches Protokoll, 23. September 2015, 78.

¹⁴⁹ Vgl. Stenographisches Protokoll, 23. September 2015, 79.

¹⁵⁰ Vgl. Stenographisches Protokoll, 23. September 2015, 81.

¹⁵¹ Vgl. Stenographisches Protokoll, 23. September 2015, 86.

Mlinar¹⁵² von den NEOS.¹⁵³ Jede/r dieser RednerInnen ergriff einmal das Wort, um das Thema mit dem Umgang der damaligen präsenten Situation europaweit zu behandeln.¹⁵⁴

Die Themen, die innerhalb dieser ‚Europastunde‘ besprochen wurden, sind vielfältig und handeln vor allem davon, wie Österreich mit den flüchtigen Personen umgehen soll.¹⁵⁵

Dabei sprechen die verschiedenen Abgeordneten vor allem über die unterschiedlichen Positionen, wie mit dieser Situation als europäischer Situation umgegangen werden soll und welche Bedeutung dabei der Europäischen Union zukommt.¹⁵⁶

Unterschiedliche Auffassungen zeigen sich insbesondere darin, wie über die flüchtigen Personen gesprochen wird, wie die Zusammenarbeit innerhalb der Europäischen Union aussehen soll und wie dem Thema Grenzziehungen an den Außengrenzen der EU begegnet werden soll.¹⁵⁷

Um dies genauer bestimmen zu können wurde das gesamte Dokument kodiert und diese Codes in Kodegruppen zusammengefasst. Durch diese Herangehensweise konnte festgestellt werden, welche Themen am häufigsten in der Nationalratssitzung debattiert wurden.

Die nachfolgende Graphik zeigt die Liste der Kodegruppen, die in der Software Atlas.ti aus den diversen Codes erstellt wurde:

¹⁵² Vgl. Stenographisches Protokoll, 23. September 2015, 92.

¹⁵³ Anmerkung: Die Reihenfolge der aufgelisteten Personen ergab sich aus der Anordnung und Abfolge des stenographischen Protokolls. Ebenso wurden die Namen der Abgeordneten mit der Bezeichnung der Parteien in Klammer wortgetreu aus dem Stenographischen Protokoll übernommen.

¹⁵⁴ Vgl. Stenographisches Protokoll, 23. September 2015, 72-103.

¹⁵⁵ Vgl. Ebd. 72-103.

¹⁵⁶ Vgl. Ebd. 72-103.

¹⁵⁷ Vgl. Ebd. 72-103.

Kodegruppen	
◊◊ Asyl auf Zeit DOK 1 (4)	
◊◊ Asylrecht/Zuwanderungsgesetz DOK 1 (23)	
◊◊ Aufnahmezentrum an EU Außengrenze DOK 1 (6)	
◊◊ Aufteilung der Geflüchteten DOK 1 (13)	
◊◊ Außengrenzen schützen DOK 1 (13)	
◊◊ Bedrohungsszenarien (IS usw.) DOK 1 (24)	
◊◊ Befürwortung FPÖ DOK 1 (3)	
◊◊ Befürwortung von Orbans Politik DOK 1 (6)	
◊◊ Empathie für Flüchtlinge DOK 1 (14)	
◊◊ Entwicklungsgelder aufstocken DOK 1 (4)	
◊◊ EU Krise DOK 1 (5)	
◊◊ Europäische Menschenrechtskonvention DOK 1 (3)	
◊◊ 'Flüchtlingskrise' DOK 1 (10)	
◊◊ 'Flüchtlingsstrom' DOK 1 (10)	
◊◊ Gemeinsame europäische Migrationspolitik DOK 1 (9)	
◊◊ Gemeinsames Vorgehen EU DOK 1 (34)	
◊◊ Genfer Flüchtlingskonvention DOK 1 (4)	
◊◊ Griechenland, Italien DOK 1 (12)	
◊◊ Herausforderung (Situation ist Herausforderung) DOK 1 (12)	
◊◊ Hilfe vor Ort DOK 1 (17)	
◊◊ humanitäre Krise DOK 1 (1)	
◊◊ Kriegs-/Wirtschaftsflüchtlinge DOK 1 (16)	
◊◊ Migrationsland Österreich DOK 1 (9)	
◊◊ Schlepper, legale/illegale Wege DOK 1 (12)	
◊◊ Verantwortung DOK 1 (16)	

Abbildung 1: Auflistung aller Kodegruppen nach der Auswertung des Stenographischen Protokolls vom 23. September 2015 mit der Anzahl der jeweiligen Codes in Klammer. Auszug aus dem Programm Atlas.ti. Erstellt von: Beatrice Längle.

Die Kodegruppe, die mit 34 Codes die größte darstellt, lautet ‚gemeinsames Vorgehen‘ und beinhaltet all jene Sätze und Worte, in denen über das gemeinsame und geschlossene europäische Vorgehen debattiert wurde. Hier kann angemerkt werden, dass vor allem von Seiten der ÖVP, SPÖ, Grünen und der NEOS immer wieder für ein gemeinsames Vorgehen und Handeln der Europäischen Union plädiert wurde.¹⁵⁸

Beispielhaft für eine Aussage, die ein gemeinsames europäisches Handeln befürwortet, ist folgendes Zitat:

¹⁵⁸ Vgl. Stenographisches Protokoll, 23. September 2015, Bundesminister für Europa, Integration und Äußeres Sebastian Kurz: 75f, Mitglied des Europäischen Parlaments, Othmar Karas, (ÖVP): 78, Claudia Durchschlag (ÖVP): 97, Andreas Schieder (SPÖ): 77, Josef Cap (SPÖ): 95, Mitglied des Europäischen Parlaments Ulrike Lunacek (Grüne): 81, Matthias Strolz (NEOS): 83, Mitglied des Europäischen Parlaments, Angelika Mlinar (NEOS): 93.

„Österreich ist nicht aus Jux und Tollerei Mitglied der Europäischen Union geworden, sondern deshalb, weil wir unsere sozialen Sicherungssysteme, unsere soziale Marktwirtschaft, unsere Werte aufrechterhalten und weiterentwickeln wollen. Aus diesem Grund ist es notwendig, gemeinsam entsprechende europäische Lösungen zu ermitteln, und es ist nicht nur unklug, sondern zeugt auch von einem kompletten Verlust des Realitätssinns, zu glauben, durch eine Rückführung auf die nationale Ebene könnten wir diese Probleme lösen.“¹⁵⁹

Auffallend in diesem soeben aufgezeigten Redebeitrag ist, dass zum einen der gemeinsame Moment der Europäischen Union als Kernelement der EU festgehalten wird, zum anderen jedoch die Fluchtsituation als europäisches Problem aufgefasst wird.¹⁶⁰ In diesem Sinne wird die EU von den geflüchteten Personen abgegrenzt und nicht in das pluralistische Weltbild einer Europäischen ‚Wertegesellschaft‘ mitgedacht.¹⁶¹ In diesem Kontext wird die Fluchtsituation, wie bereits erwähnt, als Problem angesehen, welches „gemeinsame Antworten“¹⁶² und „gesamtheitliche Lösungen“¹⁶³ der EU nach sich ziehe.

Neben der Europäischen Union finden sich in der Kodegruppe ‚gemeinsames Vorgehen‘ auch Argumente, in denen über den Rahmen der EU hinausgedacht wird. So wird das ‚Gemeinsame‘ in diesen Redebeiträgen als internationale Gemeinsamkeit verstanden, in dem dafür plädiert wird, dass internationale Konferenzen abzuhalten seien, bei denen „[...] alle an einen Tisch kommen müssen.“¹⁶⁴

In engem Zusammenhang mit dieser Kategorie, aber dennoch als eigenständige Kodegruppe zusammengefasst, wurden jene Forderungen der Abgeordneten, die sich für eine gemeinsame Migrations- oder Asylpolitik aussprachen.¹⁶⁵ Die Kodegruppe ‚Gemeinsame europäische Migrationspolitik‘ beinhaltet insgesamt neun Codes, in denen sich die SprecherInnen der Grünen Partei sowie der SPÖ und den NEOS für eine gemeinsame „europäische Außen- und Sicherheitspolitik“,¹⁶⁶ für „einheitliche Asylstandards“¹⁶⁷ sowie für ein „gemeinsames europäisches Asylsystem“¹⁶⁸ aussprachen.

¹⁵⁹ Stenographisches Protokoll, 23. September 2015, Evelyn Regner (SPÖ): 86.

¹⁶⁰ Vgl. Ebd. 86.

¹⁶¹ Vgl. Ebd. 86.

¹⁶² Stenographisches Protokoll, 23. September 2015, Andreas Schieder (SPÖ): 77.

¹⁶³ Stenographisches Protokoll, 23. September 2015, Angelika Mlinar (NEOS): 92.

¹⁶⁴ Stenographisches Protokoll, 23. September 2015, Josef Cap (SPÖ): 95.

¹⁶⁵ Vgl. Stenographisches Protokoll, 23. September 2015, Mitglied des Europäischen Parlaments Evelyn Regner (SPÖ): 86, Mitglied des Europäischen Parlaments Ulrike Lunacek (Grüne): 81f, Alev Korun (Grüne): 91, Matthias Strolz (NEOS): 83.

¹⁶⁶ Stenographisches Protokoll, 23. September 2015, Matthias Strolz (NEOS): 83,

¹⁶⁷ Stenographisches Protokoll, 23. September 2015, Alev Korun (Grüne): 91.

In dieser Argumentationsweise werden die geflüchteten Personen direkt angesprochen und somit in den Diskurs miteinbezogen:

„Was wir in der EU brauchen, ist ein einheitlicher Asylstandard, [...] sind legale Fluchtwege, denn das Recht auf Asyl, das Recht auf Schutz, das auf dem Papier besteht, bleibt nur auf dem Papier bestehen, solange Schutzsuchende – wie derzeit – gar nicht legal in die EU einreisen dürfen.“¹⁶⁹

Ebenso als eigenständige Kategorie zusammengefasst, aber dennoch in engem Zusammenhang mit einem ‚gemeinsamen EU-Vorgehen‘, versteht sich der Verweis auf eine ‚gemeinsame Verantwortung‘ Europas, die von Seiten der SPÖ, der Grünen und der NEOS gefordert wurde.¹⁷⁰ Folgendes Zitat kann als Beispiel für ein Argument einer gemeinsamen europäischen Verantwortung herangezogen werden:

„Es geht um die Frage der Verantwortung, und es geht auch [...] um die Frage der internationalen Staatengemeinschaft. Die internationale Staatengemeinschaft hat zugesehen, als vor mehr als vier Jahren der Krieg in Syrien entstanden ist [...]“¹⁷¹

Die Frage nach einer ‚gemeinsamen Verantwortung‘ das Europa angesichts der Fluchtursachen habe, betraf insgesamt 16 Kodes, in der die Situation für die geflüchteten Personen als Verantwortungskrise betitelt wurde, der die Europäische Union nachkommen müsse.¹⁷²

Dass das Agieren im Sinne der Menschenrechte in engem Zusammenhang mit der Frage einer europäischen Verantwortung steht, zeigt der folgende Redebeitrag der Grünen, in dem die Worte Verantwortung mit Grundrechten, wie den Menschenrechten, in Verbindung gebracht werden:

„Die Verantwortungskrise geht weiter. Die EU ist ja an sich aufgefordert, tatsächlich in den Werten der Grundrechte, in den Werten der Menschenrechte zu handeln. Wie schwierig es auch [...] ist, die Situation in Ungarn zu meistern, [...] meiner Ansicht nach

¹⁶⁸ Stenographisches Protokoll, 23. September 2015, Evelyn Regner (SPÖ): 87.

¹⁶⁹ Stenographisches Protokoll, 23. September 2015, Alev Korun (Grüne): 91.

¹⁷⁰ Vgl. Stenographisches Protokoll, 23. September 2015, SPÖ: 87; Grüne: 91; NEOS: 83.

¹⁷¹ Stenographisches Protokoll, 23. September 2015, Tanja Windbüchler-Souschill (Grüne): 100.

¹⁷² Vgl. Stenographisches Protokoll, 23. September 2015, Tanja Windbüchler-Souschill (Grüne): 101.

sind das Aufbauen eines Zaunes, eines Stacheldrahtzaunes, einer neuen Mauer, [...] der vollkommen falsche Weg.“¹⁷³

In der Kodegruppe ‚Europäische Menschenrechtskonvention‘ mit insgesamt drei Kodes, fanden sich Hinweise der Abgeordneten auf ebendiese Konvention, die Österreich unterzeichnete und die folglich dazu veranlasse, in „den Werten der Menschenrechte“¹⁷⁴ zu handeln.

Damit einher geht auch die Forderung, die Gelder für ‚Entwicklungshilfe‘ aufzustocken, was ebenfalls mit vier Kodes als eigene Kodegruppe zusammengefasst wurde.¹⁷⁵ Von den NEOS kam folgender Apell: „Und wenn wir die Flüchtlingslager in Jordanien, im Libanon, in der Türkei nicht stärken, wenn wir sie nicht unterstützen, dann werden diese Menschen nach Europa aufbrechen.“¹⁷⁶

In Abgrenzung zu diesem Themenbereich liegen jene Argumente, in denen die klare Trennung zwischen ‚Kriegs- und Wirtschaftsflüchtling‘, Bedrohungsszenarien für die Zukunft, die Frage nach Asylrecht, der ‚Schutz und die Sicherung der EU-Außengrenzen‘ oder aber eine Befürwortung Victor Orbáns Politik, besprochen wurden.¹⁷⁷

So finden sich in der Kodegruppe ‚Bedrohungsszenarien‘ mit insgesamt 24 Kodes vor allem die, von Seiten der FPÖ und des Team Stronach verwendet wurden, Verweise auf „Hundert Millionen!“¹⁷⁸ Flüchtlinge, die nach Europa kommen würden, sowie Andeutungen, dass der „[...] IS [...] mit dieser Masse mitkommen und bei uns eingeschleust [...] werden würde.“¹⁷⁹

Wie der Namen der Kodegruppe schon preisgibt, finden sich darin Argumentationsweisen, die die geflüchteten Personen als österreichische oder europäische Bedrohung darstellen.¹⁸⁰ Ebenso in dieser Kodegruppe finden sich Redebeiträge, die das Vorgehen der Europäischen Union kritisieren, wie folgendes Zitat zeigt:

„Es wird so getan, als ob wir vor einem humanitären Tsunami stehen, durch eine vulkanische Explosion, durch einen plötzlichen Krieg ausgelöst. – Das ist alles nicht

¹⁷³ Ebd. 101.

¹⁷⁴ Vgl. Stenographisches Protokoll, 23. September 2015, Tanja Windbüchler-Souschill (Grüne): 101.

¹⁷⁵ Vgl. Siehe: Abb. 1.

¹⁷⁶ Vgl. Stenographisches Protokoll, 23. September 2015, Matthias Strolz (NEOS): 84.

¹⁷⁷ Vgl. Siehe: Abb. 1.

¹⁷⁸ Stenographisches Protokoll, 23. September 2015, Johannes Hübner (FPÖ): 89.

¹⁷⁹ Stenographisches Protokoll, 23. September 2015, Christoph Hagen (STRONACH): 86.

¹⁸⁰ Vgl. Siehe Abb. 1.

einmal in Ansätzen der Fall. Wir stehen vor einem Problem, das Europa seit Jahrzehnten – seit Jahrzehnten! – bedrängt und das jetzt durch massive Intervention der Instanzen der Europäischen Union zu einer wirklichen Katastrophe geworden ist.“¹⁸¹

Fragen zum Thema Asylrecht, wurden als eigene Kodegruppe ‚Asylrecht/Zuwanderungsgesetz‘ mit je 23 Kodes zusammengefasst.¹⁸² Darin werden Asylgründe neu debattiert, in dem den Geflüchteten persönliche Einwanderungsgründe unterstellt werden, da es sich bei den geflüchteten Personen „[...] um Leute [handle], die keine Perspektive im Land haben, für die es keine Arbeitsplätze gibt und die natürlich ins gelobte Land Europa wandern.“¹⁸³

Weitere Beispiele in welchem Kontext diese Kodes auftreten konnten, zeigt sich folgendermaßen: „Daher ein sehr klares Ja zu einem anständigen und menschenwürdigen Umgang mit Flüchtlingen und Asylwerbern, aber auch klare Signale an die, die nicht Asyl brauchen, sondern die zuwandern wollen.“¹⁸⁴

In enger Verbindung zu dem soeben aufgezeigten Zitat steht die Kodegruppe ‚Kriegs-/Wirtschaftsflüchtlinge‘, die mit 16 Kodes all jene Beiträge von Abgeordneten beinhaltet, die für eine klare Unterscheidung von geflüchteten Personen und deren Fluchtgründe plädierten.¹⁸⁵ Verwendung fand diese Einteilung vor allem bei den Parteien ÖVP, FPÖ, Team Stronach und in einem Kommentar auch bei den NEOS, währenddessen die Grünen sich klar dagegen aussprachen.¹⁸⁶

Ein Beispiel einer Aussage, dass zwischen Kriegs- und Wirtschaftsflüchtlingen unterschieden werden müssen, lautet wie folgt:

„Auch wenn es für viele Menschen durchaus nachvollziehbar ist, dass sich die Flüchtlinge auf den Weg machen, weil sie sich hier ein besseres Leben für sich und ihre Familien erhoffen, so ist auf der anderen Seite doch ganz klar, dass Österreich, ich würde sogar sagen, die Europäische Union nicht imstande ist, nicht Platz und Kapazitäten für alle

¹⁸¹ Vgl. Stenographisches Protokoll, 23. September 2015, Johannes Hübner (FPÖ): 89.

¹⁸² Vgl. Stenographisches Protokoll, 23. September 2015, Reinhold Lopatka (ÖVP): 84.

¹⁸³ Stenographisches Protokoll, 23. September 2015, Christoph Hagen (STRONACH): 85.

¹⁸⁴ Vgl. Stenographisches Protokoll, 23. September 2015, Claudia Durchschlag (ÖVP): 97.

¹⁸⁵ Vgl. Siehe: Abb. 1.

¹⁸⁶ Stenographisches Protokoll, 23. September 2015, Harald Vilimsky (FPÖ): 80; Christoph Hagen (STRONACH): 85; Bundesminister für Europa, Integration und Äußeres Sebastian Kurz: 75f, Tanja Windbüchler-Souschill (Grüne): 101.

Wirtschaftsflüchtlinge dieser Welt hat – und ich meine hier auch ganz klar Wirtschafts- und nicht Kriegsflüchtlinge.“¹⁸⁷

Dieses Zitat verdeutlicht, dass Fluchtgründe in der hier analysierten Debatte als keineswegs gegeben angesehen werden, sondern stets hinterfragt werden.¹⁸⁸

Des Weiteren lässt die Unterscheidung von ‚wirklich Verfolgten‘ und ‚Wirtschaftsflüchtlingen‘ vermuten, dass es in diesen Argumentationsweisen vorwiegend darum geht, Fluchtbewegungen staatlich zu regulieren, als die menschlichen Bedürfnisse der Geflüchteten ins Zentrum zu rücken und darauf Antworten zu finden, wie ein menschlicher Umgang mit diesen Menschen gewährleistet werden kann.¹⁸⁹

Beispielhaft für die Unterscheidung zwischen Wirtschafts- und Kriegsflüchtling, was in diesem Kontext oft gleichgesetzt wird mit ‚legitimer und illegitimer Flucht‘, ist jener Satz, der besagt, dass „[...] nicht jeder, der sich wirtschaftlich verbessern will, zu uns kommen kann.“¹⁹⁰

Dass Fluchtmigration unterschiedliche reale Ursachen haben kann und, dass die Unterscheidung zwischen Kriegs- und Wirtschaftsflüchtling nicht leichtfertig gehandhabt werden darf, darauf wird in den Debatten jedoch kaum eingegangen.¹⁹¹ Folglich bleiben Fluchtgründe, wie Armut und in Folge Hunger aufgrund steigender Temperaturen des Klimawandels oder Bildungs- und Arbeitsmigration als Folge der Liberalisierung von Wirtschaftssektoren wie Produktion oder Dienstleistung, unberücksichtigt und als ‚Wirtschaftsflüchtling‘ subsumiert.¹⁹²

Die Kodegruppe ‚Flüchtlingsstrom‘ mit jeweils 10 Kodes, beinhaltet vorwiegend Redebeiträge der Parteien FPÖ und des Team Stronach.¹⁹³ Darin werden die geflüchteten Menschen als Strom bezeichnet und damit als Bedrohung für Europa oder die österreichische Bevölkerung assoziiert, wie folgender Beitrag veranschaulicht: „Dieser

¹⁸⁷ Stenographisches Protokoll, 23. September 2015, Claudia Durchschlag (ÖVP): 97.

¹⁸⁸ Vgl. Ebd. 97.

¹⁸⁹ Vgl. Eppenstein Thomas, Ghaderi Cinur, Perspektiven auf Flüchtlinge und Fluchtdynamiken – Eine Einführung. In: Cinur Ghaderi, Thomas Eppenstein (Hg.), Flüchtlinge. Multiperspektivische Zugänge (Wiesbaden 2017) 6.

¹⁹⁰ Vgl. Stenographisches Protokoll, 23. September 2015, Reinhold Lopatka (ÖVP): 73.

¹⁹¹ Vgl. Eppenstein, Ghaderi, Perspektiven auf Flüchtlinge und Fluchtdynamiken, 6.

¹⁹² Vgl. Scherr Albert, Inan Çiğdem, Flüchtlinge als gesellschaftliche Kategorien und als Konfliktfeld. Ein soziologischer Zugang. In: Cinur Ghaderi, Thomas Eppenstein (Hg.), Flüchtlinge. Multiperspektivische Zugänge (Wiesbaden 2017) 133.

¹⁹³ Vgl. Stenographisches Protokoll, 23. September 2015, Waltraud Dietrich (STRONACH): 94, Christoph Hagen (STRONACH): 84, Mitglied des Europäischen Parlaments Harald Vilimsky (FPÖ): 80, Johannes Hübner (FPÖ): 89, Reinhold Lopatka (ÖVP): 72.

Flüchtlingsstrom wird Europa nachhaltig verändern, und er wird auch Österreich verändern, wenn wir nicht in der Lage sind, geeignete Maßnahmen zu ergreifen.¹⁹⁴

Es finden sich in der Kodegruppe ‚Flüchtlingsstrom‘ jedoch auch Beiträge von Abgeordneten, die zwar von einem „Strom“¹⁹⁵ oder einer ‚Flüchtlingswelle‘ sprechen, die Verwendung dieser Begriffe jedoch nicht ausschließlich negativ meint: „Dieser Flüchtlingswelle muss technisch so begegnet werden, dass all das gemacht wird, was notwendig ist – Erstversorgung, Unterbringung und so weiter.“¹⁹⁶

In der Kodegruppe ‚Flüchtlingskrise‘ enthaltenen Redebeiträge, die ebenfalls 10 Kodes beinhaltet, finden sich vorwiegend Argumente, in der die geflüchteten Personen als Krise definiert werden.¹⁹⁷ Als eindrucklichstes Beispiel gilt folgendes: „Wir haben nämlich keine Flüchtlingskrise, wir haben eine Völkerwanderungskrise.“¹⁹⁸

Das Thema der Sicherung der EU-Außengrenzen – mit 13 Kodes ebenfalls eine eigene Kodegruppe - wurde vor allem von Seiten der ÖVP gefordert und manifestierte sich einerseits in der Befürwortung von Kontrollen, welche Personen in die EU einreisen dürften und andererseits auch als gemeinsame Europäische Handlung.¹⁹⁹

Weshalb die Kontrolle und der ‚Schutz‘ der Außengrenzen der Europäischen Union als wichtig erachtet wird, erläutern folgende Zitate:

„Es müssen alle illegal eingereisten Asylwerber in Zukunft wissen, dass sie in diese Erstaufnahmezentren, die errichtet werden müssen, auch wieder rücktransferiert werden. Das heißt, wir müssen in diesem Bereich tatsächlich zu einer Neuordnung kommen, denn [...] wenn nicht europaweit gemeinsam die richtigen Schritte gesetzt werden, wenn nicht diese Außengrenze effizient geschützt wird, um so die innere Ordnung in der Europäischen Union aufrechtzuerhalten – Schengen hat ja vorgesehen, dass die Innengrenzen offen sind

¹⁹⁴ Stenographisches Protokoll, 23. September 2015, Waltraud Dietrich (STRONACH): 94.

¹⁹⁵ Stenographisches Protokoll, 23. September 2015, Matthias Strolz (NEOS): 83.

¹⁹⁶ Vgl. Stenographisches Protokoll, 23. September 2015, Andreas Schieder (SPÖ): 77.

¹⁹⁷ Vgl. Stenographisches Protokoll, 23. September 2015, Bundesminister für Europa, Integration und Äußeres Sebastian Kurz: 76, Claudia Durchschlag (ÖVP): 96f, Christoph Hagen (STRONACH): 85, Mitglied des Europäischen Parlaments Mag. Othmar Karas, (ÖVP): 78, Mitglied des Europäischen Parlaments Harald Vilimsky (FPÖ): 79, Roman Haider (FPÖ): 98, Reinhold Lopatka (ÖVP): 72.

¹⁹⁸ Stenographisches Protokoll, 23. September 2015, Roman Haider (FPÖ): 98.

¹⁹⁹ Vgl. Stenographisches Protokoll, 23. September 2015, Reinhold Lopatka (ÖVP): 73f, Bundesminister für Europa, Integration und Äußeres Sebastian Kurz, 76, Josef Cap (SPÖ): 95, Matthias Strolz (NEOS): 83, Claudia Durchschlag (ÖVP): 97,

–, dann habe ich Verständnis dafür, dass in dieser Situation von den Nationalstaaten Schritte gesetzt werden, die keine Schritte nach vorne sind, die aber notwendig sind.“²⁰⁰

Auffallend in diesem Zitat ist einerseits die Betonung auf ‚illegal eingereiste Asylwerber‘, die eine Einteilung der Geflüchteten anhand der jeweiligen Fluchtgründe in den Fokus rückt und Migration folglich zu einer legalen oder illegalen Aktion macht, wie dies bereits zuvor bei der Kodegruppe ‚Kriegs- und Wirtschaftsflüchtling‘ veranschaulicht wurde. Andererseits beinhaltet die Wortwahl die Außengrenzen ‚effektiv‘ schützen zu müssen antipluralistische Denkmuster, da Europa nicht multikulturell, sondern homogen gedacht wird, das sich vor ‚illegalen Asylwerbern‘ als ‚Andere‘ schützen müsse und folglich impliziert wird, dass von diesen ‚Anderen‘ eine Gefahr ausgehe.²⁰¹

Die Befürwortung von Ungarns Politik im Umgang mit geflüchteten Menschen beinhaltete eine Kodegruppe mit sechs Kodes und wurde von Seiten der FPÖ und des Team Stronach und einmal auch von einem ÖVP Abgeordneten gefordert, der sich gegen den ständigen Konflikt mit Ungarn aussprach.²⁰²

3.1.3 Sprachlich-rhetorische Mittel

Dieser Analyseabschnitt besteht aus einer „sprachlichen Mikro-Analyse“²⁰³, die darauf abzielt, Metaphern, Redewendungen, Kollektivsymbole oder andere sprachliche Besonderheiten der Abgeordneten aufzuzeigen.²⁰⁴

Metaphern, als sprachliches Stilmittel, können dazu beitragen, Argumente zu verdeutlichen, diese zu erklären oder aber bestimmte politische Handlungsweisen zu rechtfertigen.²⁰⁵

Da eine Analyse aller im Dokument vorhandenen Metaphern den Rahmen dieser Arbeit sprengen würde, wird an dieser Stelle lediglich auf typische, das heißt immer wieder vorkommende Metaphern eingegangen. Die Metaphernanalyse folgt anhand eines Analysesheets, das im Rahmen eines Seminars mit dem Titel „Geschlecht und Politik -

²⁰⁰ Vgl. Stenographisches Protokoll, 23. September 2015, Reinhold Lopatka (ÖVP): 73.

²⁰¹ Vgl. Liebhart, Visuelle Repräsentationen antipluralistischer Politik am Beispiel der Islam- und MuslimInnenfeindlichkeit, 88f.

²⁰² Stenographisches Protokoll, 23. September 2015, FPÖ: 80, Waltraud Dietrich (STRONACH): 94, Werner Amon (ÖVP): 88.

²⁰³ Jäger, Kritische Diskursanalyse (2015⁷) 98.

²⁰⁴ Vgl. Jäger, Kritische Diskursanalyse (2015⁷) 103-107.

²⁰⁵ Vgl. Rigotti Francesca, Die Macht und ihre Metaphern. Über die sprachlichen Bilder der Politik (Frankfurt am Main/New York, 1994) 40.

Politische Rhetorik und (Geschlechter-)Metaphern“²⁰⁶ von Dr.in Karin Bischof behandelt und ausgeteilt wurde.

Eine Metapher, die nicht nur in diesem Stenographischen Protokoll, sondern auch in vielen anderen Debatten, wie etwa den Medien Eingang gefunden hat, ist das Wort des ‚Flüchtlingsstroms‘.²⁰⁷

Als Beispiel kann hier das Zitat eines FPÖ Abgeordneten vorgelegt werden, das wie folgt lautet:

„Bei all den Massen von Menschen, die jetzt nach Europa strömen, ist Ihnen völlig egal, ob das Flüchtlinge nach der Genfer Konvention sind, ob das Wirtschaftsmigranten sind, ob das Glücksritter sind oder ob das Kämpfer des Islamischen Staates sind – alle werden hereingelassen, alle Regeln der Europäischen Union werden gebrochen.“²⁰⁸

Mitigi.Zit. aff., Ausdruck affirmativ	Concept. Element	Scenario	Conceptual mapping	Source Domain	Gesellschaft./ Historische Diskurs- tradition	Wunschbild/ Schreckbild
affirmativ	Massen strömen	Flüchtlinge als Massen kommen nach Europa, ohne, dass sie aufgehalten werden können	Flüchtlinge als Strom	Naturgewalt/ Wasser	Naturalisierung	Flüchtlinge als Strom kommen nach Europa

Abbildung 2: Analysesheet zur Anwendung einer Metaphernanalyse. Erstellt von: Dr.in Karin Bischof.

Diese Tabellenanalyse veranschaulicht, dass die flüchtigen Personen naturalisiert werden, indem sie als Strom charakterisiert werden, der nicht mehr aufgehalten werden kann.²⁰⁹ Darüber hinaus wird an dieser Stelle die Konstruktion der Flüchtlinge als ‚die Anderen‘

²⁰⁶ Vgl. Universität Wien, Vorlesungsverzeichnis. Online unter: URL:

<https://ufind.univie.ac.at/de/course.html?lv=210128&semester=2018S> (27.07.2020).

²⁰⁷ Vgl. Die Presse, Flüchtlingsstrom: Grenze zu Ungarn wird dichter, vom 29.07.2015. Online unter: URL: <https://www.diepresse.com/4789099/fluechtlingsstrom-grenze-zu-ungarn-wird-dichter> (26.07.2020).

²⁰⁸ Stenographisches Protokoll, 23. September 2015, Harald Vilimsky (FPÖ) 80.

klar erkennbar, indem sie mit Naturgewalten, wie einem Strom in Verbindung gebracht werden, was wiederum die flüchtigen Personen von dem ‚Wir – als Land/Festland Österreich‘ abgrenzt und folglich damit eine Bedrohung für Österreich schafft.²¹⁰

Herfried Münkler schreibt in seinem Buch „Politische Bilder, politische Metaphern“²¹¹ über die Konstruktion von Feindbildern, die sich dadurch erkennen lassen, dass ‚der Feind‘, ‚die Feindin‘ kein Mitspracherecht darüber hat, ob er oder sie sich selbst als solche/n qualifizieren würden, sondern durch Stereotypen dazu gemacht werden.²¹²

Diese Konstruktion eines ‚Feindbildes‘ zeigt sich auch dadurch, dass von Seiten der FPÖ hier nicht zwischen flüchtigen Personen und ‚Kämpfer des Islamischen Staates‘ unterschieden wird.²¹³

3.1.4 Inhaltlich ideologische Aussagen

In diesem Abschnitt werden die Aussagen der Abgeordneten dahingehend analysiert, welches Gesellschaftsverständnis, Menschenbild oder welche Zukunftsvorstellung ihnen inhärent ist.

In dem hier analysierten Abschnitt des stenographischen Protokolls vom 23. September 2015, können zwei unterschiedliche Gesellschaftsverständnisse und Menschenbilder differenziert werden.

Anhand der Kodierung des Dokuments wurde deutlich, dass einige Parteien Empathie für die flüchtigen Personen aufzeigten, während dessen andere die Geflüchteten an sich als ‚Krise‘ bewerten.

Unter die Kodegruppe ‚Empathie für Flüchtlinge‘ fielen Äußerungen der SPÖ, der Grünen und der NEOS,²¹⁴ in deren Fokus die Empathie und das Mitgefühl standen, das die Abgeordneten in der vorliegenden Nationalratssitzung aussprachen. Exemplarisch für eine solche Aussage kann folgendes Argument der Grünen angesehen werden, in dem auf das Verständnis der anderen Parteien plädiert wurde, warum Menschen das Risiko auf sich nehmen zu flüchten:

²⁰⁹ Vgl. Beatrice Längle, (ungedruckte und unveröffentlichte) Seminararbeit zum Seminar: Vorlesungsverzeichnis Universität Wien. Online unter: URL:

<https://ufind.univie.ac.at/de/course.html?lv=210128&semester=2018S> (27.07.2020).

²¹⁰ Vgl. Stenographisches Protokoll, 23. September 2015, Harald Vilimsky (FPÖ): 80.

²¹¹ Vgl. Münkler Herfried, Politische Bilder, Politik der Metaphern (Frankfurt 1994).

²¹² Vgl. Münkler, Politische Bilder, Politik der Metaphern, 25; Längle (ungedruckte) Seminararbeit zum Seminar: Vorlesungsverzeichnis Universität Wien. Online unter: URL:

<https://ufind.univie.ac.at/de/course.html?lv=210128&semester=2018S> (27.07.2020).

²¹³ Vgl. Stenographisches Protokoll, 23. September 2015, Harald Vilimsky (FPÖ): 80.

„In den Flüchtlingslagern, in den Flüchtlingscamps rund um Syrien, leben Unmengen an Menschen unter katastrophalen Zuständen: keine Nahrung, kein sauberes Wasser, keine Form von Zukunftsperspektive. Es muss sich hier niemand fragen und auch niemand wundern, warum Menschen – Eltern, Väter, Mütter mit ihren Kindern – dort ihre letzten Zelte oder das letzte Zelt, das ihnen zur Verfügung gestellt wurde, abbrechen und versuchen, irgendwo anders auf dieser Welt ein besseres Leben zu führen.“²¹⁵

Das Menschenbild, das sich in dieser Aussage herauskristallisiert, beruht auf Empathie und zielt darauf ab, Mitgefühl mit den geflüchteten Menschen zu empfinden. Gleichzeitig ist es eines jener Argumentationslinien, in denen die Unterscheidung zwischen Kriegs- oder Wirtschaftsflüchtling zwischen den Zeilen negiert wird und Verständnis für Flucht und Migrationsgründe, wie Armut und Hunger in den Blick genommen werden.²¹⁶

Im krassen Gegensatz hierzu stehen Aussagen, vor allem der Parteien der FPÖ und des Teams Stronach, die die Flüchtlinge als Schuldige der damaligen Situation darstellen.²¹⁷ Exemplarisch lässt sich hier die Aussage eines FPÖ Abgeordneten darlegen, der folgende Aussage tätigt:

„Wir haben nämlich keine Flüchtlingskrise, wir haben eine Völkerwanderungskrise. Da werden ganz gezielt illegale Einwanderer mit dem Begriff „Asyl“ in Verbindung gebracht.“²¹⁸

Diese Aussage verdeutlicht den polarisierenden Effekt, den die Flüchtlingspolitik in einer Nationalratsdebatte haben kann, da die geflüchteten Personen selbst zur Zielscheibe werden. Das Menschenbild, das sich dadurch zeigt, basiert auf Angst und Misstrauen und kann als fremdenfeindlich angesehen werden, indem es die ‚fremden Einwanderer‘ sind, die einer illegalen Handlung bezichtigt werden.²¹⁹

²¹⁴ Vgl. Stenographisches Protokoll, 23. September 2015, Mitglied des Europäischen Parlaments Evelyn Regner (SPÖ): 87; Tanja Windbüchler-Souschill (Grüne): 100, Mitglied des Europäischen Parlaments Angelika Mlinar (NEOS): 92.

²¹⁵ Stenographisches Protokoll, 23. September 2015, Tanja Windbüchler-Souschill (Grüne): 101.

²¹⁶ Vgl. Almstadt, Flüchtlinge in den Printmedien, 190.

²¹⁷ Vgl. Stenographisches Protokoll, 23. September 2015, Roman Haider (FPÖ): 98, Christoph Hagen (STRONACH): 85.

²¹⁸ Stenographisches Protokoll, 23. September 2015, Roman Haider (FPÖ): 98.

²¹⁹ Vgl. Graumann Sigrid, „Geflüchtete als Drama“ – eine ethische Beurteilung der aktuellen deutschen

3.1.5 Analyse

Die Ergebnisse der ersten Analyse zeigen auf, dass sich das Konzept des Pluralismus vor allem von linker Seite, hier SPÖ und Grüne, im Sinne einer ‚gemeinsamen EU-Politik wiederfindet.²²⁰ Als gemeinsames Moment fungiert hier die Europäische Politik, die Lösungen für die Situation im Umgang mit geflüchteten Menschen bieten soll und die folglich Verantwortung übernehmen sollte.²²¹ Pluralismus lässt sich insofern finden, als einerseits die Europäische Union pluralistisch gedacht wird, andererseits dahingehend, dass diese EU pluralistische Werthaltungen habe und folglich auch Verantwortung im Bezug auf die geflüchteten Menschen übernehmen sollte.²²²

Antipluralistische Tendenzen zeigen sich vor allem von rechts-konservativer Seite, wie dem Team Stronach, der FPÖ und teilweise auch der ÖVP und beziehen sich in erster Linie auf die Trennung zwischen Kriegs- und Wirtschaftsflüchtlinge.²²³ Von besonderem Interesse ist die bisher erlangte Erkenntnis, dass Diskurse zu Pluralismus und Antipluralismus nicht nur anhand der Parteien, sondern vor allem anhand der Themen, die im Nationalrat debattiert werden, unterschieden und analysiert werden müssen. So kann das vielbesprochene Thema der Sicherheit sowohl für pluralistische als auch für antipluralistische Zwecke von den Parteien verwendet werden, indem Sicherheit einerseits für die geflüchteten Personen als ‚Schutz gewähren‘²²⁴ thematisiert wird und andererseits Sicherheit vor den Geflüchteten in Form der ‚Sicherung der europäischen Außengrenzen‘²²⁵ benannt wird.

In Bezug auf das Konzept des Otherings, das Teil der Forschungsfrage ist, kann zusammengefasst werden, dass sich in dem vorliegenden Abschnitt der analysierten Nationalratsdebatte die Einteilung der Gesellschaft in ein ‚Wir‘ und ‚die Anderen‘ sowohl in pluralistischen Diskursen als auch antipluralistischen Argumentationsweisen Anwendung findet. Beispielhaft hierfür ist, dass die Europäische Union als ‚Wir‘ gedacht

und europäischen Flüchtlingspolitik. In: Cinur Ghaderi, Thomas Eppenstein (Hg.), Flüchtlinge. Multiperspektivische Zugänge (Wiesbaden 2017) 54.

²²⁰ Vgl. 23. September 2015, Andreas Schieder (SPÖ): 77f, Mitglied des Europäischen Parlaments Ulrike Lunacek (Grüne): 81f, Tanja Windbüchler-Souschill (Grüne): 100f, Josef Cap (SPÖ): 95f, Alev Korun (Grüne): 90f.

²²¹ Vgl. Siehe: Kapitel 3.1.2 Text-Oberflächen Analyse.

²²² Vgl. Ebd.

²²³ Vgl. 23. September 2015, Johannes Hübner (FPÖ): 89f.

²²⁴ Stenographisches Protokoll, 23. September 2015, Alev Korun (Grüne): 91.

²²⁵ Stenographisches Protokoll, 23. September 2015, Reinhold Lopatka (ÖVP): 73f, Bundesminister für Europa, Integration und Äußeres Sebastian Kurz: 76.

wird, das gegenüber ‚den Anderen‘ – folglich den Geflüchteten – Verantwortung übernehmen müsse.²²⁶

In anderen Argumenten findet sich das ‚Wir‘ – als Österreich – das von ‚den Anderen‘ geflüchteten Menschen geschützt werden müsse.²²⁷

Das ‚Wir‘ als scheinbar homogene Gruppe von ÖsterreicherInnen entscheidet folglich, wer von ‚den Anderen‘ in Österreich bleiben darf. Besonders hervorzuheben ist dabei die Tatsache, dass selbst innerhalb dieser Gruppe ‚der Anderen‘ unterschieden wird zwischen jenen Personen, die angeblich ein Bleiberecht hätten – in der vorliegenden Debatte vorwiegend als ‚Kriegsflüchtling‘ betitelt – und jenen, die dies nicht hätten – worunter die Gruppe der ‚Wirtschaftsflüchtlinge‘ fällt.²²⁸ Auffallend dabei ist, dass folglich selbst die Gruppe ‚der Anderen‘ noch einmal unterteilt wird und, dass die Mehrheitsgesellschaft als ‚Wir‘ die Interessen der Betroffenen nicht nur vertritt, sondern diese sogar so gut zu kennen scheint, dass über deren Köpfe hinweg Flucht als legitim oder illegitim deklariert wird.²²⁹

3.2 96. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, 14. Oktober 2015.

3.2.1 Institutioneller Rahmen

Der zu analysierende Ausschnitt des Stenographischen Protokolls vom 14. Oktober 2015 ist jener mit der höchsten Seitenanzahl.

Insgesamt weist das Stenographische Protokoll 273 Seiten auf. Kodiert wurden die Seiten 106 bis 188, in denen das Thema Flucht- und Migration in Folge einer Debatte zum Thema „Partnerschaft des Stillstands vernichtet Arbeitsplätze“²³⁰ behandelt wird. Diese Debatte wurde vom NEOS Abgeordneten Gerald Loacker als „Dringliche Anfrage“ zu der „steigenden Zahl der Arbeitslosen“²³¹, einberufen.²³²

²²⁶ Vgl. Stenographisches Protokoll, 23. September 2015, Tanja Windbüchler-Souschill (Grüne): 100.

²²⁷ Vgl. Stenographisches Protokoll, 23. September 2015, Christoph Hagen (STRONACH): 85.

²²⁸ Vgl. Stenographisches Protokoll, 23. September 2015, Claudia Durchschlag (ÖVP): 97.

²²⁹ Vgl. Hametner, Rodax, Von ‚Einwanderungswilligen‘ und ‚Integrationsverweigerern, 93f.

²³⁰ Stenographisches Protokoll, 14. Oktober 2015. Online unter: URL

https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXV/NRSITZ/NRSITZ_00096/fname_526269.pdf (12.03.2021) 106-188.

²³¹ Stenographisches Protokoll, 14. Oktober 2015, 106.

²³² Vgl. Ebd. 106.

3.2.2 Text-Oberflächen Analyse

Die Debatte vom 14. Oktober 2015 beinhaltet 26 Redebeiträge, in denen die Situation am österreichischen Arbeitsmarkt aus unterschiedlicher politischer Perspektive dargestellt wird.

Unterteilt nach Parteien stammen fünf Beiträge von den NEOS, vier von der ÖVP, vier von der SPÖ, wobei der Bundesminister für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz Rudolf Hundstorfer mit zwei Beiträgen separat und nicht zur SPÖ miteingerechnet wurde, ebenfalls vier des Teams Stronach und ein Redebeitrag war ohne Klubzugehörigkeit vermerkt worden.²³³

Da in der vorliegenden Nationalratsdebatte das Thema Arbeitslosigkeit in Österreich im Zentrum stand, galten die Redebeiträge vorwiegend der Situation am österreichischen Arbeitsmarkt sowie damit verbundene arbeitsmarktpolitische Schwerpunkte, wie Steuerpolitik, Sozialpartnerschaft und den Regelungen beim Arbeitsmarktservice (AMS).²³⁴

Obwohl diese Debatte auf den ersten Blick nicht wesentlich an das Thema Flucht gekoppelt zu sein scheint, trägt dieses Bild. So kann anhand einer genauen Analyse der Redebeiträge festgestellt werden, dass sich zehn Redebeiträge von Abgeordneten finden ließen, die sich nicht zum Thema Flucht, Migration und Asyl äußerten.²³⁵ Alle übrigen 14 Ansprachen beinhalteten das Thema Flucht.

Der Zusammenhang von Arbeit und Flucht findet sich in den Debatten vor allem im Thema Arbeitslosigkeit von Geflüchteten sowie in der Frage danach, ob asylwerbende Personen die Erlaubnis erhalten sollten, arbeiten zu dürfen.²³⁶

Die Diskussion über Flucht und hier insbesondere über jene Personen, die zum damaligen Zeitpunkt um Asyl angesucht hatten, ist je nach Parteilinie kontrovers zu betrachten. Während dessen sich vor allem die NEOS für eine schnelle Integration der geflüchteten Personen in den Arbeitsmarkt aussprechen, negieren das die Parteien der FPÖ und des

²³³ Vgl. Stenographisches Protokoll, 14. Oktober 2015, 106-188. Online unter: URL https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXV/NRSITZ/NRSITZ_00096/fname_526269.pdf (12.03.2021).

²³⁴ Vgl. Ebd. 106-188.

²³⁵ Vgl. Stenographisches Protokoll, 14. Oktober 2015, Birgit Schatz (Grüne): 146f., Nikolaus Alm (NEOS): 150f, Ulrike Königsberger-Ludwig (SPÖ): 153ff, Markus Vogl (SPÖ): 167ff, Jakob Auer (ÖVP): 169ff, Ruperta Lichtenegger (Grüne): 177f, Gerald Loacker (NEOS): 178f, Wolfgang Katzian (SPÖ): 179-182, Angelika Winzig (ÖVP): 182f., Peter Wurm (FPÖ): 183ff, Leopold Steinbichler (STRONACH): 186ff.

²³⁶ Vgl. Stenographisches Protokoll, 14. Oktober 2015, Gerald Loacker (NEOS): 115, Josef Schellhorn (NEOS): 136f.

Teams Stronach.²³⁷ Als Argument dient den NEOS dabei unter anderem folgende Darstellung:

„Wir werden, wenn wir hier keine Maßnahmen setzen, nach der Flüchtlingskrise eine Integrationskrise haben, weil es für gelungene Integration dringend notwendig ist, dass wir einen wirklich effektiven Zugang zum Arbeitsmarkt haben.“²³⁸

Im Fokus dieser Masterarbeit, die sich mit der Theorie des Pluralismus beschäftigt, weist dieses Argument dahingehend eine positive Konnotation auf, als sich das Wort Integration in diesem Ausschnitt wiederfindet.

Da die Verwendung des Begriffs Integration der NEOS in diesem Zusammenhang darauf schließen lässt, dass sich die geflüchteten Personen in die Mehrheitsgesellschaft integrieren sollen, kann von einem Pluralismus im positiven Sinne ausgegangen werden. Dennoch wird auch hier von einer Flüchtlingskrise gesprochen, was die Integration zu einer Notwendigkeit und nicht zu einer freiwilligen Eigenschaft macht.²³⁹

Im Gegensatz dazu bedienen sich die Parteien der FPÖ und des Teams Stronach antipluralistischen Argumenten, wenn sie erwähnen, dass „[...] diese Asylberechtigten keine Qualifikationen“²⁴⁰ hätten und, dass „[...] durch den Zuzug [gemeint sind hier nicht nur geflüchtete Personen, sondern auch ArbeiterInnen aus wörtlich: Osteuropa] in den Arbeitsmarkt [dieser] überkompensiert“²⁴¹ würde.

Die übrigen Parteien ÖVP, SPÖ und Grüne sowie die Abgeordneten ohne Parteizugehörigkeit, stellen den Zusammenhang zwischen Flucht und Arbeit ebenfalls aufgrund der hohen Anzahl an Geflüchteten, der Situation am österreichischen Arbeitsmarkt sowie der Frage nach dem Bildungsgrad der asylwerbenden Personen, her.²⁴² Auffallend hierbei ist, dass sich lediglich die Grünen in ihren Stellungnahmen für die Integration der asylwerbenden Personen am Arbeitsmarkt einsetzten.²⁴³

Die SPÖ spricht sich in ihrem Redebeitrag dafür aus, dass ein eingeschränkter Zugang für AsylwerberInnen bleiben solle, da die Arbeitslosenquote schon zu hoch sei.²⁴⁴ Dies muss

²³⁷ Vgl. Stenographisches Protokoll, 14. Oktober 2015, Belakowitsch-Jenewein (FPÖ): 157ff, Nikolaus Scherak (NEOS): 163f, Christoph Hagen (STRONACH): 161f.

²³⁸ Stenographisches Protokoll, 14. Oktober 2015, Nikolaus Scherak (NEOS): 163f.

²³⁹ Vgl. Ebd. 163f.

²⁴⁰ Stenographisches Protokoll, 14. Oktober 2015, Christoph Hagen, (STRONACH): 163.

²⁴¹ Stenographisches Protokoll, 14. Oktober 2015, Axel Kassegger (FPÖ): 145.

²⁴² Stenographisches Protokoll, 14. Oktober 2015, Josef Muchitsch (SPÖ): 139ff, Peter Haubner (ÖVP): 141f, Judith Schwentner (Grüne): 159ff, Jessi Lintl (ohne Klubzugehörigkeit): 185f.

²⁴³ Vgl. Stenographisches Protokoll, 14. Oktober 2015, Judith Schwentner (Grüne) 159,

jedoch dahingehend relativiert werden, da sowohl von den drei Stellungnahmen der Grünen, als auch den vier Redebeiträgen der SPÖ sich nur jeweils eine Person mit dem Thema Flucht, Migration und Asylstatus befasste.

Von den vier Beiträgen der ÖVP behandelten zwei Abgeordnete das Thema Flucht, jedoch wird diesbezüglich keine Stellungnahme dazu gemacht, ob Geflüchtete in den Arbeitsmarkt aufgenommen werden sollen, sondern das Wort ‚Flüchtlingswelle‘ erwähnt, das gemeinsam bewältigt werden solle.²⁴⁵

Gegen eine frühzeitige Integration von Geflüchteten in den österreichischen Arbeitsmarkt spricht sich die Abgeordnete ohne Fraktion indirekt aus, indem sie erklärt, dass die asylberechtigten Personen auf den Arbeitsmarkt drängen würden und „[...] die steigende Zahl der arbeitssuchenden Asylanten [...] die Rekordarbeitslosenzahlen immer mehr steigen [...]“²⁴⁶ lassen würde, was unter die Kodegruppe ‚Dramatische Situation und Herausforderung‘ mit insgesamt sechs Kodes subsumiert wurde.

Da die Integration in den Arbeitsmarkt auch Fragen nach Inklusion und der Debatte um eine generelle Integration aufwirft, muss an dieser Stelle angemerkt werden, dass sämtliche Parteien im Diskurs Integration ausschließlich als einseitigen Akt betrachten, der von den Menschen, die in Österreich arbeiten wollen würde, erbracht werden sollte.²⁴⁷ Dies ergibt sich daraus, dass nicht hinterfragt wird, ob Integration auch als zweiseitiger Akt bezeichnet werden kann, in dem von der ‚Aufnahmegesellschaft‘ überhaupt der Wille erbracht werden müsse, Personen in die Gesellschaft zu integrieren.²⁴⁸

Die Kodierung des Dokuments ergab insgesamt 74 Kodes, die in Kodegruppen zusammengefasst wurden.

Einen Überblick über die Kodierung zu Kodegruppen gibt folgende Tabelle:

²⁴⁴ Vgl. Stenographisches Protokoll, 14. Oktober 2015, Josef Muchitsch (SPÖ) 141.

²⁴⁵ Vgl. Stenographisches Protokoll, 14. Oktober 2015, Peter Haubner (ÖVP): 141ff, August Wöginger (ÖVP):155ff.

²⁴⁶ Stenographisches Protokoll, 14. Oktober 2015, Jessi Lintl (ohne Klubzugehörigkeit): 185.

²⁴⁷ Vgl. Stenographisches Protokoll, 14. Oktober 2015, Peter Haubner (ÖVP): 141ff, August Wöginger (ÖVP):155ff.

²⁴⁸ Stenographisches Protokoll, 14. Oktober 2015, Jessi Lintl (ohne Klubzugehörigkeit): 185.

²⁴⁸ Vgl. Müller Henrike, Migration und Integration in der EU – Theorien, Konzepte, Politiken. In: Liebert Ulrike, Wolff Janna (Hg.in), Interdisziplinäre Europastudien. Eine Einführung (Wiesbaden 2015) 338f.

Kodegruppen
◊ Arbeitsmarktintegration DOK 2 (13)
◊ Asyl & Arbeitslosigkeit DOK 2 (4)
◊ Asyl (Kosten, Lehre usw.) DOK 2 (9)
◊ Bedrohungsszenarien DOK 2 (7)
◊ Dramatische Situation und Herausforderung DOK 2 (6)
◊ Gegen Arbeitsmarktintegration DOK 2 (12)
◊ Gemeinsam DOK 2 (4)
◊ Integrationsjahr DOK 2 (2)
◊ Kritik an Populismus und dztg. Situation DOK 2 (5)
◊ Otherring DOK 2 (3)
◊ Qualifikationen DOK 2 (9)

Abbildung 3: Auflistung aller Kodegruppen nach der Auswertung des Stenographischen Protokolls vom 14. Oktober 2015 mit der Anzahl der jeweiligen Codes in Klammer. Auszug aus dem Programm Atlas.ti.
Erstellt von: Beatrice Längle.

Die größten beiden Kodegruppen ergaben dabei jene Themen, die sich mit der Arbeitsmarktintegration von geflüchteten Personen befassen.²⁴⁹ Die Frage, die in diesem Zusammenhang von den Abgeordneten debattiert wurde, beschäftigte sich damit, ob Personen, die um Asyl angesucht hatten, in den Arbeitsmarkt integriert werden sollen oder nicht.²⁵⁰

Jene Redebeiträge, die dafür plädierten, dass geflüchtete Personen schnellstmöglich arbeiten sollten und dürfen, wurden unter der Kodegruppe ‚Arbeitsmarktintegration‘ zusammengefasst. Subsumiert fanden sich 13 Beiträge vorwiegend der NEOS sowie ein Beitrag der SPÖ.²⁵¹ Wird diese Kodegruppe genauer betrachtet so zeigt sich, dass die Integration in den Arbeitsmarkt für geflüchtete und asylsuchende Personen aus verschiedenen Motiven hergeleitet wird. So überwiegen wirtschaftliche Interessen, wenn von Seiten der NEOS argumentiert wird, dass eine rasche Integration in den Arbeitsmarkt die Schwarzarbeit verringern würde und dadurch die Personen auch selbst für ihren Unterhalt aufkommen könnten.²⁵²

²⁴⁹ Vgl. Stenographisches Protokoll, 14. Oktober 2015, Gerald Loacker (NEOS): 108, 127, Josef Schellhorn (NEOS): 137, 164ff, Josef Muchitsch (SPÖ): 141.

²⁵⁰ Vgl. Stenographisches Protokoll, 14. Oktober 2015, Josef Muchitsch (SPÖ): 141, Nikolaus Scherak (NEOS): 165.

²⁵¹ Vgl. Stenographisches Protokoll, 14. Oktober 2015, Gerald Loacker (NEOS): 108, Gerald Loacker (NEOS): 115f, 127, Josef Schellhorn (NEOS): 137, Josef Muchitsch (SPÖ): 141.

²⁵² Vgl. Stenographisches Protokoll, 14. Oktober 2015, Nikolaus Scherak (NEOS) 164.

Neben den NEOS fokussiert auch der Beitrag der SPÖ auf wirtschaftliche Interessen für eine Integration in den Arbeitsmarkt, da dadurch LeistungsempfängerInnen „[...] zu Beitragszahlern für unser System werden [...]“²⁵³ könnten.

Andererseits wird von Seiten der NEOS eine rasche Arbeitsmarktintegration der Geflüchteten als Wesentlich gesehen, um eine „Integrationskrise“²⁵⁴ zu verhindern.

Auffällig darüber hinaus ist, dass die geflüchteten Personen in dieser Kodegruppe auch direkt angesprochen, das heißt in das vermeintliche ‚Wir‘ eingeschlossen werden.²⁵⁵

Deutlich zeigt sich dies an folgendem Zitat:

„Ich frage mich immer, wie das wäre, wenn ich irgendjemandem hier im Hohen Haus erklären würde, er darf jetzt jahrelang nicht arbeiten oder er darf nur in zwei, drei möglichen Berufssparten arbeiten.“²⁵⁶

Zwar wird auch in diesem Zusammenhang nicht mit, sondern über die geflüchteten Personen gesprochen, dennoch zeigt sich durch den Vergleich der Abgeordneten ein Versuch des Einschlusses in das ‚Wir‘ der Mehrheitsgesellschaft.²⁵⁷

Als klare Abgrenzung zu der soeben angeführten Kodegruppe, lässt sich jene nennen, die all die Kodes auflistet, die als Gegenstand eine Kritik an der Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten beinhaltet.

Die Kodegruppen ‚Gegen eine Arbeitsmarktintegration‘ umfasst zwölf Kodes mit Redebeiträgen der Parteien FPÖ, SPÖ, des Teams Stronach sowie des damaligen Ministers für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz und einer Abgeordneten ohne Klubzugehörigkeit.²⁵⁸ Anzumerken gilt, dass nicht alle in dieser Kodegruppe zusammengefassten Redebeiträge gegen eine gänzliche Integration von MigrantInnen und geflüchteten Personen in den österreichischen Arbeitsmarkt plädierten, sondern vor allem

²⁵³ Stenographisches Protokoll, 14. Oktober 2015, Josef Muchitsch (SPÖ): 141.

²⁵⁴ Stenographisches Protokoll, 14. Oktober 2015, Nikolaus Scherak (NEOS): 165

²⁵⁵ Vgl. Schulz Andreas, Flucht und Arbeit. Medienframes, Diskursverschiebungen und die erklärende Macht des weißen Mannes. In: Schulz Andreas, Schwertel Tamara (Hg.in), Der lange Sommer der Flucht – 2015 und die Jahre danach. Diskurse, Reflexionen, Perspektiven (Opladen/Berlin/Toronto 2020) 20.

²⁵⁶ Stenographisches Protokoll, 14. Oktober 2015, Nikolaus Scherak, (NEOS): 164.

²⁵⁷ Vgl. Ebd. 164.

²⁵⁸ Vgl. Stenographisches Protokoll, 14. Oktober 2015, Bundesminister für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz Rudolf Hundstorfer: 135, Josef Muchitsch (SPÖ): 141, Belakowitsch-Jenewein (FPÖ): 158f, Werner Neubauer (FPÖ): 171f.

die Beiträge der SPÖ und des damaligen Arbeits- und Sozialministers sich vorwiegend gegen eine frühzeitige Arbeitsmarktintegration aussprachen.²⁵⁹

Zum Thema Arbeitsmarktintegration fand in dieser Nationalratssitzung ein von den NEOS geforderter Entschließungsantrag statt, in dem ein „effektiver Arbeitsmarktzugang für AsylwerberInnen nach 6 Monaten“²⁶⁰ gefordert wurde, der jedoch abgelehnt wurde. Begründungen für die Ablehnung dieses Antrags finden sich in der soeben dargestellten Kodegruppe. Wie bereits erwähnt, sprachen sich sowohl die FPÖ als auch das Team Stronach gänzlich gegen eine Integration von Geflüchteten in den österreichischen Arbeitsmarkt aus.²⁶¹ Als Argumente dienten dabei laut FPÖ mehrere Gründe, wie einerseits die hohen Kosten, die mit der Arbeitsmarktintegration verbunden wäre, die in die Kodegruppe ‚Asyl (Kosten, Lehre usw.)‘ mit neun Kodes zusammengefasst wurde und deren Inhalt folgendes Zitat zusammenfasst: „Das heißt, es kostet Unsummen von Geld, um diese Menschen nachzuschulen [sic], um diese Menschen umzuschulen oder sie einen Beruf erlernen zu lassen.“²⁶²

Andere Gründe waren andererseits beispielsweise die damalige erhöhte Arbeitslosenquote, nach der ‚Asylwerber‘ ‚österreichische Arbeitslose‘ vom Arbeitsmarkt verdrängen würden sowie die Feststellung, dass es sich bei der derzeitigen Situation um eine „Masseneinwanderung“²⁶³ nach Österreich handle.²⁶⁴

Das Vorhandensein von zu wenigen Arbeitsplätzen am österreichischen Arbeitsmarkt wird auch von Seiten des Teams Stronach als Argument dafür genommen, um AsylwerberInnen vom Arbeitsplatz auszuschließen.²⁶⁵

Von Seiten der SPÖ wurde eine vorzeitige Integration der AsylwerberInnen nach sechs Monaten mit der Begründung abgelehnt, dass die derzeitige Situation am Arbeitsmarkt eine große Herausforderung wäre, weshalb nicht AsylwerberInnen, sondern vor allem Asylberechtigte in den Arbeitsmarkt integriert werden sollten.²⁶⁶ Dass diese österreichische Rechtsgrundlage auch EU-rechtskonform sei, erläuterte der damalige Arbeitsminister damit, dass zwar laut ‚Ausländerbeschäftigungsgesetz‘ bereits nach drei Monaten ein

²⁵⁹ Vgl. Stenographisches Protokoll, 14. Oktober 2015, Bundesminister für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz Rudolf Hundstorfer: 135, Josef Muchitsch (SPÖ): 141.

²⁶⁰ Stenographisches Protokoll, 14. Oktober 2015, Nikolaus Scherak (NEOS): 166.

²⁶¹ Vgl. Stenographisches Protokoll, 14. Oktober 2015, Werner Neubauer (FPÖ): 172, Dagmar Belakowitsch-Jenewein (FPÖ): 158f,

²⁶² Stenographisches Protokoll, 14. Oktober 2015, Dagmar Belakowitsch-Jenewein (FPÖ): 158.

²⁶³ Stenographisches Protokoll, 14. Oktober 2015, Dagmar Belakowitsch-Jenewein (FPÖ): 158.

²⁶⁴ Vgl. Stenographisches Protokoll, 14. Oktober 2015, Werner Neubauer (FPÖ): 172.

²⁶⁵ Vgl. Stenographisches Protokoll, 14. Oktober 2015, Christoph Hagen (STRONACH): 163.

²⁶⁶ Vgl. Stenographisches Protokoll, 14. Oktober 2015, Josef Muchitsch (SPÖ): 141.

Arbeitsmarktzugang für AsylwerberInnen bestehen würde, der österreichische Erlass im Jahr 2004 dies jedoch einschränken und dies auch weiterhin so bleiben würde.“²⁶⁷

3.2.3 Sprachlich-rhetorische Mittel

Die Analyse des vorliegenden Dokuments nach Metaphern war weniger ausgiebig, als dies die Nationalratsdebatte von September 2015 war. Dennoch fanden sich auch hier Metaphern, von denen eine im Folgenden anhand der bereits dargestellten Metaphernanalyse dargestellt werden soll.²⁶⁸

Der Redebeitrag, in dem die Metapher beinhaltet ist, stammt von einem Abgeordneten der FPÖ und lautet wie folgt:

„Des Weiteren wollen wir ganz strikt, dass der Arbeitsmarkt für diese Migrantenströme, für diese jetzt 85 000 nicht geöffnet wird. Dann haben wir eine Chance, den Arbeitsmarkt gesunden zu lassen. Andernfalls sehe ich schwarz.“²⁶⁹

Die Metapher, die nachstehend analysiert wird lautet ‚schwarz.‘

Mitigi.Zit. aff., Ausdruck affirmativ	Concept. Element	Scenario	Conceptual mapping	Source Domain	Gesellschaft./ Historische Diskurs- tradition	Wunschbild/ Schreckbild
affirmativ	Ich sehe schwarz	Arbeitsmarkt wird zusammenbrechen, wenn er geöffnet wird	Schwarz sehen heißt: es kann nicht mehr gesehen werden	Farbenmethaper	Dunkelheit	Zusammenbruch des österreichischen Arbeitsmarktes

Abbildung 4: Analysesheet zur Anwendung einer Metaphernanalyse. Erstellt von: Dr.in Karin Bischof.

Die dargestellte Analyse zeigt auf, dass die Metapher schwarz in diesem Zusammenhang dafür benutzt wird, die Meinung über die derzeitige Situation am österreichischen

²⁶⁷ Vgl. Stenographisches Protokoll, 14. Oktober 2015, Bundesminister für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz Rudolf Hundstorfer: 135.

²⁶⁸ Vgl. Zur Metaphernanalyse siehe 3.1.4. Inhaltliche Analyse.

²⁶⁹ Stenographisches Protokoll, 14. Oktober 2015, Dagmar Belakowitsch-Jenewein (FPÖ): 159.

Arbeitsmarkt möglichst dramatisch darzustellen und damit eine Bewertung der Lage, die möglichst nicht positiv sein soll und daher als dunkel bezeichnet wird, einhergeht.²⁷⁰

Wird dabei auf die Begriffsanalyse von George Lakoff und Mark Johnson eingegangen, nach der das Wesen der Metaphern darin besteht, „[...] daß wir durch sie eine Sache oder einen Vorgang in Begriffen einer anderen Sache bzw. eines anderen Vorgangs verstehen und erfahren können“²⁷¹, so kann die Metapher an sich etwas Unscharfes und nicht ganz klar bezeichnendes andeuten und die Farbe schwarz hier als Synonym für den Zusammenbruch des österreichischen Arbeitsmarktes gefasst werden.²⁷² Dies lässt sich damit begründen, dass der Satz ‚ich sehe schwarz‘, einerseits mit Dunkelheit assoziiert wird und gleichzeitig in der schwarzen Dunkelheit überhaupt nicht gesehen werden kann.

3.2.4 Inhaltlich ideologische Aussagen

In engem Zusammenhang mit der Frage, ob geflüchtete Personen, AsylwerberInnen oder Asylberechtigte, Zugang zum österreichischen Arbeitsmarkt erhalten sollten, steht die Frage nach deren Qualifikationen.

Im vorliegenden Dokument wurden neun Kodes zur Kodegruppe ‚Qualifikationen‘ zusammengefasst, in denen die Abgeordneten über die beruflichen oder schulischen Ausbildungen der geflüchteten Personen debattierten.

Das Thema Qualifikationen fungierte dabei als Schnittmenge zwischen jenen Parteien, die eine frühere oder gänzliche Arbeitsmarktintegration von AsylwerberInnen und asylberechtigten Personen forcierten und jenen, die dies strikt ablehnten.²⁷³

Anhand der Frage, was die geflüchteten Personen nach den verschiedenen Meinungen qualifiziert oder aber disqualifiziert, lassen sich Anhaltspunkte für ideologische Einschätzungen und Positionen der parlamentarischen Abgeordneten gegenüber den geflüchteten Personen bewerten.²⁷⁴ Da alle im Nationalrat vertretenen Parteien

²⁷⁰ Vgl. Schwarz-Friesel Monika, Metaphern und ihr persuasives Inferenzpotenzial. Konzeptualisierungen des islamistischen Terrorismus nach 9/11 im massenmedialen Diskurs. In: Spieß Constanze, Köpcke Klaus-Michael (Hg.in), Metapher und Metonymie. Theoretische, methodische und empirische Zugänge (Göttingen 2015) 143.

²⁷¹ Lakoff George, Johnson Mark. Leben in Metaphern. Konstruktion und Gebrauch von Sprachbildern (Göttingen 1998) 13.

²⁷² Vgl. Schieder Siegfried, Die gestaltende Kraft von Sprachbildern und Metaphern Deutungen und Konstruktionen von Staatlichkeit in der deutschen Debatte über den europäischen Verfassungsvertrag (ungedr. Diss. Univ. Trier, 2006). Online unter. URL: https://ubt.opus.hbz-nrw.de/opus45-ubtr/frontdoor/deliver/index/docId/397/file/Schieder_13102006.pdf (26.04.2021) 737.

²⁷³ Vgl. Stenographisches Protokoll, 14. Oktober 2015, Judith Schwentner (Grüne): 159f, Christoph Hagen (STRONACH): 163.

²⁷⁴ Vgl. Jäger (2015²) 108.

diesbezüglich eine Aussage tätigten, lassen sich an den unterschiedlichen Argumenten sowohl pluralistische als auch antipluralistische Sichtweisen aufzeigen.

Von Seiten der NEOS wird die Ermittlung der jeweiligen schulischen oder arbeitstechnischen Qualifikationen der geflüchteten Personen als Möglichkeit gesehen, die Personen so rasch wie möglich, arbeiten zu lassen.²⁷⁵

Werden nun, wie auch schon im Punkt 3.1.4 der Nationalratsdebatte vom September 2015, das Gesellschaftsverständnis und das Menschenbild innerhalb dieser Aussagen analysiert, so zeigt sich, dass sich in der Argumentation der NEOS auch Fragen der Empathie wiederfinden. So berichtet ein Abgeordneter der NEOS von der Situation in Deutschland, in der geflüchtete Personen ein Erstgespräch in der Arbeitsagentur in der jeweiligen Muttersprache erhielten, während dessen dieses in Österreich in Deutsch erfolgen würde und fragt sich, wie dabei festgestellt werden soll, was die jeweilige Person gelernt hat.²⁷⁶

Die daran anschließende Anmerkung „[...] Der kann es nicht einmal artikulieren,“ kann dabei als eine der wenigen Aussagen in dieser vorliegenden Nationalratsdebatte angesehen werden, in denen parlamentarische Abgeordnete die Schwierigkeiten, mit denen sich geflüchtete Männer und Frauen tagtäglich auseinandersetzen müssen, aufzeigen. Folglich werden die Menschen direkt angesprochen und nicht, wie so oft als homogen gefasste Gruppe von Flüchtlingen gefasst.²⁷⁷

In engem Zusammenhang mit der Frage nach den Qualifikationen, die geflüchtete Personen mitbringen, findet sich im Dokument auch die Debatte über die Kompetenzchecks, die in Österreich Ende August 2015 als Pilotprojekt eingeführt wurden.²⁷⁸ Darauf Bezug nehmen sowohl der damalige Arbeitsminister, der erklärt, dass durch diesen Kompetenzcheck sich für Wien ergeben habe, dass sich unter den geflüchteten Personen rund sieben Prozent AkademikerInnen, 15 Prozent mit einer HTL oder Lehrberufsausbildung und der Rest der Personen mit einem Pflichtschulabschluss befänden.²⁷⁹ Ebenfalls für die Idee diese Kompetenzzentren weiterhin einzurichten, sprechen sich die Grünen aus, indem sie es als wichtig erachten „[...] zu schauen, welche

²⁷⁵ Vgl. Stenographisches Protokoll, 14. Oktober 2015, Gerald Loacker (NEOS): 116, Josef Schellhorn (NEOS): 137.

²⁷⁶ Vgl. Stenographisches Protokoll, 14. Oktober 2015, Josef Schellhorn (NEOS): 137.

²⁷⁷ Vgl. Schulz, Flucht und Arbeit, 31.

²⁷⁸ Vgl. Der Standard, AMS Wien bietet Kompetenzchecks und Deutschkurse an, vom 08.09.2015. Online unter: <https://www.derstandard.at/story/2000021857110/ams-wien-bietet-kompetenzchecks-und-deutschkurse-fuer-fluechtlinge-an> (22.04.2021).

²⁷⁹ Vgl. Stenographisches Protokoll, 14. Oktober 2015, Bundesminister für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz Rudolf Hundstorfer: 175.

Qualifikationen die Menschen, die hier herkommen und Zugang zum Arbeitsmarkt finden wollen, mitbringen.“²⁸⁰

Währenddessen sich die Ermittlung der Qualifikationen in den soeben aufgezeigten Redebeiträgen vorwiegend darum handelte, wie die geflüchteten Personen in den Arbeitsmarkt integriert werden können, fanden sich auch Beiträge, in denen die Qualifikation als Ausschlussmechanismus fungierte.²⁸¹ Mit dem Satz: „Das Problem ist, dass diese Asylberechtigten keine Qualifikation haben,“²⁸² werden die geflüchteten Frauen und Männer pauschal als minderqualifiziert dargestellt und dies wiederum als Bestätigung dafür gesehen, dass „diese Leute, die nicht einmal Deutsch können,“²⁸³ keinen Zugang zum Arbeitsmarkt erhalten sollen.²⁸⁴

Wird an dieser Stelle Bezug auf das Konzept des Othering genommen, so zeigt sich, dass diese Aussage eine klare Abgrenzung zwischen den deutschsprachigen und besser qualifizierten ÖsterreicherInnen als ‚Wir‘ und den minderqualifizierten ‚Anderen‘ erkennen lässt.

Diese Abgrenzung, die als Kodegruppe ‚Othering‘ drei Kodes beinhaltete, zeigt sich auch in der Argumentationsweise der FPÖ, in der klar zwischen arbeitslosen ÖsterreicherInnen und ‚den AusländerInnen‘ unterschieden wird, wobei der Anteil der arbeitslosen ‚AusländerInnen‘ um einiges höher sei, als jener der ‚ÖsterreicherInnen‘.²⁸⁵

Ebenfalls klar antipluralistisch zeigen sich die Aussagen, die unter der Kodegruppe ‚Bedrohungsszenarien,‘ mit insgesamt sieben Kodes gefasst wurden.²⁸⁶ Als vermeintliche Bedrohung wird in diesem Zusammenhang vor allem von Seiten der FPÖ sowie auch einem Beitrag der Abgeordneten ohne Klubzugehörigkeit die Überfremdung genannt, die sich dadurch ergebe, dass zu viele ‚AusländerInnen‘ in Österreich seien und noch kommen würden,²⁸⁷ dass der „Zuzug in den Arbeitsmarkt überkompensiert [...]“²⁸⁸ werden würde und, dass die künftige Zunahme von asylberechtigten Personen den österreichischen Arbeitsmarkt gefährden würde.²⁸⁹

²⁸⁰ Vgl. Stenographisches Protokoll, 14. Oktober 2015, Judith Schwentner (Grüne): 159.

²⁸¹ Vgl. Stenographisches Protokoll, 14. Oktober 2015, Christoph Hagen (STRONACH): 163.

²⁸² Stenographisches Protokoll, 14. Oktober 2015, Christoph Hagen (STRONACH): 163.

²⁸³ Ebd. 163.

²⁸⁴ Vgl. Schulz, Flucht und Arbeit, 31.

²⁸⁵ Vgl. Stenographisches Protokoll, 14. Oktober 2015, Peter Wurm (FPÖ): 184.

²⁸⁶ Vgl. Stenographisches Protokoll, 14. Oktober 2015, Axel Kassegger (FPÖ): 145, Dagmar Belakowitsch-Jenewein (FPÖ): 158, Werner Neubauer (FPÖ): 172, Peter Wurm (FPÖ): 183ff.

²⁸⁷ Vgl. Stenographisches Protokoll, 14. Oktober 2015, Peter Wurm (FPÖ): 183.

²⁸⁸ Stenographisches Protokoll, 14. Oktober 2015, Axel Kassegger (FPÖ): 145.

²⁸⁹ Vgl. Stenographisches Protokoll, 14. Oktober 2015, Jessi Lintl (ohne Klubzugehörigkeit): 185.

Diese Argumentationsweisen werden jedoch von Seiten der Grünen, der NEOS und des damaligen Arbeitsministers kritisiert, wobei diese Kodegruppe zusammengefasst als ‚Kritik an Populismus und der derzeitigen Situation für geflüchtete Personen‘ insgesamt fünf Kodes beinhaltet.²⁹⁰ Exemplarisch lässt sich hier die Aussage der Grünen zeigen, deren Kritik am Populismus unter anderem folgendermaßen lautet:

„Bitte übernehmen Sie einmal Verantwortung! Zeigen Sie Zuversicht im Umgang mit Problemen und Herausforderungen und schauen Sie auf die Menschen, die kommen, anstatt immer nur Angst und Unwahrheiten zu verbreiten, was Ihnen offensichtlich besser liegt!“²⁹¹

Die Kritik daran die Menschen hinter den geflüchteten Personen nicht zu sehen, kann dabei als wesentlicher Kritikpunkt an rechten Parteien angesehen werden, die sich oft auf soziale Stereotype und wie bereits erwähnt, auf homogene, generealisierende Gesamtaussagen beziehen.²⁹²

Die letzte analysierte Kodegruppe, mit vier Kodes lautete ‚Gemeinsam‘ und beinhaltete jene Redebeiträge, in denen sich die Abgeordneten für eine gemeinsame Antwort – oft „Lösung“²⁹³ – der Fluchtsituation aussprachen.²⁹⁴ Dieses ‚Gemeinsam‘ bezog sich dabei in drei Fällen auf ein europäisches und nur in einem Redebeitrag wurden dabei die geflüchteten Personen direkt angesprochen und folglich auch in das ‚gemeinsame‘ miteinbezogen.²⁹⁵

3.2.5 Analyse

Die Analyse des Stenographischen Protokolls vom 14. Oktober 2015 zeigt auf, dass sich die Debatte der Integration von geflüchteten Personen, von AsylwerberInnen und sogenannten Asylberechtigten anhand zweier Argumentationsweisen unterscheidet.

²⁹⁰ Stenographisches Protokoll, 14. Oktober 2015, Gerald Loacker (NEOS): 116, Judith Schwentner (Grüne): 159, Nikolaus Scherak (NEOS): 165, Bundesminister für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz Rudolf Hundstorfer: 173.

²⁹¹ Vgl. Stenographisches Protokoll, 14. Oktober 2015, Judith Schwentner (Grüne): 159.

²⁹² Vgl. Kallmeyer Werner, Sprachliche Verfahren der sozialen Integration und Ausgrenzung. In: Liebhart Karin, Menasse Elisabeth, Steinert Heinz (Hg.in), Fremdbilder, Feindbilder, Zerrbilder. Zur Wahrnehmung und diskursiven Konstruktion des Fremden (Klagenfurt 2002) 153.

²⁹³ Stenographisches Protokoll, 14. Oktober 2015, Peter Haubner (ÖVP): 142

²⁹⁴ Vgl. Stenographisches Protokoll, 14. Oktober 2015, Peter Haubner (ÖVP): 142, August Wöglinger (ÖVP): 155f, Bundesminister für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz Rudolf Hundstorfer: 175, 135.

²⁹⁵ Vgl. Stenographisches Protokoll, 14. Oktober 2015, Bundesminister für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz Rudolf Hundstorfer: 175.

Zum einen finden sich jene, die aufzeigen, dass eine Integration in den österreichischen Arbeitsmarkt notwendige Voraussetzung ist, um eine ‚Integrationskrise‘ in Zukunft zu verhindern und weiters, dass die Integration in den Arbeitsmarkt ‚Schwarzarbeit‘ verhindern würde und dazu führen könnte, dass die geflüchteten Personen selbst für sich sorgen.²⁹⁶ In dieser Argumentationsweise zeigen sich sowohl moralische Aspekte, wie die Frage nach Integration, als auch wirtschaftliche, wie die des Selbstaufkommens des eigenen Unterhalts, um Kosten zu sparen.²⁹⁷

Zum anderen finden sich jene Argumente von Seiten rechter Parteien, die eine Integration in den Arbeitsmarkt strikt ablehnen und dies mit den schlechten Qualifikationen der geflüchteten Personen und dem bereits überfüllten österreichischen Arbeitsmarkt begründen, der bereits für ÖsterreicherInnen zu wenig Arbeitsplätze bieten würde.²⁹⁸ Anhand Letzterem zeigt sich, dass der Diskurs der rechtsstehenden Parteien FPÖ und des Teams Stronach sich populistischen Argumentationsweisen bedient und dahingehend als antipluralistisch aufgefasst werden kann, da diese sich immer wieder auf das ‚Wir‘ als scheinbar homogene Gruppe beziehen, von der ein klar abgegrenztes ‚Anderes‘ konstruiert wird.²⁹⁹ Dass die ÖsterreicherInnen selbst nicht als homogene Gruppe fungiert, sondern in sich heterogen ist, zählt bei diesen Argumentationsmustern dagegen nicht.

Zugleich werden in der gesamten Debatte die geflüchteten Personen immer wieder in einer Art „Kosten-Nutzen-Abwägung“³⁰⁰ kategorisiert, wobei die Frage auftaucht, inwieweit die Geflüchteten eine ökonomische Bereicherung für Österreich darstellen könnten.³⁰¹

Wird nun abschließend auf das Konzept des Pluralismus Bezug genommen, so zeigt die Analyse, dass sich pluralistische Argumentationsweisen im Sinne einer heterogenen österreichischen Bevölkerung, in der die geflüchteten Personen miteinbezogen gedacht werden, kaum finden lassen. Zwar wird durchaus pluralistisch gedacht, wenn beispielsweise dafür plädiert wird, asylwerbende Personen früher in den österreichischen Arbeitsmarkt zu integrieren und deren schwierige Situation geschildert wird, dennoch finden sich meist Argumente, die den früheren Arbeitszugang für Asylwerbende wegen eines wirtschaftlichen Grundes bevorzugen.

²⁹⁶ Vgl. Stenographisches Protokoll, 14. Oktober 2015, Gerald Loacker (NEOS): 108, 127, Josef Schellhorn (NEOS): 137, Josef Muchitsch (SPÖ): 141, Nikolaus Scherak (NEOS): 164ff.

²⁹⁷ Vgl. Ebd. 108, 127, 137, 141, 164ff.

²⁹⁸ Stenographisches Protokoll, 14. Oktober 2015, Dagmar Belakowitsch-Jenewein (FPÖ): 158, Christoph Hagen (STRONACH): 163, Werner Neubauer (FPÖ): 172, Peter Wurm (FPÖ): 184.

²⁹⁹ Vgl. Müller, Was ist Populismus, 66.

³⁰⁰ Almstadt, Flüchtlinge in Printmedien, 187.

³⁰¹ Vgl. Ebd. 187.

3.3 100. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, 11. und 12. November 2015

3.3.1 Institutioneller Rahmen

Das Stenographische Protokoll der 100. Nationalratssitzung vom 11. und 12. November 2015 umfasst insgesamt 299 Seiten.³⁰²

Kodiert wurden die Seiten 54 bis 89, in denen die ‚Aktuelle Europastunde‘ unter dem Themenblock „Aktuelle Herausforderungen der Flüchtlingsfrage erfordern europäische Lösungen“³⁰³ debattiert wurde.

Eingeleitet wurde diese Debatte von der Nationalratspräsidentin Doris Bures, in der sie die Mitglieder des Europäischen Parlaments namentlich erwähnt und begrüßt.³⁰⁴ Für die SPÖ nahm demnach Eugen Freund an der ‚Aktuellen Europastunde‘ teil, für die ÖVP Othmar Karas, für die FPÖ Harald Vilimsky, die Grünen nominierten Michael Reimon und die NEOS Angelika Mlinar.³⁰⁵

3.3.2 Text-Oberflächen Analyse

Der zu analysierende Abschnitt der 100. Sitzung des österreichischen Nationalrates beinhaltet insgesamt 21 Redebeiträge.³⁰⁶ Unterteilt nach Parteien überwiegt mit vier Redebeiträgen die SPÖ, gefolgt von der ÖVP, der FPÖ, den Grünen und des NEOS mit jeweils drei Beiträgen, dem Team Stronach mit zwei Impulsen und ebenso zwei Beiträgen von Personen ohne Klubzugehörigkeit.³⁰⁷

Ebenso wie in der obigen angeführten Analyse der 96. Nationalrat Sitzung, wird der damalige Bundeskanzler Werner Faymann mit einem Rede Beitrag separat und nicht der SPÖ hinzugezählt.

Da auch in dieser Sitzung Mitglieder des Europaparlaments anwesend waren, werden an dieser Stelle kurz die Namen der VertreterInnen der jeweiligen Parteien erwähnt: Für die SPÖ fungierte Eugen Freund als EU-Abgeordneter, für die ÖVP Othmar Karas, als EU-

³⁰² Stenographisches Protokoll, 11. und 12. November 2015. Online unter. URL: https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXV/NRSITZ/NRSITZ_00100/fname_543770.pdf (28.04.2020) 54-87.

³⁰³ Stenographisches Protokoll, 11. und 12. November 2015, 54.

³⁰⁴ Vgl. Ebd. 54.

³⁰⁵ Vgl. Stenographisches Protokoll, 11. und 12. November 2015, 55.

³⁰⁶ Vgl. Stenographisches Protokoll, 11. und 12. November 2015, 54-89.

³⁰⁷ Vgl. Ebd. 54-89.

Delegierter der Grünen agierte Michel Reimon, für die FPÖ Harald Vilimsky und die EU-Abgeordnete der NEOS lautete Angelika Mlinar.³⁰⁸

Der thematische Inhalt der ‚Aktuellen Europastunde‘ beinhaltete die Frage, wie mit der derzeitigen Flüchtlingssituation in Österreich und der Europäischen Union umgegangen werden soll, wobei sich die Debatten vor allem an Lösungsfragen orientierten.³⁰⁹

Was dabei gelöst werden sollte, unterschied sich je nach Standpunkt der Partei allerdings deutlich. Während dessen die SPÖ, die Grünen, die NEOS und auch die ÖVP die Menschen und die individuellen Schicksale, die sich hinter den geflüchteten Personen verbergen, immer wieder in den Fokus rückten³¹⁰, fokussierten die FPÖ und das Team Stronach die Frage, wie Europa von den Flüchtlingen ‚geschützt‘ werden könne.³¹¹

Zur weiteren Ausarbeitung wurde auch dieses Dokument kodiert, was insgesamt 78 Codes mit acht Kodegruppen ergab.

Einen Überblick über die Kodegruppen und deren Titulierung gibt folgende Abbildung:

Kodegruppen
◇◇ Einladungspolitik als Problem (3)
◇◇ EU-Außengrenzen schützen (15)
◇◇ Fluchtursachen bekämpfen (10)
◇◇ Fragen zu Türkei und Nachbarländer, die Flüchtlinge aufgenommen haben (7)
◇◇ Gemeinsames Handeln der EU (17)
◇◇ Legale/Illegale Flüchtlinge (3)
◇◇ Menschlichkeit (19)
◇◇ Versagen der EU Politik (4)

Abbildung 5: Auflistung aller Kodegruppen nach der Auswertung des Stenographischen Protokolls vom 11. und 12. November 2015 mit der Anzahl der jeweiligen Codes in Klammer. Auszug aus dem Programm Atlas.ti. Erstellt von: Beatrice Längle.

Jene Kodegruppe mit den meisten Codes – mit insgesamt 19 Beiträgen - lautete ‚Menschlichkeit‘. Darin wurden all jene Kommentare der SprecherInnen im Nationalrat

³⁰⁸ Vgl. Stenographisches Protokoll, 11. und 12. November 2015, Eugen Freund (SPÖ): 61f, Reinhold Lopatka (ÖVP): 62f, Harald Vilimsky (FPÖ): 63ff, Michel Reimon, MBA (Grüne) 65f, Angelika Mlinar, LL.M (NEOS): 66ff.

³⁰⁹ Vgl. Stenographisches Protokoll, 11. und 12. November 2015, 54-89.

³¹⁰ Vgl. Stenographisches Protokoll, 11. und 12. November 2015, Andreas Schieder (SPÖ): 55ff, Werner Kogler (Grüne): 83f, Matthias Strolz (NEOS): 75f, Mitglied des Europäischen Parlaments, Othmar Karas (ÖVP): 71f.

³¹¹ Vgl. Stenographisches Protokoll, 11. und 12. November 2015, Heinz-Christian Strache (FPÖ): 72ff, Christoph Hagen (STRONACH): 76ff.

zusammengefasst, in denen zum einen Einzelschicksale der Geflüchteten aufgezeigt wurden, zum anderen auf Bedürfnisse der geflüchteten Personen, wie Unterkünfte und auf die Menschenrechte verwiesen wird.³¹²

Bemerkenswert bei der Analyse der jeweiligen Kodes ist die Tatsache, dass die geflüchteten Personen ins Zentrum des Diskurses rücken, in dem die Abgeordneten die oft tragischen Erfahrungen der Geflüchteten erwähnen und darüber sprechen:

„Hussein Khalid – ich habe ihn nicht gekannt, Sie haben ihn nicht gekannt – war 34 Jahre alt, er stammte aus Qamishli in Syrien. Gemeinsam mit seinem jüngeren Bruder und einem Freund wollte Hussein nach Deutschland, um dort sein Archäologiestudium zu beenden, doch so weit kommt er nicht. Er und die beiden anderen sterben einen qualvollen Erstickungstod in jenem Lastwagen, der am 27. August neben der Autobahn im Burgenland gefunden wurde.“³¹³

Weitere Kodes der Gruppe ‚Menschlichkeit‘ beinhalteten Beiträge von Abgeordneten, die sich für eine Hilfe der geflüchteten Menschen aussprachen: „Meine Lösung ist Menschen, die kurz vor dem Ersaufen sind, zu retten. Das ist meine Lösung. Ich würde jeden einzelnen Menschen retten. Punkt.“³¹⁴

In dieser Kodegruppe fanden sich darüber hinaus auch Redebeiträge, in denen das damalige aktuelle Handeln der europäischen und österreichischen Regierung kritisch betrachtet wurde, wie folgender Beitrag aufzeigt: „Es geht nicht darum, ob wir 5 000 oder 10 000 Menschen pro Tag an der österreichischen Grenze registrieren können, sondern es geht offensichtlich darum, dass wir es nicht wollen.“³¹⁵

Die Kodierung ‚Gemeinsames Handeln der EU‘, beinhaltet 17 Kodes und ist jene Kodegruppe mit der zweithöchsten Anzahl an Kodes. In dieser Gruppe wurden Kodes zusammengefasst, in denen von den Abgeordneten ein gemeinsames Vorgehen der EU

³¹² Vgl. Stenographisches Protokoll, 11. und 12. November 2015, Mitglied des Europäischen Parlaments Michel Reimon (Grüne): 66, Mitglied des Europäischen Parlaments, Eugen Freund (SPÖ): 61, Bundeskanzler Werner Faymann: 58ff, Matthias Strolz (NEOS): 75f, Andreas Schieder (SPÖ): 55ff, Mitglied des Europäischen Parlaments, Angelika Mlinar (NEOS): 67, Mitglied des Europäischen Parlaments Othmar Karas (ÖVP) 71, Werner Kogler (Grüne): 83, Alev Korun (Grüne): 74,

³¹³ Stenographisches Protokoll, 11. und 12. November 2015, Mitglied des Europäischen Parlaments, Eugen Freund (SPÖ): 61.

³¹⁴ Stenographisches Protokoll, 11. und 12. November 2015, Mitglied des Europäischen Parlaments, Michel Reimon (Grüne): 66.

³¹⁵ Stenographisches Protokoll, 11. und 12. November 2015, Matthias Strolz (NEOS): 76.

gefordert wurde, das die Europäische Union als gemeinsame Akteurin vorsieht und folglich alle darin agierenden Mitgliedsstaaten Verantwortung übernehmen müssten.³¹⁶

Hervorzugehen gilt hier, dass sich das gemeinsame europäische Handeln auch inkludiert, dass die geflüchteten Personen von diesen Handlungen profitieren sollen, also im Sinne eines Pluralismus mitgedacht werden:

„Wir können – und ich glaube, das ist uns allen völlig klar und bewusst – nur als gesamte Europäische Union eine Verbesserung der Situation vor Ort bewirken, um den Menschen in beziehungsweise nahe ihrer Heimat eine Perspektive zu geben.“³¹⁷

Eines der prägnanten Wörter, die in diesem Zusammenhang in der Kodegruppe ‚Gemeinsames Handeln der EU‘ von den Abgeordneten immer wieder Verwendung finden, lautet ‚Solidarität‘³¹⁸.

Von besonderem Interesse dabei ist, dass das Wort ‚Solidarität‘ je nach Parteizugehörigkeit unterschiedlich ausgelegt wird.

Zum einen wird – vor allem auf Seiten der SPÖ, der Grünen und den NEOS - auf die Solidarität innerhalb der Mitgliedsstaaten der EU eingegangen und darauf, dass diese sich nicht nur zu einander, sondern auch gegenüber den Flüchtlingen solidarisch verhalten sollten.³¹⁹ Der Rekurs auf die Zusammenarbeit innerhalb der Europäischen Union bezieht sich hier vor allem auf die Forderung von den Parteien SPÖ, den Grünen und den NEOS, die Mitgliedsstaaten Griechenland und Italien nicht mit der damaligen Flüchtlingssituation allein zu lassen.³²⁰

Darüber hinaus finden sich jedoch auch Statements – vor allem von Seiten des Teams Stronach, aber auch der ÖVP - in denen die Solidarität innerhalb der EU nicht nur kritisch betrachtet wird, sondern die Frage der Solidarität zu Lasten von Griechenland umgelegt wird.³²¹ Exemplarisch hierfür sind Fragen der ÖVP und des Teams Stronach, in denen argumentiert wird, dass Österreich und somit auch die EU Geld für Griechenland zur

³¹⁶ Vgl. Stenographisches Protokoll, 11. und 12. November 2015, Andreas Schieder (SPÖ): 56f, Bundeskanzler Werner Faymann 58, Michael Reimon (Grüne): 65f, Angelika Mlinar (NEOS): 66f.

³¹⁷ Stenographisches Protokoll, 11. und 12. November 2015, Mitglied des Europäischen Parlaments Angelika Mlinar, (NEOS): 67.

³¹⁸ Vgl. Stenographisches Protokoll, 11. und 12. November 2015, Reinhold Lopatka (ÖVP): 62f, Angelika Mlinar (NEOS): 67, Christine Muttonen (SPÖ): 70, Alev Korun (Grüne): 73f, Robert Lugar (STRONACH): 68.

³¹⁹ Vgl. Stenographisches Protokoll, 11. und 12. November 2015, Alev Korun (Grüne): 73ff, Christine Muttonen (SPÖ): 70f, Angelika Mlinar (NEOS): 67f.

³²⁰ Vgl. Ebd. 73ff, 70f, 67f.

Verfügung gestellt hätten und sich in Folge dessen nun Griechenland solidarisch gegenüber der EU zeigen müsse:³²²

„Griechenland hat von uns Unterstützung bekommen, Solidarität. Ich bitte Sie [Bundeskanzler], sich jetzt genauso massiv dafür einzusetzen, dass Griechenland seiner Aufgabe der Sicherung der EU-Außengrenze nachkommt.“³²³

Neben der Solidarität innerhalb der Europäischen Union wird der Begriff vom Team Stronach so ausgelegt, dass hinterfragt wird, mit wem Österreich überhaupt solidarisch sein sollte und weshalb Österreich, oder die Europäische Union sich mit Ländern, aus denen Personen flüchten sich überhaupt solidarisch zeigen sollte, da „[...] das Wort Solidarität [impliziere] –, dass sie einander gegenseitig helfen.“³²⁴

Dieses letzte Zitat beinhaltet die Ansicht des Team Stronach, dass Solidarität auf Gegenseitigkeit beruhe und legt Solidarität neu aus, in dem gefragt wird: „[...] warum wir mit Pakistan solidarisch sein müssen. Ist Pakistan mit uns solidarisch? Hat Pakistan jemals etwas für uns gemacht? – Ganz im Gegenteil: Pakistan hat jetzt beschlossen, die Grenzen für all jene zuzumachen, die wir wieder dorthin zurückschicken wollen.“³²⁵

Eine kurze Recherche im Duden gibt Aufschluss über die derzeitige Definition von Solidarität. Demnach sei dies ein „[...] unbedingtes Zusammenhalten mit jemandem aufgrund gleicher Anschauungen und Ziele.“³²⁶ Dies zeigt, dass das Prinzip von Geben und Nehmen nicht unbedingt mit Solidarität gleichzusetzen ist.

An dem Wort Solidarität lässt sich folglich eine Grenze zwischen pluralistischen und antipluralistischen Argumentationsweisen anschaulich verdeutlichen, da es je nach Auslegung und parteilichen Ausrichtung unterschiedliche Verwendung findet.

³²¹ Vgl. Stenographisches Protokoll, 11. und 12. November 2015, Christoph Hagen (STRONACH): 77f. Robert Lugar (STRONACH): 68f, Reinhold Lopatka (ÖVP): 62f.

³²² Stenographisches Protokoll, 11. und 12. November 2015, Christoph Hagen (STRONACH): 77f, Reinhold Lopatka (ÖVP): 62f.

³²³ Stenographisches Protokoll, 11. und 12. November 2015, Reinhold Lopatka (ÖVP): 63.

³²⁴ Stenographisches Protokoll, 11. und 12. November 2015, Robert Lugar (STRONACH): 68.

³²⁵ Vgl. Ebd. 68.

³²⁶ Vgl. Duden. Online unter: <https://www.duden.de/rechtschreibung/Solidaritaet> (25.07.2021).

Daran anschließend lässt sich die Kodegruppe ‚EU-Außengrenzen schützen‘ nennen, in denen 15 Kodes zusammengefasst wurden, die sich größtenteils als antipluralistisch bezeichnen lassen, sich jedoch auch Ausnahmen finden lassen.³²⁷

So wird von Seiten der FPÖ dafür plädiert, dass Grenzzäune benötigt würden und dies damit verglichen, dass auch „[...] jedes Haus einen Gartenzaun [hat], dass nicht jeder Unbefugte das Grundstück betreten kann.“³²⁸

Andererseits wird kritisiert, dass sich Europa zu einem „Europa von Stacheldrähten“³²⁹ entwickeln würde und dies nicht im Sinne einer Europäischen Union sein könnte.

Diese ambivalente Haltung zum Thema EU-Außengrenze verdeutlicht die enorme Präsenz des Wirkungsbereiches Raum innerhalb dieser Diskussionen. Der Raum wird dabei zum wesentlichen Merkmal, der von gewissen Stimmen der Aufnahmegesellschaft entweder geschützt, gleichzeitig ein anderer Raum jedoch von den Geflüchteten verloren wird.³³⁰

Denn ab jenem Moment, in dem Menschen aus ihren Räumen flüchten müssen, gelten sie aus nationalstaatlicher Sicht als ‚entwurzelt‘.³³¹

Je nach Auslegung wird der Raum instrumentalisiert, so dass von „Aufteilung auf Orte“³³² gesprochen wird und dabei unterschieden wird, ob es sich dabei um ‚den eigenen‘ Raum handelt, der bereits genug Menschen aufgenommen hätte, und ‚den anderen‘ Räumen, wie beispielsweise im Libanon, Jordanien oder auch in Pakistan, bei denen bestimmt noch mehr aufgenommen werden könnten, selbst wenn die Fakten und Zahlen andere Ergebnisse liefern.³³³

3.3.3 Sprachlich-rhetorische Mittel

Eng mit der inhaltlichen Debatte um den Umgang mit geflüchteten Personen, steht auch jene Metapher, die im Folgenden analysiert wird. Zur Metaphernanalyse³³⁴ wird an dieser Stelle folgendes Zitat von Seiten der SPÖ aufgelistet:

³²⁷ Vgl. Stenographisches Protokoll, 11. und 12. November 2015, Werner Amon (ÖVP): 80, Jessi Lintl (ohne Klubzugehörigkeit): 86, Nikolaus Scherak (NEOS): 84f, Heinz-Christian Strache (FPÖ): 73, Werner Kogler (Grüne): 84.

³²⁸ Stenographisches Protokoll, 11. und 12. November 2015, Heinz-Christian Strache (FPÖ): 73.

³²⁹ Stenographisches Protokoll, 11. und 12. November 2015, Bundeskanzler Werner Faymann: 60,

³³⁰ Vgl. Eppenstein, Ghaderi, Perspektiven auf Flüchtlinge und Fluchtdynamiken, 12ff.

³³¹ Vgl. Kiesel Doron, Bilder auf der Flucht. Wenn Filme zu Fluchthelfern werden...In: Cinur Ghaderi, Thomas Eppenstein (Hg.), Flüchtlinge. Multiperspektivische Zugänge (Wiesbaden 2017) 205.

³³² Eppenstein, Ghaderi, Perspektiven auf Flüchtlinge und Fluchtdynamiken, 14.

³³³ Vgl. Eppenstein, Ghaderi, Perspektiven auf Flüchtlinge und Fluchtdynamiken, 13ff.

³³⁴ Vgl. Zur Metaphernanalyse siehe 3.1.4. Inhaltliche Analyse.

„Als Europaparlamentarier ist und war es mir immer wichtig, darauf hinzuweisen, dass wir das Problem – der Herr Bundeskanzler hat es auch schon erwähnt – an der Wurzel packen müssen, also alles daransetzen müssen, den Krieg in Syrien zu beenden[...]"³³⁵

Wie das obige Zitat vermuten lässt, handelt es sich hier um die Debatte, wie mit geflüchteten Personen umgegangen und vor allem was dagegen unternommen werden kann, dass weitere Personen flüchten müssen. Statt Grenzzäune zu bauen, plädiert der EU-Parlamentarier für eine ‚Ursachenbekämpfung‘ und bedient sich hierzu der Metapher der ‚Wurzel‘.³³⁶

Mitigi.Zit. aff., Ausdruck affirmativ	Concept. Element	Scenario	Conceptual mapping	Source Domain	Gesellschaft./ Historische Diskurs- tradition	Wunschbild/ Schreckbild
affirmativ	Wurzel lösen	Wenn das Problem nicht an der Wurzel gelöst wird, bleiben die Flüchtlinge nicht in ihren jeweiligen Ländern (in ihrem jeweiligen zu Hause)	Wurzel ist Ursache	Natur/ Baum/ Pflanze, Verankerung im Boden	Naturalisierung	Problem wird nicht an der Wurzel (Ursache) gelöst, Flüchtlinge verlassen ihr zu Hause

Abbildung 6: Analysesheet zur Anwendung einer Metaphernanalyse. Erstellt von: Dr.in Karin Bischof.

Die Auflistung des Schemas zeigt, dass die Fokussierung nicht auf den geflüchteten Personen selbst liegt, sondern auf die Fluchtursachen gelegt wird. Folglich sind es auch nicht die flüchtigen Personen, die als ‚Problem‘ dargestellt oder stigmatisiert werden, sondern der Krieg in Syrien, der die Personen erst dazu veranlasst, fliehen zu müssen.³³⁷

Wie Siegfried Schieder in seiner Dissertation aufzeigt, wird auch hier für die Untersuchung von Metaphern der Duden herangezogen.³³⁸

³³⁵ Stenographisches Protokoll, 11. und 12. November 2015, Mitglied des Europäischen Parlaments Eugen Freund (SPÖ): 61.

³³⁶ Vgl. Ebd. 61.

³³⁷ Vgl. Ebd. 61.

³³⁸ Vgl. Schieder, Die gestaltende Kraft von Sprachbildern und Metaphern, 215.

Im Duden wird das Wort Wurzel als „[...] im Boden befindlicher, oft fein verästelter Teil der Pflanze, mit dem sie Halt findet und der zugleich Organ der Nahrungsaufnahme ist,“ definiert.³³⁹ Die Wurzel wird als Verankerung im Boden bezeichnet, durch den sie ‚Halt‘ findet und somit auch die ‚Nahrungsaufnahme‘ gewährleistet ist. Folglich ist die Wurzel ein wesentlicher Bestandteil für die Pflanze.

In Bezug auf das oben stehende Zitat kann zusammengefasst werden, dass der Krieg in Syrien, als politisches Problem gefasst wird, das nur dann gelöst werden kann, wenn dieser Krieg – als Wurzel gedacht – beendet wird.

3.3.4 Inhaltlich ideologische Aussagen

Das Menschenbild und Gesellschaftsverständnis, das dem analysierten Abschnitt der 100. Nationalratssitzung zugrunde liegt, ist vielfältig.³⁴⁰

Wie bereits erwähnt, zeigen sich sowohl pluralistische Elemente, in denen betont wird, den Menschen und das Individuum hinter den Flüchtlingen zu sehen, als auch antipluralistische Argumentationsweisen, die vor allem die Bedrohung, die diese Flüchtlinge für Europa, oder aber speziell für Österreich sein können, in den Vordergrund stellen.³⁴¹

Zum besseren Verständnis wird an dieser Stelle auf jeweils diese kontroverse und durchaus diverse Argumentationsweisen eingegangen.

Der Redebeitrag, der sich auf das Element des Pluralismus bezieht und betont, dass die jeweilige Fluchtgeschichte, die hinter jedem Individuum steht, berücksichtigt werden muss, stammt von Seiten der SPÖ:

„Ich erwähne das deshalb, weil wir oft vergessen, dass hinter den Flüchtlingsmassen und Flüchtlingsströmen Individuen stecken, Individuen mit Namen, Alter, Beruf und einem Vorleben. Das sind Männer, Frauen und Kinder, die keine Möglichkeit mehr gesehen haben, in ihrer Heimat zu überleben. Kinder, die nachts von Geschossen aus dem Schlaf gerissen wurden. Frauen, die versklavt, Männer, die gefangen genommen, gefoltert werden oder der Gefahr ausgesetzt sind, einer Armee zu dienen, die ihre eigenen Landsleute umbringt.“³⁴²

³³⁹ Vgl. Duden: Wurzel. Online unter: <https://www.duden.de/rechtschreibung/Wurzel> (17.08.2021).

³⁴⁰ Vgl. Jäger, Kritische Diskursanalyse (2015²) 96, Stenographisches Protokoll, 11. und 12. November 2015, 54-89.

³⁴¹ Vgl. Ebd. 96.

³⁴² Stenographisches Protokoll, 11. und 12. November 2015, Mitglied des Europäischen Parlaments Eugen Freund (SPÖ): 61.

Besonders einprägsam ist dieses Zitat auch dahingehend, da in Bezug auf geflüchtete Personen von verschiedenen gesellschaftlichen Seiten die Frage gestellt wird, weshalb Personen fliehen und warum ausschließlich Männer nach Europa kommen würden. Diese populistischen Fragestellungen, hinter denen sich oftmals auch antipluralistisches Gedankengut verbirgt, werden mit dieser Argumentationsweise geschwächt, in dem die geflüchteten Personen nicht als Ganzes, nicht als homogene Gruppe oder als „Masse“³⁴³ verkürzt dargestellt werden, sondern auf die jeweiligen individuellen Schicksale eingegangen wird. Folglich wird das Schicksal derjenigen Personen, die fliehen müssen, so dargestellt, dass Fluchtgründe nachvollzogen werden können und sich möglicherweise auch Empathie gegenüber den betroffenen Personen einstellen kann.

Somit kann diese Argumentationsweise als Pluralismus angesehen werden, da der Fokus auf Gemeinsamkeiten gelegt wird und dadurch aufgezeigt wird, dass auch Personen aus Österreich in dieser Situation fliehen würden.

Im Gegensatz zu dieser pluralistischen Argumentationsweise können jene Redebeiträge gesehen werden, in denen die Einzelschicksale geflüchteter Personen in den Hintergrund gedrängt werden und die Bedrohung dieser oft als homogenen Masse begriffenen Personen für Europa in den Vordergrund gerückt werden.

Exemplarisch für diese antipluralistische Sichtweise ist das folgende Zitat, das von Seiten der FPÖ stammt:

„Aus meiner Sicht besteht nur die Möglichkeit, den Weg zu gehen, die Menschen in der Region zu halten, den abendländischen Charakter Europas zu bewahren und damit auf zuhören, weitere Millionen von Menschen von der Arabischen Halbinsel und von Nordafrika in Richtung Europa einzuladen[...]“³⁴⁴

Das soeben aufgezeigte Zitat beinhaltet gleich mehrere Argumente, die laut Katharina Hametner und Natalie Rodax als immer wiederkehrende Diskursstränge der Debatte im Thema Flucht und Migration aufscheinen.³⁴⁵

Spezifisch ist dabei die Konstruktion eines ‚orientalischen Anderen‘, das im Gegensatz zum ‚christlichen und westlichen Wir‘ klar abgewertet wird.³⁴⁶ Diese

³⁴³ Stenographisches Protokoll, 11. und 12. November 2015, Johannes Hübner (FPÖ): 81.

³⁴⁴ Stenographisches Protokoll, 11. und 12. November 2015, Harald Vilimsky (FPÖ): 65.

³⁴⁵ Vgl. Hametner, Rodax, Von ‚Einwanderungswilligen‘ und ‚Integrationsverweigerern‘, 83.

³⁴⁶ Vg. Ebd. 83.

Argumentationsweise zeigt sich im vorliegenden Zitat deutlich an der Verwendung des Wortes ‚abendländischer Charakter Europas‘, der ‚gewahrt‘ werden müsse. Damit wird eine Hierarchisierung des ‚entwickelten‘ Europas simplifiziert, das sich vor einem ‚rückständigen‘ Orient schützen müsse und dient dabei als ideologisches Argument, um WählerInnen Stimmen durch Emotionen wie Angst zu erwerben.³⁴⁷

3.3.5 Analyse

Die Auswertung des Stenographischen Dokuments ergab unterschiedliche Ergebnisse in Hinblick auf pluralistische und antipluralistische Argumentationsweisen.

Durch die Analyse der Kodegruppen konnte festgestellt werden, dass der Diskurs in der vorliegenden Nationalratsdebatte zum einen die geflüchteten Personen und deren persönliche individuelle Schicksale behandelt, andererseits ebenso Argumentationslinien der Einteilung der Gesellschaft in ein ‚Wir‘ und ein ‚die Anderen‘ benutzt werden.³⁴⁸

Dabei findet sich das ‚Othering‘ in unterschiedlichen Debatten wieder, wie beispielsweise in jener um ein ‚gemeinsames Europa‘, in der das ‚Wir‘ vorwiegend von den Parteien FPÖ und des Team Stronach als Raum Österreich gedacht wird, jedoch von Seiten der Grünen, der SPÖ, den NEOS und teils auch der ÖVP als Europäische Union wirkt und folglich größer gedacht wird.³⁴⁹

Dass in diesem Zusammenhang das Wort Solidarität fällt, widerspricht dem Konzept des Otherings nicht, da die Geflüchteten mitsamt ihrer jeweiligen Schicksale zwar einerseits solidarisch behandelt werden sollten, andererseits jedoch die Solidarität nicht soweit reicht, dass diese an den gemeinsamen Verhandlungstisch geholt werden.

Da der ausgewertete Abschnitt des Stenographischen Protokolls als Europastunde geführt wurde und sämtliche österreichischen VertreterInnen des Europäischen Parlaments an dieser Debatte teilnahmen, wurden Europa und dessen weiteres Vorgehen thematisiert.³⁵⁰

Doch, obwohl die Idee Europas ein gemeinsames Vorgehen innerhalb der Mitgliedsstaaten beinhalten würde, fanden sich auch diesbezüglich andere Vorstellungen.

Ein Beispiel hierfür ist die unterschiedliche Auslegung des Wortes Solidarität, in dem die Kategorie ‚die Anderen‘ für Mitgliedsstaaten wie Italien oder Griechenland ausgeweitet wurde.³⁵¹

³⁴⁷ Vgl. Hamtner, Rodax, Von ‚Einwanderungswilligen‘ und ‚Integrationsverweigerern,‘ 82ff.

³⁴⁸ Vgl. Siehe Kapitel: 3.3.2 Text-Oberflächen Analyse.

³⁴⁹ Vgl. Ebd.

³⁵⁰ Vgl. Stenographisches Protokoll, 11. und 12. November 2015, 54-87.

Besondere Hervorhebung bedarf es der 19 Kodes zum Thema ‚Menschlichkeit‘, in denen die geflüchteten Personen als Individuen mit einzelnen Schicksalen in den Fokus gerückt werden und einzelne Namen der betroffenen Menschen Erwähnung finden.³⁵² Durch die Erwähnung der Schicksale werden die geflüchteten Menschen in den Diskurs miteinbezogen, da deren Lebensrealitäten veranschaulicht werden und folglich über die Menschen nicht nur ‚als Andere‘ gesprochen wird, sondern sie als ‚ein Teil des Diskurses‘ dargestellt werden.³⁵³

Für die Beantwortung der Forschungsfrage zeigt diese, dass sich das Konzept des Otherings zwar in unterschiedlichen argumentativen Kontexten finden lässt und selbst in einer Sitzung der ‚Aktuellen Europastunde‘ Europa nicht selbstverständlich als ein gemeinsames ‚Wir‘ gedacht wird. Dennoch finden sich auch Argumentationsweise die sich für einen Pluralismus im Sinne der Achtung der Menschenrechte aussprechen.

Folglich stellt sich Pluralität in diesem Diskurs ambivalent dar. Einerseits als Konzept, dass größeres Ganzes wirkt, andererseits auch als eines, das nicht mitgedacht wird und sich in weiterer Folge auch als antipluralistisch verzeichnen lässt.

³⁵¹ Vgl. Stenographisches Protokoll, 11. und 12. November 2015, Christoph Hagen (STRONACH): 77f, Reinhold Lopatka (ÖVP): 62f.

³⁵² Vgl. Stenographisches Protokoll, 11. und 12. November 2015, Mitglied des Europäischen Parlaments, Eugen Freund (SPÖ): 61.

³⁵³ Vgl. Kapitel 3.3.4. Inhaltlich ideologische Aussagen.

3.4 107. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, 9. Dezember 2015

3.4.1 Institutioneller Rahmen

Das Stenographische Protokoll vom 9. Dezember 2015 beträgt 239 Seiten, von denen 30 Seiten – Seite 24 bis 52 - analysiert wurden.³⁵⁴ Wie auch in den vorherigen Nationalratsdebatten, wurde auch hier die ‚Aktuelle Stunde‘ von der Nationalratspräsidentin Doris Bures eingeleitet, dieses Mal jedoch unter dem Themenblock „Sicherheit statt Asylchaos.“³⁵⁵

3.4.2 Text-Oberflächen Analyse

Die analysierte Nationalratsdebatte umfasst 17 Redebeiträge.³⁵⁶ Aufgeteilt nach Parteien fielen davon drei Redebeiträge der FPÖ zu, gefolgt von jeweils zwei Beiträgen der SPÖ, ÖPV, den Grünen, der NEOS und dem Team Stronach. Drei Abgeordnete ohne Klubzugehörigkeit erhielten ebenfalls das Wort.³⁵⁷ Wie bereits in den vorherigen Analysen wurde die damalige Innenministerin Mikl Leitner nicht zu den Redebeiträgen der ÖVP gezählt, sondern separat als Rednerin vermerkt, da diese im Protokoll ohne Klubzugehörigkeit aufgelistet wurde.³⁵⁸

Wie die Überschrift „Sicherheit statt Asylchaos“³⁵⁹ der Nationalratsdebatte schon vermuten lässt, beinhalteten die Redebeiträge die damals aktuelle Situation in Österreich und der EU bezüglich der geflüchteten Personen. Dabei unterschieden sich die Beiträge vor allem in den Maßnahmen, die zu setzen seien.³⁶⁰ Währenddessen von Seiten der FPÖ und des Teams Stronach vor allem die Bildung von Grenzzäunen stark fokussiert wurde und immer wieder auf die Gefahren aufmerksam gemacht wurde, die von den geflüchteten Personen ausgehe, dementierten die SPÖ, die Grünen und die NEOS dies vor allem mit einem Plädoyer für ein gemeinsames Europäisches Vorgehen und gegen eine ‚Angstmache‘.³⁶¹

Die Einteilung des Dokuments ergab 68 Kodes, die in insgesamt acht Kodegruppen zusammengefasst wurden.

³⁵⁴ Stenographisches Protokoll, 9. Dezember 2015. Online unter. URL: https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXV/NRSITZ/NRSITZ_00107/fname_538494.pdf (26.04.2020).

³⁵⁵ Stenographisches Protokoll, 9. Dezember 2015, 24.

³⁵⁶ Stenographisches Protokoll, 9. Dezember 2015, 24-52.

³⁵⁷ Vgl. Ebd. 24-52.

³⁵⁸ Vgl. Stenographisches Protokoll, 9. Dezember 2015, 27.

³⁵⁹ Stenographisches Protokoll, 9. Dezember 2015, 24.

³⁶⁰ Vgl. Stenographisches Protokoll, 9. Dezember 2015, 24-52.

³⁶¹ Vgl. Ebd. 24-52.

Kodegruppen
◊ Bedrohung (15)
◊ Gemeinsames Vorgehen (10)
◊ Grenzsicherung (10)
◊ Herausforderung (3)
◊ Österreich zuerst (5)
◊ Pluralismus (9)
◊ Völkerwanderung/Masseneinwanderung (4)
◊ Wohlergehen der Geflüchteten (12)

Abbildung 7: Auflistung aller Kodegruppen nach der Auswertung des Stenographischen Protokolls vom 9. Dezember 2015 mit der Anzahl der jeweiligen Codes in Klammer. Auszug aus dem Programm Atlas.ti. Erstellt von: Beatrice Längle.

Die Kodegruppe mit der höchsten Anzahl von 15 Codes lautete ‚Bedrohung‘ und beinhaltete all jene Statements, in denen die Abgeordneten die Debatte um geflüchtete Personen mit einem Bedrohungsszenarium in Verbindung brachten.³⁶²

In diese Kodegruppe fielen ausschließlich Redebeiträge der Parteien FPÖ und des Team Stronach sowie alle drei Beiträge der Abgeordneten ohne Klubzugehörigkeit.³⁶³

Inhalte dieser Kodegruppe waren vorwiegend Themen, die die angebliche Gefahr aufzeigt, die von geflüchteten Personen selbst ausgehe, wie beispielsweise das folgende Zitat zeigt:

„Es flüchten auch viele vor Strafverfolgung, wie wir vor Kurzem gesehen haben, als zwei Mörder als Flüchtlinge getarnt unbehelligt nach Österreich eingereist sind, dann aber Gott sei Dank von unserer gut funktionierenden Polizei angehalten und festgenommen worden sind.“³⁶⁴

Ein weiteres Argument, das klar als Bedrohungsszenarium gefasst werden kann lautet wie folgt:

³⁶² Vgl. Stenographisches Protokoll, 9. Dezember 2015, Heinz-Christian Strache (FPÖ): 26f, Gernot Darmann (FPÖ): 34, Jessi Lintl (ohne Klubzugehörigkeit): 50f, Christoph Hagen (STRONACH): 48f, Susanne Winter (ohne Klubzugehörigkeit): 51, Robert Lugar (STRONACH): 39, Rupert Doppler (ohne Klubzugehörigkeit): 51.

³⁶³ Vgl. Ebd. 26f, 34, 50f, 48f, 51, 39, 51.

³⁶⁴ Stenographisches Protokoll, 9. Dezember 2015, Christoph Hagen (STRONACH): 48.

„Ein Teil der Attentäter von Frankreich waren genau jene, die über Griechenland und die Flüchtlingsroute über den Balkan – wahrscheinlich und mit hoher Sicherheit –, dann über Österreich nach Paris gelangt sind, um dort terroristische Tätigkeiten zu setzen.“³⁶⁵

Diese beiden Zitate können als charakteristisch für alle weiteren in dieser Gruppe zusammengefassten Redebeiträge gefasst werden, da sie die Bedrohung, die von den geflüchteten Menschen angeblich ausgehe, klar und deutlich wiedergibt.

Weiters beinhalten die restlichen Argumentationen nicht nur die Situation innerhalb der Geflüchteten, also wer sich unter den betroffenen Personen befindet, sondern auch die Gefahr, die von den geflüchteten Personen selbst ausgeht. Konkretisiert handelt es sich dabei um Vorwürfe gegen die andere Kultur, die die Geflüchteten mitbringen würden und dass diese nicht nur schwer kompatibel mit der österreichischen Denkweise sei, sondern, dass die Gefahr bestehe, dass „das Volk ausgetauscht werde.“³⁶⁶

Den Debatten um die jeweilige vorherrschende Kultur widmet sich, wie eingangs erwähnt, auch Ursula Birsl, indem sie argumentiert, dass die politische Kultur nicht strukturell determiniert sei und folglich nicht von einer hegemonialen Klasse beherrscht sei, da unterschiedliche Konfliktlinien einer Gesellschaft, wie beispielsweise die Klassen- und Migrationsgesellschaft oder Geschlechterverhältnisse auf diese scheinbar vorherrschende Kultur einwirken.³⁶⁷ Folglich sei die politische Kultur einer ständigen Auseinandersetzung zwischen den Kulturen und sozialen Gruppen und Klassen einer Gesellschaft um Dominanz und Hegemonie ausgesetzt.³⁶⁸

In den Bedrohungsszenarien, die oft seitens rechtspolitischer Parteien aufgegriffen werden, werden diese Konfliktlinien ausgeblendet und stattdessen ein ethnisch einheitliches und homogenes Staatsvolk mit einem klar definierten Staatsterritorium deklariert, das sich von anderen Kulturen klar abgrenzt.³⁶⁹ Ausgehend vom Migrationsforscher Klaus J. Bade, der die Meinung vertritt, dass Wanderungen seit der Zeit des Homo sapiens zum Menschen dazugehören, stellt sie die Frage, wie die eben dargelegte Diskussionslinie aussehen würde, wenn diese Überlegungen mitgedacht werden würden?³⁷⁰ Da viele Europäische Staaten seit

³⁶⁵ Stenographisches Protokoll, 9. Dezember 2015, Heinz-Christian Strache (FPÖ): 27.

³⁶⁶ Vgl. Stenographisches Protokoll, 9. Dezember 2015, Robert Luger (STRONACH): 39.

³⁶⁷ Vgl. Birsl, Staatsbürgerschaft und Demokratie in politischen Kulturen der EU, 76.

³⁶⁸ Vgl. Ebd. 76.

³⁶⁹ Vgl. Birsl, Staatsbürgerschaft und Demokratie in politischen Kulturen der EU, 83.

³⁷⁰ Vgl. Ebd. 83.

jeher sowohl Einwanderungs- als auch Auswanderungsländer waren, wäre hier nachzuforschen, inwieweit sich die politische Kultur einer Gesellschaft umgestaltet hat.³⁷¹

In eben diesen Kanon fließen auch diejenigen Argumente der Abgeordneten ein, die die damals vorherrschende Flüchtlingsdebatte als „Völkerwanderung“³⁷² und „Masseneinwanderung“³⁷³ bezeichnen. Dieser Kodegruppe lassen sich vier Kodes zuordnen, in denen die geflüchteten Personen – wie bereits in den vorherigen Debatten analysiert – als Masse dargestellt werden.³⁷⁴

Wie bereits in den vorherigen analysierten Nationalratsdebatten kann diese Sichtweise und die Argumentation als antipluralistisch gefasst werden.³⁷⁵

Eine weitere Kodegruppe beinhaltet jene Argumente, die sich mit dem Thema der Grenzsicherung auseinandersetzen. Diese beinhaltet zehn Kodes, in denen zum einen die Grenze der Europäischen Union thematisiert wird, andererseits die territorialen Grenzen des österreichischen Staatsgebiets in den Blick geraten.³⁷⁶

In engem Zusammenhang mit der Grenzsicherung Österreichs und der EU, fallen in diesen Kontext auch Redebeiträge zum Thema, wie mit den ‚Schleppern‘ – also jenen Personen, die durch viel Geld geflüchtete Personen nach Europa bringen – umgegangen werden soll.³⁷⁷ Ein Beispiel eines Redebeitrags, wie mit der Situation von Schleppern umgegangen werden soll, zeigt sich wie folgt, in dem dafür plädiert wird „[...] dass das endlich aufhört, dass jene Personen, die sich über das Mittelmeer auf den Weg machen, in die Europäische Union institutionell hineingeschleppt werden [...], anstatt sie zurückzubringen auf ihren Kontinent, wo sie hergekommen sind, und damit auch der Schleppermafia einen Strich durch die Rechnung zu machen.“³⁷⁸

Hermann Kuschey und Arno Pilgram zeigen in einer Analyse auf, dass das Thema der Sicherheit und organisierten Kriminalität keineswegs neu sei.³⁷⁹ Demnach seien Kriminalitätsdiskurse bereits in den 1990er Jahre ein beliebter Topos gewesen, um Feindbilder zu gerieren, was vor allem die Debatten um die ‚Organisierte Kriminalität‘ betraf, die durch den Fall des Eisernen Vorhangs nach Österreich zum vorherrschenden

³⁷¹ Vgl. Ebd. 83f.

³⁷² Stenographisches Protokoll, 9. Dezember 2015, Gernot Darmann (FPÖ): 35.

³⁷³ Stenographisches Protokoll, 9. Dezember 2015, Heinz-Christian Strache (FPÖ): 107.

³⁷⁴ Vgl. Stenographisches Protokoll, 23. September 2015, Roman Haider (FPÖ): 98.

³⁷⁵ Vgl. Siehe: Kapitel 3.1.2 Text-Oberflächen Analyse und 3.2.2. Text-Oberflächen Analyse.

³⁷⁶ Vgl. Stenographisches Protokoll, 9. Dezember 2015, Bundesministerin für Inneres: Johanna Mikl-Leitner, 29.

³⁷⁷ Vgl. Stenographisches Protokoll, 9. Dezember 2015, Gernot Darmann (FPÖ): 35.

³⁷⁸ Ebd. 35.

Thema wurde.³⁸⁰ Ebenso wie heute wurde in den 1990er Jahren die organisierte Kriminalität als Wirtschaftsorganisation gesehen, die die öffentliche Sicherheit Österreichs gefährde und folglich der „Menschenschmuggel“³⁸¹ zum großen Thema wurde.³⁸²

In dem zuvor dargelegten Zitat zeigt sich, dass nicht nur die ‚Schleppermafia‘ als Feindbild deklariert wird, sondern auch die Personen, die über das Mittelmeer kommen, keineswegs erwünscht sind.³⁸³ Als Hindernisse der Integration oder des Willens, diese überhaupt in den Fokus zu nehmen, nennt Philipp Ther, die oft fehlenden klaren religiösen, nationalen oder politisch-ideologischen Solidaritätslinien, die in der Vergangenheit – siehe 1956 Ungarnaufstand – dabei geholfen haben, die geflüchteten Personen zu integrieren.³⁸⁴ Diese Denkweise bekräftigt auch folgendes Zitat: „Ist erst einmal einer im Mittelmeer in See gestochen, wird schon irgendwo ein Schiff der Europäischen Union auftauchen, die Person ans Festland bringen [...] zurückgeführt werden diese Personen anscheinend nie mehr.“³⁸⁵ Dass es sich dabei um Menschen aller Altersgruppen handelt, die ihr Leben riskieren, indem sie auf Schlauchbooten über das Mittelmeer fahren, wird in diesem Redebeitrag vergeblich gesucht und kann folglich klar als antipluralistische Argumentationsweise angesehen werden.

Dass es jedoch auch Argumente von Abgeordneten gibt, die die Menschen hinter den geflüchteten Personen sehen, zeigt die Kodegruppe ‚Wohlergehen der Geflüchteten‘ auf.

In dieser Kodegruppe wurden 12 Kodes zusammengefasst, in denen die Argumentationen darauf beruhen, die geflüchteten Personen und deren Lebensweise und Wohlergehen in den Fokus zu stellen.³⁸⁶

Interessant, aber angesichts der Polarisierung um das Thema Flucht und Asyl wenig verwunderlich ist die Tatsache, dass in dieser Kodegruppe sich Redebeiträge von allen Parteien mit Ausnahme der FPÖ und des Team Stronach finden.³⁸⁷

³⁷⁹ Vgl. Kuschej Hermann, Pilgram Arno, Fremdenfeindlichkeit im Diskurs um ‚Organisierte Kriminalität.‘ In: Liebhart Karin, Menasse Elisabeth, Steinert Heinz (Hg.in), Fremdbilder, Feindbilder, Zerrbilder. Zur Wahrnehmung und diskursiven Konstruktion des Fremden (Klagenfurt/Celovec 2002) 39-56.

³⁸⁰ Vgl. Kuschej, Pilgram, Fremdenfeindlichkeit im Diskurs um ‚Organisierte Kriminalität,‘ 39.

³⁸¹ Kuschej, Pilgram, Fremdenfeindlichkeit im Diskurs um ‚Organisierte Kriminalität,‘ 43.

³⁸² Vgl. Ebd. 43.

³⁸³ Vgl. Stenographisches Protokoll, 9. Dezember 2015, Gernot Darmann (FPÖ): 35.

³⁸⁴ Vgl. Ther, Die Außenseiter, 357.

³⁸⁵ Stenographisches Protokoll, 9. Dezember 2015, Gernot Darmann (FPÖ): 35.

³⁸⁶ Vgl. Stenographisches Protokoll, 9. Dezember 2015, Alev Korun (Grüne): 36f, Bundesministerin für Inneres Johanna Mikl-Leitner, 29, Werner Amon, (ÖVP): 33, Angela Lueger (SPÖ): 40, Nikolaus Alm (NEOS): 37.

³⁸⁷ Vgl. Ebd. 36f, 29, 33, 40, 37.

Exemplarisch für die Kodegruppe steht folgendes Zitat, welches die Situation in den Flüchtlingslagern rund um Syrien thematisiert und folglich auf die Argumente eingeht, mehr Geld vor Ort zu leisten:

„[...] diese Hilfe vor Ort von der Europäischen [ist] bis jetzt leider schmähsch unterlassen worden ist, sodass wir jetzt die Situation haben, dass in vielen Flüchtlingslagern in den Nachbarländern Syriens ein Flüchtling mit einem halben Dollar pro Tag auskommen muss [...] und das bedeutet konkret Hunger in den Flüchtlingslagern; [...] dass wir jetzt die Situation haben, dass 400 000 syrische Flüchtlingskinder in der Türkei als Analphabeten aufwachsen, weil sie keine Schule besuchen dürfen und können, dann ist das eine Situation, die leider dazu führt, dass Menschen ihr verbliebenes Hab und Gut einpacken und sich auf den Weg in die EU machen.“³⁸⁸

Ebenso wird die Gleichsetzung zwischen geflüchteten Menschen und Kriminalität kritisiert: „Daher ersuche ich Sie noch einmal, Herr Strache, Flüchtlinge oder Asylwerber nicht mit Kriminellen gleichzusetzen. Es wird auch nicht richtiger, wenn Sie es hundertmal wiederholen.“³⁸⁹

Ulrich Wagner stellt in seiner sozialpsychologischen Analyse zum Umgang mit geflüchteten Personen im Jahr 2015 fest, dass geflüchtete Personen selten als Individuen mit einzelnen unabhängig voneinander durchlebten Schicksalen wahrgenommen, sondern oft als Gruppe verstanden werden.³⁹⁰ Dies führt in weiterer Folge dazu, dass Gruppen Eigenschaften zugeschrieben werden und diese wiederum nicht einzeln betrachtet werden, sondern für die gesamte Gruppe vereinfacht verallgemeinert wird.³⁹¹ Besonders dabei ist die Tatsache, dass negative Handlungen und Eigenschaften eher für die gesamte Gruppe generalisiert werden, da sie als Abgrenzung zur eigenen Gruppe – hier ‚die ÖsterreicherInnen‘ - angesehen werden und somit die eigene Gruppe positiv dastehen lässt.³⁹² Positive Konnotationen mit der Gruppe werden hingegen eher als Ausnahme angesehen und einem einzigen Individuum der Gruppe angehängt.³⁹³ Dabei analysiert Wagner, dass, je extremer die Meinung über die ‚fremde Gruppe‘ sei, desto eher seien

³⁸⁸ Stenographisches Protokoll, 9. Dezember 2015, Alev Korun (Grüne): 36.

³⁸⁹ Stenographisches Protokoll, 9. Dezember 2015, Bundesministerin für Inneres Johanna Mikl-Leitner, 29.

³⁹⁰ Vgl. Wagner Ulrich, Geflüchtete und wir, sozialpsychologische Perspektiven. In: Ghaderi Cinur, Eppenstein Thomas (Hg.), Flüchtlinge. Multiperspektivistische Zugänge (Wiesbaden 2017) 170.

³⁹¹ Vgl. Wagner, Geflüchtete und wir, 172f.

³⁹² Vgl. Wagner, Geflüchtete und wir, 173.

³⁹³ Vgl. Ebd. 173.

Menschen der Überzeugung, dass ihre Ansichten auch von ‚ihrer Gruppe‘ geteilt werden würden.³⁹⁴ Folglich wird im Umkehrschluss festgestellt, je stärker eine Person, die Hilfe benötigt, einer fremden Gruppe zugesprochen wird, desto eher wird ihr diese Hilfe untersagt beziehungsweise wird diese unterlassen.³⁹⁵ Umso wichtiger erscheint es, dass hier in einer öffentlichen Debatte des österreichischen Nationalrats von Seiten einiger Parteien der Verallgemeinerung der geflüchteten Personen – und damit zusammenhängend der negativen Konnotation als Fremde und Gefahrenpotential – Einhalt geboten wird.

In diese Argumentationsreihe schließt sich auch folgendes Zitat, das die Gleichsetzung von Terrorismus und Muslimen einer genaueren Analyse unterzieht: „Ich sage Ihnen: Die meisten Opfer dieses verrückten Terrors des sogenannten Islamischen Staates sind Muslime; die meisten Opfer. Setzen Sie die nicht ständig gleich [sic]!“³⁹⁶

Die Gleichsetzung von Geflüchteten und Terrorismus beruht dabei auf keinen Tatsachen, sondern dient bewussten politischen Interessen.³⁹⁷ Durch Angstmache werden WählerInnen angezogen, da diese Menschen eher Parteien wählen die dafür plädieren, die Geflüchteten als homogene Gruppe ‚zurückzuschicken.‘³⁹⁸

Dabei wird jedoch oft vergessen nach dem Grund zu fragen, weshalb Personen sich von allen geflüchteten Personen fürchten. Denn wenn Menschen beginnen sich vor den geflüchteten Personen zu fürchten, ist dies oft Resultat der öffentlichen Darstellung dieser Personen und den Verhaltensweisen, die dieser scheinbar homogenen Gruppe von Menschen zugeschrieben wird.³⁹⁹

Der immer wiederkehrenden Argumentationsweise, man müsse zwischen Kriegs- und Wirtschaftsflüchtlingen unterscheiden, widmet sich folgender Redebeitrag:

„Der UNHCR bekommt nicht ausreichend Geld, um die Menschen dort so sicher zu betreuen, dass sie in der Nähe ihrer Heimat bleiben, was sie gerne tun würden. Aber würden Sie gerne wählen wollen: Verhungert mein Kind? Wird mein Kind verkauft? – Wäre das Ihre Variante? Und dann zu sagen, das sind keine Kriegsflüchtlinge, das sind Wirtschaftsflüchtlinge, das ist meines Erachtens schäbig.“⁴⁰⁰

³⁹⁴ Vgl. Ebd. 173.

³⁹⁵ Vgl. Wagner, Geflüchtete und wir, 174.

³⁹⁶ Stenographisches Protokoll, 9. Dezember 2015, Werner Amon (ÖVP): 33.

³⁹⁷ Vgl. Wagner, Geflüchtete und wir, 177.

³⁹⁸ Vgl. Ebd. 177.

³⁹⁹ Vgl. Ebd. 177.

⁴⁰⁰ Stenographisches Protokoll, 9. Dezember 2015, Angela Lueger (SPÖ): 40.

„Wenn sich jemand im Übrigen in der Unterbringung von Flüchtenden engagiert, dann hat er nicht mehr als unsere Unterstützung in dieser Sache zu erwarten. Nicht nur, weil das menschlich ist, sondern weil er mit dieser Unterstützung auch der Allgemeinheit etwas erspart. [...] Aber es ist nicht die Aufgabe der Zivilgesellschaft, hier zu helfen, sondern Aufgabe des Staates.“⁴⁰¹

Neben der Argumentationsweise die Geflüchteten Personen in den Mittelpunkt zu stellen, fanden sich in der Analyse auch Redebeiträge, die Denkansätze des Pluralismus beinhalteten.⁴⁰² Die Kodegruppe ‚Pluralismus‘ beinhaltet neun Kodes, in denen Fragen der Meinungsfreiheit sowie der Religionsfreiheit im Sinne einer pluralistischen Lebensweise thematisiert werden.⁴⁰³

Ein Beispiel hierfür zeigt folgendes Zitat:

„Dazu gehört auch, dass wir es ablehnen, die Meinungsfreiheit einzuschränken. Es hatte zum Beispiel ein Bezirksvorsteher die Idee, dass die Verteilung von Koranen auf der Mariahilfer Straße untersagt wird. – Warum macht er das? Ist der Koran ein problematisches Buch, oder sind die Menschen, die dieses Buch verteilen, problematisch [...] Ich will nicht, dass ein Bezirksparteiobmann darüber entscheidet, ob das rechtsstaatlich in Ordnung ist. Das entscheiden Gerichte [...].“⁴⁰⁴

Ein weiteres klares Indiz für Pluralismus zeigte der Redebeitrag eines Abgeordneten, der in seiner Begrüßung nicht nur das Parlament, dessen Abgeordnete und ZuhörerInnen begrüßte, sondern auch die Geflüchteten direkt adressierte:

„Geschätzte Damen! Geschätzte Herren!

Geschätzte Zuseherinnen und Zuseher! Geschätzte Kriegsflüchtlinge, denen ich auch sagen möchte: ahlán wa sahlán! Der Titel der Aktuellen Stunde „Sicherheit statt Asylchaos“ ist durchaus ein verbindendes Element: Auch die Flüchtlinge wünschen sich Sicherheit [...].“⁴⁰⁵

⁴⁰¹ Stenographisches Protokoll, 9. Dezember 2015, Nikolaus Alm (NEOS): 37.

⁴⁰² Vgl. Stenographisches Protokoll, 9. Dezember 2015, Nikolaus Alm (NEOS): 37, Matthias Köchl (Grüne): 45f.

⁴⁰³ Vgl. Ebd. 37, 45f.

⁴⁰⁴ Stenographisches Protokoll, 9. Dezember 2015, Nikolaus Alm (NEOS): 37,

⁴⁰⁵ Stenographisches Protokoll, 9. Dezember 2015, Matthias Köchl (Grüne): 45

Bedeutend an diesem Redebeitrag ist auch die Tatsache, dass darin der Titel ‚Sicherheit statt Asylchaos‘ der Aktuellen Stunde als Pluralismus debattiert wird, in dem aufgezeigt wird, dass auch die Flüchtlinge kein ‚Asylchaos‘, sondern Sicherheit bevorzugen.⁴⁰⁶

Als Pluralismus Konzept kann folgendes Argument gefasst werden:

„Es geht also genau darum, dass sich Österreicherinnen und Österreicher und Flüchtlinge auch kennenlernen. Dann wird nämlich die Stimmung nicht so aufgeheizt, wie sie es derzeit vielfach ist.“⁴⁰⁷

Wagner zeigt in seiner sozialpsychologischen Studie, dass die Wahrnehmung der österreichischen Bevölkerung, die Flüchtlingssituation als Bedrohung anzusehen, keineswegs in Stein gemeißelt, sondern veränderbar ist.⁴⁰⁸ Als wichtige Initiative gegen Angstverbreitung sei demnach der Kontakt zu den geflüchteten Personen.⁴⁰⁹ Demnach führe Kontakt zu einem Abbau von Vorurteilen gegenüber den vermeintlich ‚fremden Personen‘, sofern dieser Austausch auf Augenhöhe beruhe, dieser veranlasst gemeinsame Ziele zwischen den Personen zu finden und zu verfolgen und vor allem, sofern dieser Kontakt sozial und politisch gewünscht sei.⁴¹⁰

Folglich kann das soeben dargestellte Zitat als wichtiger Pluralismus Beitrag gesehen werden, im Sinne dahingehend, dass vor allem das gegenseitige Kennenlernen vor Antipluralismus schützen kann.

Gerade im Hinblick auf die großen Flüchtlingslager, in denen die Menschen weit weg von der einheimischen Bevölkerung leben müssen, stellen daher ein Problem für die Beseitigung von Angst und Vorurteilen dar, da es keinen Kontakt zwischen den Geflüchteten und der vor Ort ansässigen Bevölkerung gibt.⁴¹¹ Denn gerade die Anwesenheit von ‚fremden Personen‘ in der Nachbarschaft führe zu größerer Toleranz.⁴¹²

⁴⁰⁶ Vgl. Ebd. 45.

⁴⁰⁷ Stenographisches Protokoll, 9. Dezember 2015, Matthias Köchl (Grüne): 46.

⁴⁰⁸ Vgl. Wagner, Geflüchtete und wir, 177.

⁴⁰⁹ Vgl. Ebd, Wagner, Geflüchtete und wir, 178.

⁴¹⁰ Vgl. Ebd. 178.

⁴¹¹ Vgl. Ebd. 178.

⁴¹² Vgl. Ebd. 178.

3.4.3 Sprachlich-rhetorische Mittel

Metaphern können einerseits dazu beitragen die Darstellung von komplexen Inhalten vereinfacht darzustellen, andererseits können sprachliche Bilder auch dazu benutzt werden, das Eigene anschaulicher vom ‚Anderen‘ abzugrenzen.⁴¹³

In dieser letzten Analyse der Metaphern, die innerhalb der vorliegenden Nationalratsdebatte von Abgeordneten verwendet wurden, wird eine Metapher analysiert, die auf diesem Denkhintergrund aufbaut.

Die Metapher wurde dabei in folgendem Kontext verwendet:

„Die gemeinsame Lösung heißt aber dann auch, die Menschen in Österreich mit ins Boot zu holen, damit wir auch den Ängsten begegnen, die sie haben. Das ist die Angst vor Arbeitsplatzverlust, das sind Ängste im Zusammenhang mit dem Wohnen, das sind Ängste bezüglich der Zukunft des Gesundheitssystems.“⁴¹⁴

Mitigi.Zit. aff., Ausdruck affirmativ	Concept. Element	Scenario	Conceptual mapping	Source Domain	Gesellschaft./ Historische Diskurs- tradition	Wunschbild/ Schreckbild
affirmativ	Gemeinsames Boot als Sicherheitskonzept	Menschen (ÖsterreicherInnen) müssen auf ein Boot geholt werden	Boot als sicherer Hafen	Natur/ Wasser/ Land	Naturalisierung	Sicherheit birgt, wenn mit den ÖsterreicherInnen über deren Ängste vor der Fluchtsituation gesprochen wird.

Abbildung 8: Analysesheet zur Anwendung einer Metaphernanalyse. Erstellt von: Dr.in Karin Bischof.

Die Metapher ‚ins Boot holen‘ kann dabei nur auf den ersten Blick als pluralistisches Argument angesehen werden, da explizit von den ÖsterreicherInnen gesprochen wird, die in die ‚gemeinsame Lösung‘ – im Sinne einer Zusammenarbeit der EU – miteingebracht

⁴¹³ Vgl. Bischof Karin, Europavorstellungen in Metaphern. Exemplarische Analysen des Printmediendiskurses um den EU-Beitritt der Türkei. In: Marlen Bidwell-Steiner, Veronika Zangl (Hg.in), Körperkonstruktionen und Geschlechtermetaphern ;) (Innsbruck/Wien 2009) 237.

⁴¹⁴ Stenographisches Protokoll, 9. Dezember 2015, Angela Lueger (SPÖ): 41.

werden sollen. Das Boot fungiert als sicherer Ort, der Schutz vor diversen Gefahren, wie in diesem Kontext die Angst vor dem Arbeitsplatzverlust und der Sicherheit eine Wohnung zu bekommen, im Zitat genannt werden.⁴¹⁵

Wird nun jedoch darauf geachtet, wer in diesem Boot Sicherheit und Schutz erfährt, so kann festgestellt werden, dass der scheinbar pluralistische Gedanke in den Hintergrund gerät, da dieser in Abgrenzung zu jenen Menschen mitgedacht werden muss, die nicht Teil des Bootes sind.⁴¹⁶ Vor allem der Begriff ‚das Boot ist voll‘, der bereits in den 1990er Jahren politisch instrumentalisiert wurde, kann hiermit assoziiert werden.⁴¹⁷

Darüber hinaus wurde das ‚Flüchtlingsboot‘ zum gängigen bildlichen Motiv in diversen Nachrichtenportalen, in dem die tragischen Lebensrealitäten der geflüchteten Menschen berichtet wurden.⁴¹⁸ In diesem Zusammenhang projiziert das Boot einerseits die tödliche Gefahr, die mit Überquerung des Mittelmeers in Zusammenhang steht und andererseits als Hoffnungsträger für eine sichere und bessere Zukunft.⁴¹⁹

3.4.4 Inhaltlich ideologische Aussagen

Das Gesellschaftsverständnis und das Menschenbild, das sich in dieser vierten analysierten Nationalratsdebatte wiederfindet, sind ambivalent. Zum einen finden sich auf rechtspopulistischer Seite, aber auch von den Abgeordneten ohne Fraktion klar jene Argumente, die geflüchtete Personen als Bedrohung und Gefahr stigmatisieren und diese in Zukunftsängste umwandeln.⁴²⁰

⁴¹⁵ Vgl. Stenographisches Protokoll, 9. Dezember 2015, Angela Lueger (SPÖ): 41, Budke Alexandra, Hoogen Andreas, „Das Boot ist voll.“ Wie Bilder in Geographieschulbüchern Vorstellungen von ‚illegalen‘ Migrantinnen und Migranten produzieren. In: Christoph Rass, Melanie Ulz (Hg.in), Migration ein Bild geben Visuelle Aushandlungen von Diversität (Migrationsgesellschaften, Wiesbaden 2018) 143.

⁴¹⁶ Vgl. Budke, Hoogen, „Das Boot ist voll“, 144.

⁴¹⁷ Vgl. Budke, Hoogen, „Das Boot ist voll“, 143.

⁴¹⁸ Vgl. Der Standard. „18. Tote nach Untergang von Flüchtlingsboot vor der Türkei“, vom 19. Dezember 2015. Online unter: URL: <https://www.derstandard.at/story/2000027800657/18-tote-nach-untergang-von-fluechtlingsboot-vor-tuerkei> (16.05.2021).

⁴¹⁹ Vgl. Ebd.

⁴²⁰ Vgl. Stenographisches Protokoll, 9. Dezember 2015, Heinz-Christian Strache (FPÖ): 26f, Gernot Darmann (FPÖ): 34, Jessi Lintl (ohne Klubzugehörigkeit): 50f, Christoph Hagen (STRONACH): 48f, Susanne Winter (ohne Klubzugehörigkeit): 51, Robert Lugar (STRONACH): 39, Rupert Doppler (ohne Klubzugehörigkeit): 51.

Auf der anderen Seite finden sich jedoch auch Argumentationsweisen, die die vereinfachte Sicht der Dinge kritisieren, die die geflüchteten Personen und ihre Schicksale in den Vordergrund rücken und die folglich auch Pluralistische Denkansätze beinhalten.⁴²¹

Weitere inhaltliche Aussagen, die stark ideologisch geprägt sind, beinhaltet die Kodegruppe, die jene fünf Kodes zusammenfasst, die ‚Österreich zuerst‘ als gemeinsames Kriterium beinhalten.⁴²²

In dieser Kodegruppe finden sich Argumente, die das gemeinsame Vorgehen der EU, aber auch innerhalb Österreichs stark kritisieren, in dem sie die Meinung vertreten, dass es kein gemeinsames Vorgehen geben könne.⁴²³ Die Begründung, weshalb dies nicht geschehen dürfe, zeigt sich in folgendem Zitat:

„Ich warne aber vor den Folgen, [...] wenn er das ganze Asylwesen in die Europäische Union auslagern will [...]: Ein spanischer Beamter wird darüber entscheiden, wer wann wie und in welcher Anzahl hier in Österreich Asyl bekommen wird – und das werden wir wohl hoffentlich nicht zulassen, werte Damen und Herren [...].“⁴²⁴

Hier zeigt sich, dass der Gedanke eines auf Pluralismus basierenden Europas für die Abgeordneten der Parteien FPÖ und des Team Stronach nicht nur an seine Grenzen kommt, sondern auch als Gefahr angesehen wird.⁴²⁵

Dieses Verständnis zeigt ein Gesellschaftsbild, das speziell auf Österreich fokussiert ist und die ÖsterreicherInnen als homogenes ‚Wir‘ bezeichnet, das bevorzugt und abgegrenzt von ‚Anderen‘ – wie beispielsweise nicht nur den geflüchteten Personen selbst, sondern auch der Europäischen Union – gedacht werden müsse.

Prognosen für die Zukunft, die die damalige Situation als Herausforderung bezeichneten, wurden unter selbigem Namen zur Kodegruppe mit drei Kodes zugeordnet.⁴²⁶

Ein Beispiel für diese Kodegruppe lautet wie folgt:

⁴²¹ Vgl. Stenographisches Protokoll, 9. Dezember 2015, Alev Korun (Grüne): 36f, Bundesministerin für Inneres Johanna Mikl-Leitner, 29, Werner Amon, MBA (ÖVP): 33, Angela Lueger (SPÖ): 40, Nikolaus Alm (NEOS): 37.

⁴²² Vgl. Stenographisches Protokoll, 9. Dezember 2015, Walter Rosenkranz (FPÖ): 43, Gernot Darmann (FPÖ): 34

⁴²³ Vgl. Stenographisches Protokoll, 9. Dezember 2015, Walter Rosenkranz (FPÖ): 43.

⁴²⁴ Stenographisches Protokoll, 9. Dezember 2015, Gernot Darmann (FPÖ): 34

⁴²⁵ Vgl. Ebd. 34.

⁴²⁶ Vgl. Stenographisches Protokoll, 9. Dezember 2015, Dorothea Schittenhelm (ÖVP): 42, Bundesministerin für Inneres Mag. Johanna Mikl-Leitner: 28, Amon (ÖVP): 32.

„Jedem Laien muss bewusst und klar sein [...], dass durch diese große Anzahl im Verfahrensbereich und vor allem im Betreuungsbereich enorme Herausforderungen an uns herangetragen werden – enorme Herausforderungen!“⁴²⁷

3.4.5 Analyse

Die Auswertung des vierten Stenographischen Protokolls vom 9. Dezember 2015 ergab kein einheitliches Bild. Ebenso wie in den vorangegangenen Analysen zeigte sich eine ambivalente Haltung der Parlamentsabgeordneten zum Thema, wie mit der damals vorherrschenden Situation umgegangen werden soll.⁴²⁸

Wird an dieser Stelle die Beantwortung der Forschungsfrage in den Fokus gerückt, so kann gesagt werden, dass die Einteilung der Gesellschaft in ein ‚Wir‘ und ein ‚die Anderen‘ wie folgt darstellt wird:

Zum einen finden sich Argumentationsweisen, in denen die geflüchteten Personen als homogene Gruppe verstanden werden, die als eine Gefahr für die ÖsterreicherInnen als ‚Wir‘ fungieren würde.⁴²⁹ So bedienen sich die Parteien der FPÖ und des Team Stronach vorwiegend Bedrohungsszenarien, die geflüchteten Personen sowohl mit Terrorismus als auch der ‚anderen Kultur‘ in Verbindung bringen.⁴³⁰

Der zweite Teil der Forschungsfrage, der darauf fokussiert, wie sich durch die Argumentationsweise Pluralität darstellt, kann folgendermaßen beantwortet werden: Pluralität wird von Seiten der FPÖ, des Team Stronach, als auch den Abgeordneten ohne Klubzugehörigkeit als negativ wahrgenommen und dabei vorwiegend mit antipluralistischen Argumentationen untermauert.⁴³¹ Dass dabei in diesen Argumenten das Thema Sicherheit und Grenzschutz an vorderster Stelle steht und der Schutz der geflüchteten Personen von diesen Parteien kaum beachtet wird, analysiert auch Sigrid Graumann.⁴³² Denn sie stellt klar, dass das Drama, das immer wieder in politischen Diskussionen vorherrschend ist, nicht darin bestehe, dass Grenzen nicht geschützt werden

⁴²⁷ Vgl. Stenographisches Protokoll, 9. Dezember 2015, Dorothea Schittenhelm (ÖVP): 42.

⁴²⁸ Vgl. Siehe Analysen: 3.1.5, 3.2.5, 3.3.5.

⁴²⁹ Vgl. Siehe 3.4.2, Text- Oberflächen Analyse: Kodegruppe Bedrohungsszenarien.

⁴³⁰ Vgl. Ebd.

⁴³¹ Vgl. Stenographisches Protokoll, 9. Dezember 2015, Heinz-Christian Strache (FPÖ): 26f, Gernot Darmann (FPÖ): 34, Jessi Lintl (ohne Klubzugehörigkeit): 50f, Christoph Hagen (STRONACH): 48f, Susanne Winter (ohne Klubzugehörigkeit): 51, Robert Lugar (STRONACH): 39, Rupert Doppler (ohne Klubzugehörigkeit): 51.

⁴³² Vgl. Graumann, „Geflüchtete als Drama“, 52ff.

könnten, sondern, dass der angebliche Schutz dieser Grenzen Priorität vor dem Schutz der Geflüchteten finde.⁴³³

Doch neben dieser klar antipluralistischen Einteilung der Gesellschaft in ein ‚Wir und die Anderen‘ finden sich auch jene Argumente, in denen Pluralismus nicht mit negativen Assoziationen verbunden ist, sondern das ‚Wir‘ über nationalstaatliche Grenzen hinausgedacht wird.⁴³⁴ Dies beinhaltet vorwiegend jene Redebeiträge, in denen die Abgeordneten das Wohl der geflüchteten Personen in den Fokus stellten.⁴³⁵

Auffallend dabei ist, dass die Ausdehnung des konstruierten ‚Wir‘ hier auf die Geflüchteten ausgebreitet wurde, in dem deren Situation, die oft von Krieg, Hunger und Angst gezeichnet ist, aufgezeigt wurde und dadurch Empathie geschaffen wurde.⁴³⁶

Folglich wird in diesem Kontext Pluralität nicht als negativ wahrgenommen, sondern als selbstverständlich argumentiert, da diese Personen in die Gruppe des ‚Wir‘ hineingenommen werden.⁴³⁷

Daraus resultierend kann in Zusammenhang mit der Forschungsfrage festgehalten werden, dass sich je nach Auslegung der verschiedenen Parteien, Pluralität sowohl negativ als auch positiv finden lässt.

⁴³³ Vgl. Graumann, „Geflüchtete als Drama“, 54.

⁴³⁴ Vgl. Stenographisches Protokoll, 9. Dezember 2015, Alev Korun (Grüne): 36f, Bundesministerin für Inneres Johanna Mikl-Leitner, 29, Werner Amon, (ÖVP): 33, Angela Lueger (SPÖ): 40, Nikolaus Alm (NEOS): 37.

⁴³⁵ Vgl. Ebd.36f, 29, 33, 40, 37.

⁴³⁶ Vgl. Siehe Kapitel: 3.4.2 Text-Oberflächen Analyse, Kodegruppe ‚Wohlergehen der Flüchtlinge‘.

⁴³⁷ Vgl. Ebd.

4. Zusammenfassung

Ziel der vorliegenden Masterarbeit war es auszuarbeiten, wie das Konzept des Pluralismus in vier Nationalratsdebatten vom Herbst und Winter 2015 behandelt wird.

Vorherrschend waren neben der Forschungsfrage, die sich damit beschäftigte, wie sich die Konstruktion einer Gesellschaft in ein ‚Wir‘ und ein ‚die Anderen‘ einteilen lässt und welche Auswirkungen dies für den Begriff der Pluralität hat, auch die folgenden zwei Thesen.

Die erste These ging davon aus, dass Pluralismus vorwiegend als bedrohliches Szenarium von den Parteien dargestellt werden würde und folglich antipluralistische Tendenzen überwiegen würden.

Die zweite These widersprach der ersten teilweise, indem sie die Behauptung aufstellte, dass die Debatten der Nationalratsabgeordneten sich wandeln würden. So ließe sich im September 2015 noch mehrheitlich eine positive Resonanz bezüglich der geflüchteten Personen finden, währenddessen dies zunehmend mit jedem Monat abnehme und zu einer negativen Konnotation im Dezember 2015 führen würde.

Bevor die beiden Thesen resümiert werden, wird auf die Beantwortung der Forschungsfrage eingegangen, die danach fragte, wie und in welchen argumentativen Kontexten der Nationalratsdebatten vom Herbst und Winter 2015 sich die Konstruktion einer Einteilung der Gesellschaft in ein ‚Wir‘ und ‚die Anderen‘ finden lassen würde und wie sich dadurch der Umgang mit Pluralität darstellen lasse.

Bezüglich der Forschungsfrage lässt sich nach Analyse des gesamten Materials folgendes festhalten:

Die Konstruktion der Einteilung der Gesellschaft in ein ‚Wir‘ und ein ‚die Anderen‘ findet sich in allen vier Stenographischen Protokollen vom Herbst und Winter 2015.

Auffallend dabei ist, dass diese Einteilung der Gesellschaft über alle Parteigrenzen hinweg Verwendung findet, sich jedoch die Art und Weise, wie davon Gebrauch gemacht wird grundlegend nach dem Kriterium der politischen Orientierung von ‚links‘ nach ‚rechts‘ unterscheidet.

Das ‚Othering‘ fungiert zum gängigen Motiv der Parteien FPÖ, des Team Stronach, mancher Abgeordneten ohne Klubzugehörigkeit und teilweise auch der ÖVP, in dem die geflüchteten Personen als ‚Andere‘ gehandhabt werden, die von dem ‚Wir‘ als entweder ÖsterreicherInnen oder von Seiten der ÖVP auch als EuropäerInnen abgegrenzt werden. Bedeutend dabei ist der Hinweis, dass das ‚Wir‘ dabei keiner genauen Analyse oder Erklärung bedarf, sondern von den Parteien oftmals als homogen und einheitlich

angenommen wird. Mit Ausnahme der ÖVP, die in diesem Wir vorwiegend die Europäische Union und deren Mitgliedsstaaten sehen, finden sich bei den anderen Parteien Argumentationsmuster, die das ‚Wir‘ sehr klein und eng fassen und damit häufig ausschließlich eine homogen konstruierte Gesellschaftsgruppe aus ‚ÖsterreicherInnen‘ meinen.

In diesen Argumentationsweisen fokussiert sich der Diskurs folglich vorwiegend auf die Abgrenzung der ‚fremden‘ Geflüchteten zu dem ‚vertrauten‘ und ‚kulturell-gleichen‘ ‚Uns‘. Als gängige und immer wiederkehrende Ausschlussmechanismen aus dem ‚Wir‘ fungieren dabei die scheinbar andere Kultur der geflüchteten Menschen, die unvereinbar mit dem „Abendländischen Charakter“⁴³⁸ Europas und Österreichs wäre.

Darüber hinaus bedienen sich die Parteien FPÖ und das Team Stronach Bedrohungsszenarien, die Angst vor den geflüchteten Menschen schüren, indem die Geflüchteten selbst zur Projektionsfläche werden, oder aber Konflikte von diesen Parteien aufgegriffen werden, die in Zusammenhang mit der Debatte um Flucht und Migration erscheinen könnten. Besonders einprägsam ist dabei das Thema des Terrorismus, das immer wieder von Seiten rechter Parteien in den Nationalratsdebatten aufgegriffen wird, um aufzuzeigen, dass sich innerhalb der Gruppen der Geflüchteten TerroristInnen aufhalten könnten. Durch diesen Diskurs wird folglich die Angst vor dem Ungewissen durch scheinbare Realitäten genährt.

Weitere Bedrohungsszenarien bilden die bereits angesprochenen Kulturkonflikte sowie die Frage nach einer möglichen Integration der Geflüchteten im Arbeitsmarkt, die von rechter Seite dazu genutzt werden, bewusst Ängste zu schüren und somit zum Mittel werden, um Stimmen von WählerInnen zu erwerben. Ebenso wie im Kulturkonflikt werden die geflüchteten Menschen als homogene Gruppe betrachtet, die sich nicht nur durch kulturelle Differenzen von dem ‚Wir‘ unterscheidet, sondern darüber hinaus auch weniger Bildung und somit schlechtere Qualifikationen habe, um sich im österreichischen Arbeitsmarkt integrieren zu können.⁴³⁹

Integration wird folglich in diesem Kontext stets als einseitiger Akt verstanden, der von den ‚sich integrierenden wollenden Menschen‘ erbracht werden sollte und dabei außer Acht gelassen wird, dass es auch einer ‚Aufnahmegesellschaft‘ bedarf, die integrieren lassen will.

⁴³⁸ Stenographisches Protokoll, 11. und 12. November 2015, Harald Vilimsky (FPÖ): 65.

⁴³⁹ Vgl. Stenographisches Protokoll, 14. Oktober 2015, Christoph Hagen (STRONACH): 163.

Herauszuheben gilt auch die Unterteilung der geflüchteten Menschen in Kriegs- oder Wirtschaftsflüchtlinge, die ebenfalls von den oben genannten Parteien Verwendung findet. In dieser Betrachtung werden die geflüchteten Personen selbst in Augenschein genommen und folglich das Abgrenzungsmerkmal der Gruppe ‚die Anderen‘ noch einmal unterteilt in ‚illegale‘ Menschen und jenen, denen ein Recht zur Flucht zustehen würde. Bei der Kategorisierung der ‚Anderen‘ wird das Wort ‚Wirtschaftsflüchtling‘ zum gängigen Motiv gegen Migrationsmaßnahmen und für eine restriktive Migrationspolitik.

Zusammenfassend kann für die Parteien der FPÖ und des Team Stronach in Bezug auf den Pluralismus gesagt werden, dass das Othering als Abgrenzungsmerkmal von einem ‚Wir‘ fungiert und sich im Diskurs vorwiegend antipluralistische Argumentationsweisen wiederfinden. Pluralismus wird dabei ambivalent betrachtet, wenn einerseits die Geflüchteten als homogene Gruppe verstanden werden, die insgesamt eine Gefahr bergen würden, andererseits jedoch diese homogene Gruppe durchaus voneinander unterschieden wird, wenn die Fluchtgründe ins Zentrum rücken.

Den Gedanken des Pluralismus innerhalb der ‚Wir-Gruppe‘ findet sich in dieser Argumentationsweise kaum. Die ‚Wir-Gruppe‘ gilt als geschlossene Homogenität von ÖsterreicherInnen, in der oftmals nicht einmal die Europäische Union mitgedacht wird.

Im Gegensatz dazu steht die Verwendung des ‚Otherings‘ bei den Parteien SPÖ, NEOS, den Grünen und auch teilweise der ÖVP.

Das ‚Wir‘ wird hier weiter gefasst, in dem es die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union inkludiert und folglich Pluralismus in diesem Sinne befürwortet wird. Aussagen, die eine ‚gemeinsame Europäische Lösung‘ oder aber ein ‚gemeinsames Europäisches Handeln‘ befürworten, verdeutlichen dies einmal mehr.

Wie bereits ersichtlich, grenzt sich jedoch auch dieses ‚Wir‘ von den geflüchteten Personen als Gruppe ab, da es die Mehrheitsgesellschaft als ‚Wir-Gruppe‘ ist, die über die ‚geflüchteten Anderen‘ urteilt und bestimmt. Die geflüchteten Menschen werden nicht im Sinne einer pluralistischen Gesellschaft an den Tisch geholt, um über ihre eigenen jeweiligen Wünsche und Ängste sprechen zu können.

Anderes gilt jedoch, wenn in manchen Diskursen von Seiten der Grünen, der SPÖ oder der NEOS die jeweiligen Schicksale der Menschen ins Zentrum gerückt werden und darüber hinaus Namen der geflüchteten Menschen im politischen Diskurs genannt werden.

Dies ist jenen Argumentationsweisen ersichtlich, in denen das Thema der Menschenrechte im Fokus steht. Da diese Rechte per Gesetz und Definition universell sind und sich sowohl

die Europäische Union als auch Österreich zur Einhaltung dieser Rechte verpflichtet haben, werden hier die geflüchteten Personen in die ‚Wir-Gruppe‘ mitgedacht, in dem von den Abgeordneten festgehalten wird, dass die Menschenrechte für alle Menschen – also gerade auch für jene, die sich auf der Flucht befinden – gelten.

Unter den Begriffen Solidarität, werden folglich auch humanitäre Sichtweisen in den Diskurs eingebracht und durch Empathie für die geflüchteten Personen der Versuch unternommen, die Menschen mit ihren individuellen Schicksalen hinter den ‚Flüchtlingen‘ zu sehen. Folglich wird der Begriff in diesen Argumentationsweisen des Pluralismus positiv bewertet.

Zur Beantwortung der ersten These, die die Annahme beinhaltet, dass Pluralismus in allen vier Nationalratsdebatten von unterschiedlichen Parteien als bedrohliches Szenarium dargestellt wird, lässt sich folgendes festhalten:

Obwohl die Analyse auf den ersten Blick den Anschein erweckt, dass antipluralistische Argumente den Diskurs überwiegen würden und Pluralismus als Bedrohung wahrgenommen würde, ist das Verhältnis von Pluralismus und Antipluralismus ausgeglichen, wobei hier selbstverständlich nach Parteienorientierung unterschieden werden muss.

Ein Grund, weshalb die negative Wahrnehmung in diesen analysierten Stenographischen Protokollen zu überwiegen scheint, kann darin begründet liegen, dass diese sprachliche Argumentationsweise oftmals härter, weniger diplomatisch, mehr umgangssprachlich und deshalb mehr Gehör zu finden scheint.

Wie bereits in der vorliegenden Masterarbeit dargestellt, finden sich von Seiten der Parteien der Grünen, der SPÖ, den NEOS und teils auch der ÖVP pluralistische Argumente, in denen die geflüchteten Personen als Teil eines größeren Ganzen – wie beispielsweise den Menschenrechten – betrachtet werden. In diesen Redebeiträgen sprechen sich die Abgeordneten für eine schnelle Unterstützung und Aufnahme der Menschen in der Europäischen Union oder in Österreich aus.

Weniger pluralistisch und zum Teil sogar antipluralistisch lässt sich die Debatte um die Arbeitsintegration von MigrantInnen sehen, in denen sich vorwiegend die Parteien NEOS als auch die Grünen für eine frühzeitige Integration in den Arbeitsmarkt aussprachen. Dass Integration als zweiseitiger Akt verstanden werden kann, der sowohl den Willen zur Integration von MigrantInnen, als auch der ‚Aufnahmegesellschaft‘ beinhaltet, wird hier vorwiegend von den soeben genannten Parteien vertreten. Folglich kann festgehalten

werden, dass Integration in den Arbeitsmarkt als Pluralismus gedacht werden kann, der hier jedoch auf Grenzen stößt.

Klar antipluralistisch waren in diesem Zusammenhang auch jene Argumente von Seiten der FPÖ und des Team Stronach, die eine Integration in den Arbeitsmarkt strikt ablehnen und dies mit den schlechten Qualifikationen der geflüchteten Personen und dem bereits überfüllten österreichischen Arbeitsmarkt begründen, der bereits für ÖsterreicherInnen zu wenig Arbeitsplätze bieten würde.⁴⁴⁰ Diese Argumentationsweise zeigt auf, dass der Diskurs der rechtsstehenden Parteien FPÖ und des Team Stronach sich populistischer Rhetorik bedient und dahingehend als antipluralistisch aufgefasst werden kann, da diese sich immer wieder auf das ‚Wir‘ als scheinbar homogene Gruppe beziehen, von der ein klar abgegrenztes ‚Anderes‘ konstruiert wird.⁴⁴¹ Dass die ÖsterreicherInnen selbst nicht als homogene Gruppe fungieren, sondern in sich heterogen sind, zählt bei diesen Argumentationsmustern dagegen nicht. Eben diese Kategorisierung in ein ‚Wir‘ und ein die ‚Anderen‘ zeigt sich in der Debatte um den österreichischen Arbeitsmarkt, in dem die geflüchteten Personen in einer Art „Kosten-Nutzen-Abwägung“⁴⁴² eingeteilt werden, um festzustellen, inwieweit die Geflüchteten eine ökonomische Bereicherung für Österreich darstellen könnten.⁴⁴³

Bedrohungsszenarien einer pluralistischen Gesellschaft zeigen sich, wie bereits erwähnt, vorwiegend im Diskurs um ‚kulturelle Werte‘, die Österreich vertrete und folglich vor den ‚Anderen‘ beschützen müsse, die jedoch gesamtheitlich betrachtet keine Mehrheit im Diskurs um Flucht und Migration in den vier analysierten Nationalratsdebatten bilden.

Die zweite These, die davon ausgeht, dass sich der Diskurs über geflüchtete Personen von einer anfänglich eher positiven Wahrnehmung hin zu einer negativen Konnotation wandelt, muss hingegen negiert werden.

Überraschend waren dabei vor allem die verschiedenen klar antipluralistischen Argumente, die bereits in der ersten analysierten Nationalratsdebatte vom September 2015 aufscheinen. So findet sich die Unterscheidung von Kriegs- und Wirtschaftsflüchtling bereits im September 2015 in den Diskursen wieder und auch die Metapher des ‚Flüchtlingsstroms‘ ist bereits im September präsent.

⁴⁴⁰ Stenographisches Protokoll, 14. Oktober 2015, Dagmar Belakowitsch-Jenewein (FPÖ): 158f, Abgeordneter Christoph Hagen (STRONACH): 163, Werner Neubauer (FPÖ): 172, Peter Wurm (FPÖ): 184.

⁴⁴¹ Vgl. Müller, Was ist Populismus, 66.

⁴⁴² Almstadt, Flüchtlinge in Printmedien, 187.

⁴⁴³ Vgl. Ebd. 187.

Darüber hinaus lautete im Stenographischen Protokoll vom November 2015 die Kodegruppe mit der höchsten Anzahl von Kodes ‚Menschlichkeit‘, woraus ersichtlich wird, dass antipluralistische Argumente hier nicht überwiegen. In diesen Argumentationen finden sich die geflüchteten Personen als Menschen mit individuellen Schicksalen wieder, die ins Zentrum der Redebeiträge der Abgeordneten gestellt werden. Die Themenschwerpunkte dieser Argumentationsweisen beruhen dabei auf den Bedürfnissen der Geflüchteten ebenso wie auf dem Thema der Menschenrechte, die aufgrund der Tatsache, dass diese Rechte universell sind, auch pluralistisch gedacht werden können.

Zum Schluss der vorliegenden Arbeit gilt es festzuhalten, dass das Thema Flucht und Migration auch im Jahre 2021 – also sechs Jahre nach 2015 – noch immer polarisiert und die Debatten um Migration noch immer viele weitere offene Fragen nach sich ziehen.

So ist die Aufnahme der geflüchteten Frauen, Kinder und Männer, die derzeit und seit vielen Monaten in den Flüchtlingslagern auf europäischem Boden leben und ihren Alltag dort verbringen müssen ebenso noch nicht ‚gelöst‘ worden, wie die Diskussion um ein humanitäres Europa, das Menschenrechte achtet und kein Ertrinken von geflüchteten Menschen im Mittelmeer zulässt, um nur ein Beispiel zu nennen.

Österreich wird folglich den Umgang mit Geflüchteten (wieder)erlernen müssen, da Fluchtursachen weltweit nicht abnehmen, sondern tendenziell zunehmen. Deshalb sind Verallgemeinerungen von geflüchteten Personen als homogene Gruppe unzulässig und müssen besser ‚früh als spät‘ durchbrochen werden. Denn, wenn sich gewisse Parteien populistischen Denkmustern, wie jener des Othering, bedienen, dann vergessen sie, dass es keine homogene Gruppe ‚Wir als Österreich‘ gibt. So werden Floskeln wie ‚Wir sind Österreich‘⁴⁴⁴ schwierig, wenn sich weitere Personen dazugesellen und ebenfalls für sich postulieren, ‚das Volk zu sein‘.⁴⁴⁵

Dabei wäre es ein erster Schritt anzuerkennen, dass die Welt an sich – und mit ihr auch Österreich und die Europäische Union – aus Pluralismus besteht, denn ganz egal wie ‚gleich‘ eine Gruppe zu sein scheint, bei genauerem Betrachten besteht immer Pluralität.

Dafür plädiert auch Fraenkel, indem er aufzeigt, dass der Pluralismus in westlichen Demokratien Eingang finde, wenn die Vorstellung überwunden werde, dass der Staat einer modernen Industriegesellschaft nicht homogen sein kann.⁴⁴⁶

⁴⁴⁴ Müller, Was ist Populismus?, 21.

⁴⁴⁵ Vgl. Ebd. 21.

⁴⁴⁶ Vgl. Fraenkel, Deutschland und die westlichen Demokratien, 189.

5. Ausblick

Gegenstand der vorliegenden Masterarbeit bilden vier Stenographische Protokolle vom Herbst und Winter 2015, anhand deren Analyse das Konzept des Pluralismus beleuchtet wurde.

Aufgezeigt wurden dabei sowohl pluralistische als auch antipluralistische Argumentationsweisen, denen sich die verschiedenen Abgeordneten der Parteien SPÖ, ÖVP, die Grünen, FPÖ, NEOS und Team Stronach sowie einigen Personen ohne Parteizugehörigkeit innerhalb des österreichischen Nationalrats im Analysezeitraum bedienten.

Weiterführende Forschung könnte angelehnt an die Ergebnisse dieser Masterarbeit werden und das Merkmal der ‚Kultur‘ in den Augenschein nehmen und danach fragen, welche Rolle dieser oft als Abgrenzungsmerkmal verwendeten Kategorie im Diskurs um Integration und Migration zukommt. Relevant wäre dabei die Berücksichtigung des Konzepts des Otherings und der damit einhergehenden Frage, wie kulturelle Gegebenheiten in politischen Debatten Verwendung finden.

Besonders interessant in diesem Kontext wäre die Frage, welche Rolle Weltreligionen wie die katholische Kirche und der Islam dabei spielen und inwieweit dieser Rekurs sich in den verschiedenen politischen Parteien im Sinne der Debatte um Kulturchristen widerspiegelt.

Weitere Forschung könnte sich auf das Merkmal der ‚defizitären Demokratie‘⁴⁴⁷ und folglich auf Gerd Valchars gleichlautenden Titel berufen und danach fragen, welche Auswirkungen die Migrationsbewegungen von 2015 auf die österreichische Demokratie haben, vor allem im Hinblick darauf, dass diese Personen nun seit mehreren Jahren in Österreich leben, der Zugang zu Wahlen und sonstige an die Staatsbürgerschaft geknüpfte Rechte ihnen jedoch verwehrt bleibt.

Da die Beantwortung dieser aufgezeigten Fragen den Rahmen der vorliegenden Arbeit gesprengt hätten und zudem für die Beantwortung der hier vorliegenden Forschungsfrage nicht notwendige Voraussetzung war, könnten diese Fragen als weiterführende Forschungsfragen definiert und Gegenstand weiterer wissenschaftlicher Arbeiten werden.

⁴⁴⁷ Vgl. Valchars Gerd, Defizitäre Demokratie. Staatsbürgerschaft und Wahlrecht im Einwanderungsland Österreich (Studienreihe Konfliktforschung, Bd. 18, Wien 2006).

6. Literatur und Quellenverzeichnis

6.1 Quellen:

91. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, XXV. Gesetzgebungsperiode, Stenographisches Protokoll, Mittwoch 23. September 2015. Online unter. URL: https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXV/NRSITZ/NRSITZ_00091/fname_523089.pdf (28.04.2020) 72-103.
96. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich XXV. Gesetzgebungsperiode, Stenographisches Protokoll, Mittwoch, 14. Oktober 2015. Online unter. URL: https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXV/NRSITZ/NRSITZ_00096/fname_526269.pdf (28.04.2020) 106-188.
100. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, XXV. Gesetzgebungsperiode, Stenographisches Protokoll, Mittwoch, 11., und Donnerstag, 12. November 2015. Online unter. URL: https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXV/NRSITZ/NRSITZ_00100/fname_543770.pdf (28.04.2020) 54-87.
107. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, XXV. Gesetzgebungsperiode, Stenographisches Protokoll, Mittwoch, 9. Dezember 2015. Online unter. URL: https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXV/NRSITZ/NRSITZ_00107/fname_538494.pdf (16.03.2020) 24-53.

6.2 Literatur

- Almond Gabriel A, Sidney Verba, The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in five Nations (Princeton-New Jersey 1963) 3-42.
- Almstadt Esther, Flüchtlinge in den Printmedien. In: Ghaderi Cinur, Eppenstein Thomas (Hg.), Flüchtlinge. Multiperspektivistische Zugänge (Wiesbaden 2017) 185-202.
- Arduç Maria, Wir bauen eine Festung Europa ... Diskursive Aspekte der Internationalisierung der nationalen Asyl- und Einwanderungspolitiken in der Europäischen Union. In: Liebhart Karin, Menasse Elisabeth, Steinert Heinz (Hg.in), Fremdbilder, Feindbilder, Zerrbilder. Zur Wahrnehmung und diskursiven Konstruktion des Fremden (Publikationsreihe des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur zum Forschungsschwerpunkt Fremdenfeindlichkeit, Bd. 5, Klagenfurt 2002) 201-228.

- Babke Hans-Georg (Hg.), Pluralismus, Wahrheit, Toleranz (Braunschweiger Beiträge zur Sozialethik, Bd. 3, Frankfurt am Main 2011) 201-228.
- Birsl Ursula, Staatsbürgerschaft und Demokratie in politischen Kulturen der EU. Konzeptionelle Überlegungen und empirische Befunde. In: Samuel Salzborn (Hg.) Politische Kultur (Frankfurt am Main, 2009) 61-101.
- Bischof Karin, Europavorstellungen in Metaphern. Exemplarische Analysen des Printmediendiskurses um den EU-Beitritt der Türkei. In: Marlen Bidwell-Steiner, Veronika Zangl (Hg.in), Körperkonstruktionen und Geschlechtermetaphern (Innsbruck/Wien 2009) 237-249.
- Bischof Karin, ‚Emigranten‘ und die Konstruktion des österreichischen Demos in Parlamentsdebatten nach 1945. In: Prager Katharina, Straub Wolfgang (Hg.in) Bilderbuch-Heimkehr? Remigration im Kontext (Acro Wissenschaft, Bd. 30, Wuppertal 2017) 191-204.
- Bischof Karin, Ilie Cornelia, Democracy and discriminatory strategies in parliamentary discourse. Journal of Language and Politics (17(5), Special Issue, 127). Online unter.URL:<http://web.b.ebscohost.com/uaccess.univie.ac.at/ehost/delivery?sid=321b0d11397243558bc0ca645408707a%40sessionmgr103&vid=1&ReturnUrl=http%3a%2f%2fweb.b.ebscohost.com%2fehost%2fdetail%2fdetail%3fvid%3d0%26sid%3d321b0d11397243558bc0ca645408707a%2540sessionmgr103%26bdata%3dJnNpdGU9ZWhvc3QtbGl2ZQ%253d%253d> (06.01.2020) 1- 6.
- Bischof Karin, Oberhuber Florian, Stögner Karin, Religion, Säkularisierung und Geschlecht – Debatten um den EU-Beitritt der Türkei (Bremen 2014).
- Blatter Joachim, Langer Phil C, Qualitative Methoden in der Politikwissenschaft. Eine Einführung, Online unter. URL:
https://books.google.at/books?id=X4owDwAAQBAJ&printsec=frontcover&hl=de&source=gbs_ViewAPI&redir_esc=y#v=onepage&q=Diskursanalyse&f=false
(07.02.2020).
- Budke Alexandra, Hoogen Andreas, „Das Boot ist voll“ Wie Bilder in Geographieschulbüchern Vorstellungen von ‚illegalen‘ Migrantinnen und Migranten produzieren. In: Christoph Rass, Melanie Ulz (Hg.in), Migration ein Bild geben Visuelle Aushandlungen von Diversität (Migrationsgesellschaften, Wiesbaden 2018) 129-160.

- Bundesministerium für Inneres. Asylstatistik 2015. Online unter. URL:
https://www.bmi.gv.at/301/Statistiken/files/Jahresstatistiken/Asyl_Jahresstatistik_2015.pdf (01.03.2020).
- Connolly William E., The Ethos of Pluralization (Minneapolis-London 1995) XI-XXX.
- Cyrus Norbert, Die Flüchtlinge und ihr Status. Praktische Implikationen einer defizitären Rechtsstellung. In: Ghaderi Cinur, Eppenstein Thomas (Hg.), Flüchtlinge. Multiperspektivistische Zugänge (Wiesbaden 2017) 113-127.
- De Nève Dorothée, Pluralismus und Antipluralismus. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft (Bd. 44, Nr. 2, 2015). Online unter: <https://webapp-uibk-ac.at.uaccess.univie.ac.at/ojs/index.php/OEZP/article/view/1593> (07.03.2020) 45-48.
- Duden: Solidarität. Online unter: <https://www.duden.de/rechtschreibung/Solidaritaet> (25.07.2021).
- Duden: Wurzel. Online unter: <https://www.duden.de/rechtschreibung/Wurzel> (17.08.2021).
- El-Gawhary Karim, Schwabeneder Mathilde, Auf der Flucht. Reportagen von beiden Seiten des Mittelmeers (Wien 2015).
- Eppenstein Thomas, Ghaderi Cinur, Perspektiven auf Flüchtlinge und Fluchtdynamiken – Eine Einführung. In: Cinur Ghaderi, Thomas Eppenstein (Hg.), Flüchtlinge. Multiperspektivistische Zugänge (Wiesbaden 2017) 1-28.
- Eurostat, Asylum in the EU Member States. Record number of over 1.2 million first time asylum seekers registered in 2015 (Luxemburg, 44, 2016). Online unter. URL: <https://liye.info/doc-viewer> (19.10.2021) 1-6.
- Fraenkel, Ernst (Hg.), Deutschland und die westlichen Demokratien (Stuttgart 1968) 165-189.
- Ghaderi Cinur, Eppenstein Thomas (Hg.), Flüchtlinge. Multiperspektivistische Zugänge (Wiesbaden 2017).
- Graumann Sigrid, „Geflüchtete als Drama“ – eine ethische Beurteilung der aktuellen deutschen und europäischen Flüchtlingspolitik. In: Cinur Ghaderi, Thomas Eppenstein (Hg.), Flüchtlinge. Multiperspektivistische Zugänge (Wiesbaden 2017) 51-66.
- Gruber Oliver, Austria. ‚Refugees (no Longer) Welcome‘. Asylum Discourse and Policy in Austria in the Wake of the 2015 Refugee Crisis. In: Melani Barlai, Birte Fährnich, Christina Griessler, Markus Rhomberg (Hg.in), The Migrant Crisis: European Perspectives and National Discourses (Berlin 2017) 39-57.

- Gruber Oliver, Swimming upstream? Attitudes towards immigration in Austria and the electoral implications for progressive politics. In: Marco Funk, Hedwig Giusto, Timo Rinke, Olaf Bruns (Hg.in), European Public Opinion and Migration. Achieving common progressive narratives (Foundation of European Progressive Studies 2019). Online unter. URL: https://homepage.univie.ac.at/oliver.gruber/Gruber_2019_Swimming%20upstream.pdf (14.01.2020) 35-58.
- Hametner Katharina, Rodax Natalie, Von »Einwanderungswilligen« und »Integrationsverweigerern.« Zur medialen Konstruktion des leistenden › Anderen« im österreichischen Integrationsdiskurs. In: Psychologie und Gesellschaftskritik (Heft 161 2017). Online unter. URL: https://www-wiso-net-de.uaccess.univie.ac.at/dosearch?dbShortcut=PUGK&q=0170-0537.IS.+AND+2017.YR.+AND+161.HN.+AND+79.SE.&explicitSearch=true#PUGK__B2F5C01F7AD76AEF2FE0EB95939414DB (24.07.2020) 79-105.
- Jäger Siegfried, Maier Florentine. Theoretical and Methodological Aspects of Foucauldian Critical Discourse Analysis and Dispositive Analysis. In: Wodak Ruth, Meyer Michael (Hg.in), Methods of Critical Discourse Analysis (Cornwall 2009) 34-61.
- Jäger Siegfried, Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung (2009²).
- Jäger Siegfried, Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung (Münster 2015²).
- Kallmeyer Werner, Sprachliche Verfahren der sozialen Integration und Ausgrenzung. In: Liebhart Karin, Menasse Elisabeth, Steinert Heinz (Hg.in), Fremdbilder, Feindbilder, Zerrbilder. Zur Wahrnehmung und diskursiven Konstruktion des Fremden (Klagenfurt 2002) 153-181.
- Kiesel Doron, Bilder auf der Flucht. Wenn Filme zu Fluchthelfern werden...In: Cinur Ghaderi, Thomas Eppenstein (Hg.), Flüchtlinge. Multiperspektivische Zugänge (Wiesbaden 2017) 203-212.
- Kreß Hartmut, Pluralismus. Begriffsbildung und Differenzierungen. In: Zeitschrift für Evangelische Ethik. Kommentare, Studien, Berichte, Dokumentationen, Diskussionen, Rezensionen, Bibliographie (Bd. 58, Heft 3, online erschienen 2014) online unter. URL: <https://doi-org.uaccess.univie.ac.at/10.14315/ze-2014-0308> (02.03.2020) 213-216.
- Kurier, "Asylindustrie": FPÖ kritisiert Caritas erneut. Betreuung von Asylwerbern soll zukünftig in staatlicher Hand sein. Caritas wird erneut "Profitgier" vorgeworfen,

- vom 02.01.2019. Online unter: URL: <https://kurier.at/politik/inland/asyllindustrie-fpoe-kritisiert-caritas-erneut/400367054> (18.10.2021).
- Kuschej Hermann, Pilgram Arno, Fremdenfeindlichkeit im Diskurs um ‚Organisierte Kriminalität.‘ In: Liebhart Karin, Menasse Elisabeth, Steinert Heinz (Hg.in), Fremdbilder, Feindbilder, Zerrbilder. Zur Wahrnehmung und diskursiven Konstruktion des Fremden (Klagenfurt/Celovec 2002) 39-56.
- Lakoff George, Johnson Mark. Leben in Metaphern. Konstruktion und Gebrauch von Sprachbildern (Göttingen 1998).
- Längle Beatrice, (ungedruckte) Seminararbeit zum Seminar: Vorlesungsverzeichnis Universität Wien. Online unter: URL: <https://ufind.univie.ac.at/de/course.html?lv=210128&semester=2018S> (27.07.2020).
- Liebhart Karin, Visuelle Repräsentationen antipluralistischer Politik am Beispiel der Islam- und MuslimInnenfeindlichkeit. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft (Bd. 44, Nr. 2, 2015) 87-103.
- Liebhart Karin, The Normalization of Right-Wing Populist Discourses...In: Stefanie Wöhl, Elisabeth Springler, Martin Pachel, Bernhard Zeilinger (eds.), The State of the European Union: Fault Lines in European Integration (Wiesbaden 2019) 79-101.
- Merkel Angela, Sommerpressekonferenz von Bundeskanzlerin Merkel, Thema: Aktuelle Themen der Innen- und Außenpolitik. Mitschrift Pressekonferenz vom 31. August 2015. Online unter: URL: <https://www.bundeskanzlerin.de/bkin-de/aktuelles/sommerpressekonferenz-von-bundeskanzlerin-merkel-848300> (20.10.2021).
- Müller Henrike, Migration und Integration in der EU – Theorien, Konzepte, Politiken. In: Liebert Ulrike, Wolff Janna (Hg.in), Interdisziplinäre Europastudien. Eine Einführung (Wiesbaden 2015) 323-346.
- Müller Jan-Werner, Was ist Populismus? In: ZPTh - Zeitschrift für Politische Theorie (Jg. 7, Nr. 2 2016). Online unter: URL: <https://budrich-journals-de.uaccess.univie.ac.at/index.php/zpth/article/view/27736> (17.07.2020) 187-201.
- Münkler Herfried, Politische Bilder, Politik der Metaphern (Frankfurt 1994).
- Parlament. Online unter: <https://www.parlament.gv.at/PERK/PARL/index.shtml> (07.03.2020).

- Parlament. Online unter. URL: <https://www.parlament.gv.at/PAKT/STPROT/> (16.04.2020).
- Parlament. Online unter. URL: <https://www.parlament.gv.at/PERK/FAQ/STENO/index.shtml> (16.04.2020).
- Phillips Anne, Which Equalities matter? (Cambridge 1999) 1-43.
- Plasser Fritz, Sommer Franz, Wahlen im Schatten der Flüchtlingskrise. Parteien, Wähler und Koalitionen im Umbruch (Schriftenreihe des Zentrums für Angewandte Politikforschung, Bd. 33, Wien 2018).
- Pöschl Magdalena, Migration und Mobilität, Gutachten. In: Österreichischer Juristentag (Verhandlungen des 19. ÖJT, Bd. 1, Wien 2015).
- Die Presse, "Politisch unerwünscht": Warum Österreich 2015 Hunderttausende Flüchtlinge nicht registrierte, vom 08. Oktober 2017. Online unter: URL: <https://www.diepresse.com/5298775/politisch-unerwünscht-warum-osterreich-2015-hunderttausende-fluchtlinge-nicht-registrierte> (10.04.2020).
- Die Presse, Flüchtlingsstrom: Grenze zu Ungarn wird dichter, vom 29. Juli .2015. Online unter: URL: <https://www.diepresse.com/4789099/fluchtlingsstrom-grenze-zu-ungarn-wird-dichter> (26.07.2020).
- Rheindorf Markus, Wodak Ruth, Grenzen, Zäune und Obergrenzen-Österreich in der ‚Flüchtlingskrise‘: Metadiskursive Begriffsaushandlungen in der mediatisierten Politik. In: Thomas Wiedemann, Christine Lohmeier (Hg.in), Diskursanalyse für die Kommunikationswissenschaft. Theorie, Vorgehen, Erweiterungen (Wiesbaden 2019) 115-146.
- Rigotti Francesca, Die Macht und ihre Metaphern. Über die sprachlichen Bilder der Politik (Frankfurt am Main/New York, 1994).
- Rosenberger Sieglinde, Müller Sandra, Before and After the Reception Crisis of 2015. Asylum and Reception Policies in Austria. In: Glorius; Doomernik (eds.), Geographies of Asylum in Europe and the Role of European Localities (IMISCOE Research Series Switzerland) DOI: 10.1007/978-3-030-25666-1_5, 93-110.
- Saracino Daniele, Solidaritätsbrüche in der europäischen Asylpolitik. Warum die »Flüchtlingskrise« in Wirklichkeit eine Solidaritätskrise ist. In: Zeitschrift für Politik (Jg. 65, Heft 3 2018). Online unter: URL: https://www-nomos-elibrary-de.uaccess.univie.ac.at/10.5771/0044-3360-2018-3-283.pdf?download_full_pdf=1 (23.07.2020) 283-302.

- Sauer Birgit, Transformation von Staatlichkeit: Chancen für Geschlechterdemokratie? In: Gundula Ludwig, Birgit Sauer, Stefanie Wöhl (Hg.in), Staat und Geschlecht. Grundlagen und aktuelle Herausforderungen feministischer Staatstheorie (Baden-Baden, 2009) 105-118.
- Scherr Albert, Inan Çiğdem, Flüchtlinge als gesellschaftliche Kategorien und als Konfliktfeld. Ein soziologischer Zugang. In: Cinur Ghaderi, Thomas Eppenstein (Hg.), Flüchtlinge. Multiperspektivische Zugänge (Wiesbaden 2017) 129-146.
- Schieder Siegfried, Die gestaltende Kraft von Sprachbildern und Metaphern Deutungen und Konstruktionen von Staatlichkeit in der deutschen Debatte über den europäischen Verfassungsvertrag (ungedr. Diss. Univ. Trier, 2006). Online unter. URL:https://ubt.opus.hbz-nrw.de/opus45ubtr/frontdoor/deliver/index/docId/397/file/Schieder_13102006.pdf (26.04.2021)
- Schmidt Manfred G., Demokratietheorien (Opladen, 1995) 150-159.
- Schulz Andreas, Schwertel Tamara (Hg.in), Der lange Sommer der Flucht – 2015 und die Jahre danach. Diskurse, Reflexionen, Perspektiven (Berlin/Toronto 2020).
- Schulz Andreas, Flucht und Arbeit. Medienframes, Diskursverschiebungen und die erklärende Macht des weißen Mannes. In: Schulz Andreas, Schwertel Tamara (Hg.in), Der lange Sommer der Flucht – 2015 und die Jahre danach. Diskurse, Reflexionen, Perspektiven (Opladen/Berlin/Toronto 2020) 19-45.
- Schwarz-Friesel Monika, Metaphern und ihr persuasives Inferenzpotenzial. Konzeptualisierungen des islamistischen Terrorismus nach 9/11 im massenmedialen Diskurs. In: Spieß Constanze, Köpcke Klaus-Michael (Hg.in), Metapher und Metonymie. Theoretische, methodische und empirische Zugänge (Göttingen 2015) 143-160.
- Simsa Ruth, Leaving Emergency Management in the Refugee Crisis to Civil Society? The Case of Austria. In: Journal of Applied Security Research (New York, Vol. 12, 1 2017) 78-95.
- Der Standard, Vermehrte Proteste in Griechenland gegen überfüllte Flüchtlingslager, vom 14. Jänner 2020. Online unter. URL: <https://www.derstandard.de/story/2000113278663/vermehrte-proteste-in-griechenland-gegen-ueberfuellte-fluechtlingslager> (15.04.2020).
- Der Standard, AMS Wien bietet Kompetenzchecks und Deutschkurse an, vom 08. September 2015. Online unter:

- <https://www.derstandard.at/story/2000021857110/ams-wien-bietet-kompetenzchecks-und-deutschkurse-fuer-fluechtlinge-an> (22.04.2021).
- Der Standard. „18. Tote nach Untergang von Flüchtlingsboot vor der Türkei,“ vom 19. Dezember 2015. Online unter: URL: <https://www.derstandard.at/story/2000027800657/18-tote-nach-untergang-von-fluechtlingsboot-vor-tuerkei> (16.05.2021).
- Süddeutsche Zeitung, "... dann ist das nicht mein Land" vom 15. September 2015. Online unter. URL: <https://www.sueddeutsche.de/politik/merkel-zu-fluechtlingspolitik-dann-ist-das-nicht-mein-land-1.2648819> (21.10.2021).
- Ther Philipp, Die Außenseiter. Flucht, Flüchtlinge und Integration im modernen Europa (Berlin 2017).
- Tietje Olaf, Dinkelaker Samia, Huke Nikolai, Einleitung: Umkämpfte Teilhabe. In: Samia Dinkelaker, Nikolai Huke und Olaf Tietje (Hg.in), Nach der »Willkommenskultur« Geflüchtete zwischen umkämpfter Teilhabe und zivilgesellschaftlicher Solidarität (Bielefeld 2021). Online unter. URL: <https://doi-org.uaccess.univie.ac.at/10.14361/9783839454145> (19.10.2021) 7-21.
- Trauner Florian, Turton Jocelyn, "Welcome culture": The emergence and transformation of a public debate on migration. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft (2017, Vol.46 (1)) 33-42.
- Universität Wien, Vorlesungsverzeichnis. Online unter: URL: <https://ufind.univie.ac.at/de/course.html?lv=210128&semester=2018S> (27.07.2020).
- Valchars Gerd, Defizitäre Demokratie. Staatsbürgerschaft und Wahlrecht im Einwanderungsland Österreich (Studienreihe Konfliktforschung, Bd. 18, Wien 2006).
- Wagner Ulrich, Geflüchtete und wir. sozialpsychologische Perspektiven. In: Ghaderi Cinur, Eppenstein Thomas (Hg.), Flüchtlinge. Multiperspektivistische Zugänge (Wiesbaden 2017) 169-181.
- Wodak Ruth, The Politics of Fear. What right-wing populist discourses mean (London 2015).
- Die Zeit, Sie waren schon als Gesunde nicht willkommen, vom 04. April 2020. Online unter. URL: <https://www.zeit.de/politik/ausland/2020-04/fluechtlingslager-moria-lesbos-griechenland-zustaende-coronavirus-solidaritaet> (15.04.2020).

6.3 Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Auflistung aller Kodegruppen nach der Auswertung des Stenographischen Protokolls vom 23. September 2015 mit der Anzahl der jeweiligen Kodes in Klammer. Auszug aus dem Programm Atlas.ti. Erstellt von: Beatrice Längle.

Abbildung 2: Analysesheet zur Anwendung einer Metaphernanalyse. Erstellt von: Dr.in Karin Bischof.

Abbildung 3: Auflistung aller Kodegruppen nach der Auswertung des Stenographischen Protokolls vom 14. Oktober 2015 mit der Anzahl der jeweiligen Kodes in Klammer. Auszug aus dem Programm Atlas.ti. Erstellt von: Beatrice Längle.

Abbildung 4: Analysesheet zur Anwendung einer Metaphernanalyse. Erstellt von: Dr.in Karin Bischof.

Abbildung 5: Auflistung aller Kodegruppen nach der Auswertung des Stenographischen Protokolls vom 11. und 12. November 2015 mit der Anzahl der jeweiligen Kodes in Klammer. Auszug aus dem Programm Atlas.ti. Erstellt von: Beatrice Längle.

Abbildung 6: Analysesheet zur Anwendung einer Metaphernanalyse. Erstellt von: Dr.in Karin Bischof.

Abbildung 7: Auflistung aller Kodegruppen nach der Auswertung des Stenographischen Protokolls vom 9. Dezember 2015 mit der Anzahl der jeweiligen Kodes in Klammer. Auszug aus dem Programm Atlas.ti. Erstellt von: Beatrice Längle.

Abbildung 8: Analysesheet zur Anwendung einer Metaphernanalyse. Erstellt von: Dr.in Karin Bischof.

6.4 Abstract in Deutsch

Der Umgang mit geflüchteten Personen bildet auch heute, sechs Jahre nach dem ‚langen Sommer der Flucht 2015,‘ eine kontroverse politische Debatte in Österreich.

Im Hinblick darauf, dass das Thema Flucht und Migration Auswirkungen auf österreichische Wahlausgänge und politische Debatten hatte, gleichzeitig Migration auch Fragen zum Umgang mit einer pluralen Gesellschaft aufwirft, geht die vorliegende Masterarbeit der Frage nach, wie Pluralismus in politischen Debatten über Flucht im Herbst und Winter 2015 aufgefasst und verstanden wurde.

Besonderes Augenmerk wird dabei auf pluralistische und antipluralistische Argumentationsmuster geworfen, die aufzeigen, wie Pluralismus von verschiedenen österreichischen Parteien im Nationalrat aufgefasst wird.

Gegenstand der Masterarbeit bilden vier Stenographische Protokolle des österreichischen Nationalrats von September bis Dezember 2015, die anhand der kritischen Diskursanalyse nach Siegfried Jäger analysiert werden.

6.5 Abstract in English

Even today, six years after the 'long summer of migration 2015,' the political debate about how to deal with refugees is very controversial in Austria.

Considering that the topic of refuge and migration had an impact on elections in Austria as well as on structures of political debates while at the same time migration also raises questions about how to deal with a plural society, this master's thesis pursues the question of how pluralism was conceived and discussed in political debates about migration and displacement in the fall and winter of 2015.

The master's thesis focus is set on four stenographic protocols of the Austrian National Council from September to December 2015, which are analysed using critical discourse analysis according to Siegfried Jäger.